

11. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. Februar 2009, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 562

Geburtstagswünsche für die Abgeordnete **Maria Scharfenberg** 562

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
"Umweltgesetzbuch vor dem Aus: Blockade zum Schaden der Umwelt beenden"

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 562
Alexander König (CSU)..... 564
Ludwig Wörner (SPD)..... 566 572
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 568
Tobias Thalhammer (FDP)..... 569
Staatsminister Dr. Markus Söder..... 570 572

Dringlichkeitsantrag der Abg. Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Karsten Klein u. a. und Fraktion (FDP)

Verbesserung und Sicherung der Erdgasversorgung Bayerns (Drs. 16/338)

Tobias Thalhammer (FDP)..... 573
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU)..... 575
Bernhard Roos (SPD)..... 575
Thorsten Glauber (FW)..... 576
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 577
Staatssekretärin Katja Hessel..... 578 580
Christine Kamm (GRÜNE)..... 579

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 1)..... 588

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 16/338..... 591

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Prof. Dr. Georg Barfuß, Brigitte Meyer, Dr. Franz Xaver Kirschner und Fraktion (FDP)

Ausbau der Bahnstrecke Neu-Ulm - Augsburg (Drs. 16/339)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Ausbau der Bahnstrecke Neu-Ulm - Augsburg hier: Dreigleisiger Ausbau im Vorortverkehr westlich von Augsburg (Drs. 16/354)

Eberhard Rotter (CSU)..... 580 581 582
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 581 582
584 587
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP)..... 582
585 587
Harald Güller (SPD)..... 583 584
Bernhard Pohl (FW)..... 584
Christine Kamm (GRÜNE)..... 584 585
585
Staatssekretärin Katja Hessel..... 585 586
587

Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/339..... 587

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/354..... 588

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Markus Rinderspacher, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD)

Aufnahme von Guantánamo-Gefangenen in Bayern (Drs. 16/340)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufnahme von Guantánamo-Gefangenen in Bayern (Drs. 16/346)

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger und Fraktion (CSU)

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer und Fraktion (FDP)

Auflösung des Gefangenenlagers Guantánamo (Drs. 16/357)

Markus Rinderspacher (SPD).....	588	590
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU).....		590
Margarete Bause (GRÜNE).....	591	600
Petra Guttenberger (CSU).....	593	594
Bernhard Pohl (FW).....		594
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	594	595 596
Franz Maget (SPD).....		595
Florian Streibl (FW).....	596	597
Theresa Schopper (GRÜNE).....		597
Staatsminister Joachim Herrmann.....	598	599
	600	601
Dr. Thomas Beyer (SPD).....		599

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/340 (s. a. Anlage 2)..... 601

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/346 (s. a. Anlage 3)..... 602

Namentliche Abstimmung zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/357 (s. a. Anlage 4)..... 602

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)

Flexible Handhabung der Mindestschülerzahl in Grund- und Hauptschulen (Drs. 16/341)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u. a. und Fraktion (SPD)

Bestand einzügiger Hauptschulen in Bayern (Drs. 16/350)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lehrerzuteilung für ein- und zweizügige Grund- und Hauptschulen (Drs. 16/356)

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU)

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)

Konzept zur flexibleren Handhabung der Mindestschülerzahl von 15 Schülern an Hauptschulen (Drs. 16/358)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW).....	602		
			610
Reinhold Strobl (SPD).....			603
Georg Eisenreich (CSU).....			604
Eva Gottstein (FW).....			606
Thomas Gehring (GRÜNE).....	606	607	611
Julika Sandt (FDP).....	606	607	608
Günther Felbinger (FW).....			608
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle.....	608	609	
	609	610	611 612
Adi Sprinkart (GRÜNE).....			609
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....			609
		609	610 612
Renate Ackermann (GRÜNE).....			610
Gudrun Brendel-Fischer (CSU).....			611

Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 16/341..... 613

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/350..... 613

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/356..... 613

Namentliche Abstimmung zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/358 (s. a. Anlage 5)..... 613

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volksabstimmung und Volksentscheid auf Bundesebene (Drs. 16/342)

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 614

Verweisung der Dringlichkeitsanträge 16/343 und 16/355, 16/344, 16/345, 16/347, 16/348 sowie 16/349 in die jeweils zuständigen Ausschüsse..... 614

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 6)

Beschluss..... 614

**Berufung
der Mitglieder der Kommission nach Art. 23 des
Bayerischen Abgeordnetengesetzes (s. a. Anlage 7)**

Beschlüsse..... 614

Mitteilung betr. Umbesetzung und neue stellvertretende Vorsitzende in der **Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB** 614

Schluss der Sitzung..... 615

(Beginn: 13.03 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 11. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, möchte ich noch Frau Kollegin Maria Scharfenberg herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Frau Kollegin, ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und auch persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarische Arbeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
"Umweltgesetzbuch vor dem Aus: Blockade zum Schaden der Umwelt beenden"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Erster Redner ist für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Herr Dr. Magerl. Für ihn sind zehn Minuten Redezeit beantragt. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Aktuelle Stunde heute beantragt, um die unsägliche Rolle der Bayerischen Staatsregierung in diesem Trauerspiel um das Umweltgesetzbuch zu thematisieren. Die Staatsregierung blockiert - einmal mehr, so müsste man fast sagen - ein wichtiges Gesetzgebungsverfahren in Berlin und freut sich auch noch über das Scheitern des Umweltgesetzbuches. Zumindest Innenminister Herrmann hat das groß verkündet, wenn ich die ddp-Meldung vom Montag, dem 2. Februar, nehme:

Herrmann begrüßt Scheitern des Umweltgesetzbuches. - Mit Erleichterung hat der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) auf das Scheitern des geplanten Umweltgesetzbuches reagiert.

Das ist schon eine wirklich unsägliche Haltung, die die Staatsregierung hier an den Tag legt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Traurig!)

Sie blockiert ein Gesetzesvorhaben, bei dem schon über Jahrzehnte versucht wird, es auf den Weg zu bringen, wozu es auch einstimmige Beschlüsse der Umweltministerkonferenz gibt, wozu es Kabinettsbeschlüsse in Berlin gibt. Man fragt sich, wo Herr Seehofer in den Monaten, bevor er hier Ministerpräsident geworden ist, in Berlin gewesen ist. Dass er dort Orientierungsprobleme hat, das wissen wir seit Neuerem. Wahrscheinlich hat er die bei den Kabinettsitzungen auch immer wieder gehabt.

Hier wird ganz offensichtlich mit völlig falschen Argumenten vonseiten der CSU gearbeitet. Für die Blockadepolitik der Staatsregierung, allen voran der Ministerpräsident gefolgt von seinem Umweltminister Markus Söder, hat in unserem Land niemand mehr Verständnis. Ich frage mich, wo Herr Seehofer bei diesem wichtigen Tagesordnungspunkt ist.

(Franz Maget (SPD): Draußen! Er gibt Interviews!)

Denn es wäre schon einmal interessant, zu erfahren, ob er oder der Umweltminister uns hier den Briefwechsel zwischen Staatskanzlei oder Ministerium und dem Bundesumweltminister Gabriel vorlegen könnte, was dort noch an Kompromissen angeboten worden ist, was dann doch wieder in letzter Minute abgelehnt wurde. Das würde uns hier schon einmal interessieren.

Wie gesagt: Es hat niemand mehr Verständnis. Es hat auch niemand mehr in ihren eigenen Reihen Verständnis für dieses Verhalten der Staatsregierung. Ich zitiere aus einem Zeitungsinterview mit der baden-württembergischen Umweltministerin Tanja Gönner, die der CDU angehört. Sie antwortet auf eine Frage, warum das für Bayern so ein Problem sei, Folgendes - ich zitiere:

Mich erstaunt die Aussage des bayerischen Kollegen. Die Bayern haben ihre Zahlen in dem Verfahren nicht belegt.

Ein ziemlich harter Vorwurf, meine ich.

Diese Aussage ist aus meiner Sicht deshalb nicht haltbar. Uns liegen derartige Zahlen nicht vor, die sich aus dem Umweltgesetzbuch ergeben könnten - weder für die Anzahl der Genehmigungsverfahren noch für die Anzahl Pflichtgewässer. Nach unseren Planspielen entsteht kein bürokratischer Mehraufwand. Es kann sein, dass hierbei in Bayern unterschiedliche Gesetzgebungsverfahren auf

europäischer Ebene durcheinander gebracht werden.

Was haben Sie denn da durcheinandergebracht, Herr Söder? - Noch deutlicher formuliert es in einer dpa-Meldung der CSU-Umweltexperte Josef Göppel, der die Bedenken seiner eigenen Partei gegen das Umweltgesetzbuch scharf kritisiert. Er teile diese Bedenken ausdrücklich nicht, sagte der Bundestagsabgeordnete der "Frankfurter Rundschau".

Es wird sich bald zeigen, welchen Bärendienst die Gegner des UGB der deutschen Wirtschaft erwiesen haben. Diejenigen, die jetzt aus wahltaktischen Gründen das Gesetzesvorhaben ausgebremst haben, haben eigentlich der Kanzlerin geschadet.

Mit Blick auf die eigenen Reihen sagt der Unionspolitiker:

Einige wollten mit Änderungsvorschlägen beim UGB nebenbei den Umweltschutz zurückschrauben. Das wäre ein schwerer strategischer Fehler.

Sehr viel deutlicher kann ich es hier als Oppositionsabgeordneter nicht formulieren, wie es Ihr eigener Mann Josef Göppel Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat. Es geht Ihnen nur um Wahlkampf. Ihre Kampagne gegen das Umweltgesetzbuch ist getrieben von der Angst vor "45 minus x" bei der Europawahl und bei der Bundestagswahl. Das ist der wahre Hintergrund. Es geht Ihnen nicht um Sachpolitik zum Wohle unseres Landes, sondern einzig und allein um billige Polemik und Wahltaktik.

Der Standort Deutschland braucht aber ein einheitliches Umweltgesetzbuch dringend. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag. Dort haben Sie gemeinsam vereinbart, dass Sie ein Umweltgesetzbuch in dieser Legislaturperiode verabschieden wollen und das historisch gewachsene, aber zwischen den Fachgebieten sowie zwischen Bund und Ländern stark zersplitterte Umweltrecht vereinfachen und zusammenfassen wollen, und zwar analog dem Sozialgesetzbuch, wo wir das schon haben und kennen. Dieses Ziel, das Sie gemeinsam formuliert haben, wollen Sie offensichtlich jetzt scheitern lassen. Sie wollen dieses zersplitterte Recht offensichtlich bis in alle Ewigkeit weiterführen.

Der Vorsitzende des Naturschutzbunds Deutschland, einer sehr großen Organisation, wo wirklich sehr viel Sach- und Fachverstand zusammengefasst ist, hat Ihnen klar und deutlich gesagt, wozu das führt. Ich zitiere Herrn Tschimpke:

Nehmen wir als Beispiel den Ort Dömitz an der Elbe. Da haben Sie im Umkreis von 15 Kilometern

vier Bundesländer. Wenn Sie dort eine Pipeline bauen wollen, dann müssen Sie nach vier unterschiedlichen Landesrechten vier unterschiedliche Genehmigungsverfahren durchführen.

Derartige Dinge sollen beseitigt werden. Das möchte auch die deutsche Wirtschaft. Wir müssen schauen, dass wir wirklich vorankommen und nicht, wie Sie das tun, den Standort Deutschland gefährden.

(Beifall des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Es gibt genügend Aussagen dazu, dass das neue Umweltgesetzbuch zum Bürokratieabbau führen würde, zu Kosteneinsparungen und letztendlich zu einer besseren Praxis bei den Genehmigungsverfahren in Deutschland.

Ich zitiere Frau Dr. Angela Merkel vom 11. Juli 2007:

Wir sollten alles daransetzen, um mit dem Umweltgesetzbuch Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau und einheitliche Bewertungsverfahren durchzusetzen.

Sie fallen Ihrer eigenen Kanzlerin mit Ihren Aktionen in den Rücken.

An anderer Stelle im Jahr 2006 hat Frau Merkel, die als erste an dem Umweltgesetzbuch gearbeitet hat, erklärt:

Trotzdem glaube ich, dass insbesondere der Umweltbereich auf der Bundesebene zu den Gewinnern der Föderalismusreform gehört. Die Frage, ob wir ein Umweltgesetzbuch brauchen, muss eindeutig mit Ja beantwortet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Innenminister Herrmann freut sich über das Scheitern. Was ist denn das noch für eine Aktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU, wenn Frau Merkel sagt, wir brauchen dieses Gesetzbuch, und der bayerische Innenminister sich über das Scheitern des Gesetzgebungsverfahrens in Berlin freut. Herr Röttgen hat 2006 erklärt:

Wir werden in der Umweltpolitik etwas realisieren, was seit vielen Jahren gefordert wird. Es wird ein einheitliches Umweltgesetzbuch geben. Erstmals wird die Möglichkeit bestehen, einheitliche Standards in diesem Bereich zu schaffen.

Das sind die Aussagen. Aber Sie machen nur eines: Sie blockieren!

Auch Johannes Ludewig, der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrats, eines Fachgremiums auf Bundesebene, hat noch am 15. Januar 2009 erklärt:

Vielmehr sind durch Systematisierung und Vereinheitlichung von Verfahrensvorschriften eine deutliche bürokratische Entlastung und damit ein Impuls für Wachstum und Beschäftigung zu erwarten. Dem Rat ist daran gelegen, diesen Punkt zu unterstreichen.

Und ein anderer, auch völlig Unverdächtiger, Herr Villis, der EnBW-Vorstandsvorsitzende, hat bei der Grundsteinlegung für ein Steinkohlekraftwerk erklärt, ich zitiere:

Gleichwohl würden wir uns freuen, wenn im Rahmen des neuen Umweltgesetzbuches auch die integrierte Vorhabensgenehmigung umgesetzt werden könnte. Dies wäre bei Neubauprojekten sehr hilfreich.

Und als letztes Zitat noch, Prof. Weiger vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland am 11.01.2009:

Kommt das Umweltgesetzbuch nicht, dann wäre eine große Chance zum besseren Schutz der Lebensgrundlagen und für die zukunftsfähige Entwicklung der Wirtschaft vertan. Um Ökologie und Ökonomie miteinander in Einklang zu bringen, sind klare, einheitliche Umweltstandards erforderlich. Das Fehlen eines bundesweit gültigen Umweltgesetzbuches wirkt sich nachteilig auf den Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt aus.

Ich könnte lange weiter fortfahren mit Zitaten von Leuten, die sich alle für das Umweltgesetzbuch ausgesprochen haben. Ich glaube, diese Zitate zeigen, dass es selten aus so unterschiedlichen Ecken heraus eine so eindeutige übereinstimmende Meinung zu diesem Gesetzgebungsvorhaben gegeben hat.

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie sollten in sich gehen und Ihre Blockadepolitik aufgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Spiel, das Sie hier treiben, schadet letztlich auch dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der Politik. Sie machen ein Schwarzer-Peter-Spiel in Berlin. Insgesamt sollte dieses Spiel schnellstens beendet werden. Geben Sie Ihre Blockade auf, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Dr. Magerl. Als Nächster hat Kollege Alexander König das Wort. Bitte schön.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Herr Kollege Magerl leider nichts zu den Inhalten dieses Umweltgesetzbuches gesagt hat und leider auch keine Zeit gefunden hat, etwas dazu zu sagen, worüber man sich inhaltlich gestritten hat und woran es letztlich gescheitert ist, will ich das hier nachholen.

Vorweg aber, Herr Kollege Magerl, noch einmal ganz deutlich: Die CSU will ein einheitliches Umweltgesetzbuch.

(Beifall des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Folglich steht auch im Koalitionsvertrag mit der FDP, ich zitiere:

Wir unterstützen die Erarbeitung eines einheitlichen Umweltgesetzbuches. Es führt zu mehr Transparenz und weniger Bürokratie. Eine Veränderung bestehender Standards im Rahmen dieses Projekts lehnen wir ab.

Aber ich sage Ihnen auch dazu, Herr Magerl, wir unterstützen nicht jedes einheitliche Umweltgesetzbuch. Das ist nämlich der springende Punkt. Die Neuordnung der Gesetzgebungskompetenz im Umweltbereich ist notwendig geworden - das wissen wir - durch die Abschaffung der Rahmengesetzgebung. Damit sind die Voraussetzungen für ein einheitliches Umweltgesetzbuch - und unser Ziel ist ein solches einheitliches Umweltgesetzbuch - gegeben. Allerdings wollen wir mit einem einheitlichen Umweltgesetzbuch das Umweltrecht vereinfachen und gleichzeitig das hohe Schutzniveau des deutschen Umweltrechts erhalten. Deshalb steht im Koalitionsvertrag, was unsere beiden Partner in der Regierungskoalition angeht, als Ziel ganz klar: mehr Transparenz und weniger Bürokratie.

Dieses einheitliche Umweltgesetzbuch muss natürlich von der Konstruktion her in sich schlüssig und vor allem auch funktionsfähig sein. Sie sprachen gerade vom Standort Deutschland, Herr Kollege Magerl. Das war der Knackpunkt und ist weiterhin der Knackpunkt. Wir haben sachliche Bedenken gegen den Entwurf, den Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vorgelegt hat. Sie wissen auch, wenn Sie sich damit auseinandersetzen, dass es sehr wohl eine weite Übereinstimmung gab, was die Bücher II bis V dieses einheitlichen Umweltgesetzbuches angeht. Obwohl bei Weitem nicht alle Vorschläge, die wir von der CSU als Änderungsvorschläge in den Findungsprozess eingebracht haben, Berücksichtigung fanden, waren wir, was das

Ergebnis angeht, bezüglich der Bücher II bis V kurz vor einer vollständigen Einigung. Die Einigung war in greifbarer Nähe.

Allerdings verhielt es sich völlig anders bezüglich des Buches I des einheitlichen Gesetzbuches, in dem das Verfahrensrecht zu regeln ist. Umweltminister Gabriel wollte das Instrument der sogenannten Integrierten Vorhabengenehmigung - so heißt der Fachbegriff, abgekürzt IVG - einführen. Das heißt, es sollte ein einheitliches Genehmigungsverfahren für die verschiedenen Umweltbereiche eingeführt werden. In dieser Allgemeinheit, was das einheitliche Genehmigungsverfahren angeht, sind wir sogar d'accord. Eine Differenz gibt es allerdings, was die einheitliche Anwendung des materiellen Rechts angeht. Und hier ist der Unterschied.

Deshalb müssen wir leider hierzu sagen, meine Damen und Herren: Die CSU ist aus sachlichen Gründen mit dem vorgelegten Umweltgesetzbuch, mit dem vorgelegten Buch I, mit dem vorgelegten Instrument der Integrierten Vorhabengenehmigung, so wie es hier konstruiert wurde, nicht einverstanden.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe heute in der Pressemitteilung der SPD gelesen, Herr Kollege Maget, uns gehe es alleine darum, parteipolitisch initiierte Attacken zu führen. Auch Kollege Magerl hat diesen Eindruck zu erwecken versucht. Das möchte ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wer sich einmal vergegenwärtigt, wie das Ringen in Berlin um die vernünftige und machbare Lösung war, der wird im Ergebnis erkennen, dass es darum überhaupt nicht ging, sondern im Gegenteil: Wir waren sehr bemüht, hier zu einer gemeinsamen Lösung, zu einem einheitlichen Umweltgesetzbuch zu kommen.

(Zurufe der Abgeordneten Franz Maget (SPD) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir wenden uns allerdings - das sage ich sehr deutlich - gegen diese Integrierte Vorhabengenehmigung in der vorgelegten Form.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

- Wir sind die CSU, Herr Kollege Maget, Sie wissen das, und die anderen sind die CDU. Deshalb ringen wir innerhalb der Union um die beste Lösung. Das ist überhaupt keine Frage. Wir wenden uns gegen diese vorgelegte Integrierte Vorhabengenehmigung, weil das eine tiefgreifende Vermengung des jeweils für sich schon komplexen Wasserschutzrechts auf der einen Seite und des Immissionsschutzrechts auf der anderen Seite mit fast unvorhersehbaren juristischen Problemen bedeutet hätte.

Die Juristen unter uns wissen vielleicht aus ehemaligen Vorlesungen: Im Immissionsschutzrecht haben wir im Ergebnis gebundene Entscheidungen, dagegen haben wir im Wasserrecht Ermessensentscheidungen. Schon daraus ergeben sich diese Probleme, die ich zusammengefasst vorgetragen habe.

Diese beabsichtigte Integrierte Vorhabengenehmigung hätte zur Folge gehabt, dass beide Rechtsmaterien trotz der unterschiedlichen Entscheidungsformen in einem Verfahren zu entscheiden gewesen wären. Das hätte juristische Probleme nach sich gezogen.

Zweitens wären mit der IVG alle bisherigen nachbarschaftsrechtlichen Rechte und Pflichten Gegenstand des Umweltgesetzbuchs und damit dieses Genehmigungsverfahrens geworden.

Drittens, das ist für uns sehr maßgeblich, hätte sich die Anzahl der Verfahren, für die die umfangreiche und komplizierte IVG erforderlich geworden wäre, im wahrsten Sinne des Wortes vervielfacht.

Betroffen von dieser unnötigen Bürokratie wären unzählige kleine und mittlere Unternehmen in unserem Land gewesen. Deshalb waren und sind wir gegen diese Lösung. Ich führe an - das müssen Sie sich auch einmal vergegenwärtigen, Herr Kollege Magerl -, dass zum Beispiel auch die Genehmigung von Biogasanlagen, die Genehmigung von Deichen zum Hochwasserschutz, selbst kleine und kleinste Be- und Entwässerungsgräben, bereits Tierhaltungen mittlerer Größe, die Fischzucht usw. von diesem Verfahren betroffen gewesen wären.

Gerade weil wir der Meinung sind, Kolleginnen und Kollegen - Stichwort Deutschland haben Sie es genannt -, dass wir in einer schwierigen wirtschaftlichen Zeit leben, ist es umso weniger vertretbar, es hier zu einer Rechts- und Planungsunsicherheit kommen zu lassen, im Gegenteil: Unsere Unternehmen brauchen Rechts- und Planungssicherheit. Sie brauchen keine längeren und unnötigen Verfahren, sondern sie brauchen kürzere Verfahren. Wir müssen derartige Verfahren vermeiden. Wir brauchen auch keine zusätzlichen Rechtsstreitigkeiten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Abschließend lassen Sie mich eines anmerken, Herr Kollege Magerl: Wer das Verfahren verfolgt hat, weiß es: Zu unserer völligen Überraschung hat Bundesumweltminister Gabriel - Staatsminister Söder kann das sicherlich aus seiner Perspektive noch einmal erläutern - plötzlich von heute auf morgen das Gesamtprojekt dieses Umweltgesetzbuchs für gescheitert erklärt, obwohl man Stunden zuvor, bevor diese Entscheidung gefallen ist, noch im Dialog war und um Lösungen ge-

rungen hat. Selbst Herr Gabriel hat kurz vorher noch Kompromissvorschläge in den Raum gestellt, wie zum Beispiel eine Übergangslösung, was das Verfahrensrecht angeht.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

All das hat plötzlich nicht mehr gegolten, weil er selbst aus uns nicht bekannten Gründen den Schlusstrich gezogen und das Scheitern erklärt hat bzw. nicht mehr willens oder in der Lage war, zu Kompromissen, zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Von daher hat der Bundesumweltminister das Scheitern selbst zu verantworten. Sie sollten nicht den untauglichen Versuch unternehmen und uns das zurechnen.

(Beifall bei der CSU - Lachen des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Wir haben uns um sachliche Lösungen bemüht. Wir haben allein in der Sache, im Interesse der Betroffenen argumentiert. Alles andere hat bei uns keine Rolle gespielt.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, wir können das Scheitern des Umweltgesetzbuches nicht zurückdrehen: Umso mehr wissen wir, dass es jetzt darum geht, schnellstmöglich im Wasserrecht und im Immissionsschutzrecht zu tragfähigen Regelungen zu kommen. Das liegt wiederum zuerst in der Verantwortung des Bundesumweltministers. Wir hoffen, dass er in der Lage sein wird,

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

diese Gesetzentwürfe so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen. Wir als CSU werden diese Gesetzgebungsvorhaben konstruktiv und sachlich begleiten und halten an unserem großen Ziel, einem einheitlichen Umweltgesetzbuch, fest.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege König. - Als Nächster hat Kollege Wörner das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß überhaupt nicht, ob man das, was Herr König gerade von sich gegeben hat, kommentieren sollte. Es war der Höhepunkt an Heuchelei in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie waren es, der den Umweltminister nach Hause geschickt hat, obwohl er Ihnen Kompromissangebote gemacht hat. Sie wollten nicht. Das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie und Ihr Umweltminister haben dieses Gesetz torpediert, wo es nur ging. Ich werde Ihnen das auch beweisen.

(Franz Maget (SPD): Ein schöner Koalitionspartner!)

- Über den Koalitionspartner sprechen wir auch noch. - Kolleginnen und Kollegen, das Umweltgesetzbuch hat ohnehin eine unendliche Geschichte. Seit dem Jahre 1990 wird darüber beraten, seit dem Jahre 1990 wird versucht, dieses Gesetz endlich in Bundesrecht zu gießen. Dass es nun scheitert, liegt nicht an Minister Gabriel - der hat seinen Job gut gemacht -, sondern an einem Umweltminister Söder und einer bayerischen Staatsregierung, die die Umwelt derzeit als Opfer des Koalitionsfriedens hinstellen will. Minister Söder will an vielen Stellen einen Krieg vom Zaun brechen, und die Umwelt ist dabei das Opfer. Ich meine, so kann das nicht gehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer als Lebensminister antritt und Gesundheit und Umwelt auf dem Altar parteitaktischer Spiele opfert, Herr Minister, der muss sich fragen lassen, ob er den Titel "Lebensminister" - den er sich im Übrigen selbst gegeben hat - überhaupt verdient. Ich würde mich an Ihrer Stelle fragen, was das Ganze soll.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den Freien Wählern)

Sie spielen mit Ihrem Spielchen gegen die Wirtschaft. Das sagt sogar Ihr Kollege Göppel, der im Umweltausschuss der Bundesregierung sitzt.

Im Übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, dass das, was Sie wollen, Umwelt-Dumping ist und nicht dazu führt, die Umwelt besser zu schützen. Sie machen sich damit letztlich zum Büttel der Industrie, was man aus Stellungnahmen der Industrie gut nachvollziehen kann.

Ich will nun zu Ihnen kommen, Herr König, weil Sie sagten, es gebe keine Möglichkeiten. Mir liegt ein Papier von Minister Gabriel vor, aus dem hervorgeht, dass versucht wurde, es mit dem Umweltminister abzustimmen. Dort geht es um Gewässerrandstreifen. Diesbezüglich hat der bayerische Herr Umweltminister erkennen müssen, dass er falsch liegt. Das hat man inzwischen zurückgenommen. Es geht um UVP-Schwellenwerte, zum Beispiel Rodungen und Erstaufforstungen von

Wäldern. Da wollten Sie eine Lösung, die schlechter ist für Umwelt und Natur und dem kann man nun einmal nicht zustimmen. Sie sind des Weiteren hergegangen und wollten beim Verzicht auf die nationale Artenschutzliste zum Nachteil der Arten einwirken, die ausgerechnet in Bayern am meisten gefährdet sind. So zieht sich das durch wie ein roter Faden.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den Freien Wählern)

Wenn ich dann weiter sehe, was Sie, Herr Kollege König, bei der berühmten IVG beklagt haben: Da sorgen Sie mit Ihrem Vorschlag dafür, dass es beim Wasserrecht 16 verschiedene Rechte gibt. Wie wollen Sie das der Industrie vermitteln? Sie sagen, Sie wollen eine Vereinheitlichung. Wenn Sie meinen, Sie wollen eine Verschlechterung für die Umwelt, dann haben Sie recht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber wenn Sie wollen, dass das in einem Verfahren vereinheitlicht wird, mit dem die Industrie leben kann, dann sollten wir den Weg gehen, den die Bundesregierung im Übrigen mit allen Ländern - mit Ausnahme von Bayern - abgestimmt hat. Sie hat sich dazu durchgerungen. Das würde nämlich bedeuten, aus 16 Verfahren ein Verfahren zu machen. Wenn Sie als Jurist beklagen, dass man das nicht hinbekäme, da es diesbezüglich unterschiedliche Rechtslagen gebe, dann sage ich Ihnen: Politik und Verwaltung sind dazu da, das Gesetz so zu machen, dass alles unter einen Hut passt, weil sonst bescheinigen wir uns die eigene Unfähigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das dürfen Sie gerne tun, sich die eigene Unfähigkeit bescheinigen. Wir ziehen uns diesen Schuh nicht an,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass wir unfähig wären, die richtigen Gesetze zu machen.

Wenn Sie das aus anderen Gründen nicht wollen, dann sollten Sie ehrlich sein und sagen: Wir haben die Sorge - das haben Sie ja fast artikuliert und haben dann gerade noch die Kurve gekriegt -, dass gerade angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Situation die Umweltauflagen - ich betone das Wort "Umweltschutzaufgaben" noch einmal, damit Sie es auch verstehen, wir reden über Umweltschutz - nicht mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten dieses Landes in Einklang zu bringen sind. Ich sage Ihnen: Deutschland ist aufgrund des hohen Umweltstandards und der Umweltschutzmaßnahmen weiter vorne als viele andere Indu-

strationen dieser Welt, und davon lassen wir uns auch durch Ihre Blockadepolitik, die Sie gerade betreiben, nicht abbringen.

Ich finde es bedauerlich, für meine Fraktion feststellen zu müssen: Das Umweltgesetzbuch ist nicht an Minister Gabriel gescheitert, sondern an der Bayerischen Staatsregierung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

die in kleinkariertester Art und Weise

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bockig!)

versucht hat, dieses Gesetz zu torpedieren und zu stoppen. Warum denn eigentlich? Das wissen Sie wahrscheinlich selber nicht so genau. Um Unruhe zu stiften, um in Berlin den starken Mann zu markieren - Sie haben dort ein bisschen an Einfluss verloren -, das kann man verstehen. Aber dafür die Umweltschutzrechte aufzugeben, das versteht kein Mensch mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen darf ich Ihnen sagen: Wenn es darum geht, zum Beispiel die Roten Listen besser aufzustellen, wäre Bayern gut beraten, mehr zu tun als bisher, weil Bayern die meisten Minuspunkte in den Roten Listen gesammelt hat. Lesen Sie die Expertenanhörung zu diesem Thema. Wir sind die Spitzenreiter in der Liste der Roten Arten. Da frage ich Sie, warum Sie ausgerechnet an diesem Punkt Herrn Gabriel blockieren. Das ist Ihre eigene Philosophie, aber vielleicht erklären Sie es uns noch. Für uns wäre es schon spannend zu erfahren, warum Sie ohne ersichtlichen Grund die Notbremse gezogen haben, aus unserer Sicht nur deshalb, um in dieser Koalition Unfrieden zu stiften.

Zu Ihrem kleinen Koalitionspartner FDP: Ich bin gespannt, was Sie sagen werden. Wenn Sie sich Ihrem Bundestagskollegen Meierhofer anschließen, müssten Sie eigentlich, und zwar zu Recht, an dieser Stelle in der Koalition ein Problemfeld aufmachen. Ich hoffe, Sie tun das auch im Interesse der Umwelt, und zwar aus dem einfachen Grund: Ihr Herr Meierhofer sagt: Katastrophe. Wenn Sie sich dem anschließen, müssten Sie mehr oder weniger auf Ihren großen Koalitionspartner einwirken, noch einmal in sich zu gehen und sicherzustellen, dass all das, was vonseiten der Staatsregierung zum Scheitern der Verhandlungen geführt hat, noch einmal aufgegriffen wird.

Ich meine, die Tür ist noch nicht zu. Wenn Sie heute erklären würden: Wir gehen den Weg in Berlin mit, und das mit Ihrer Haltung deutlich machen würden, könnte man, glaube ich, sehr wohl noch einmal in Verhandlung-

gen eintreten, um dieses Gesetz zu retten. Wir halten das für dringend geboten.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Eines wollen wir nicht: dass Sie mit Ihrer Politik auf dem Rücken der Umwelt Spielchen treiben. Sie machen es möglicherweise so wie mit den Löhnen: Wir dumpfen sie alle ein bisschen runter. So wie Sie das Lohndumping zulassen - ich sage nur Mindestlöhne, die Sie ablehnen -, so wollen Sie jetzt offensichtlich auch noch Mindeststandards gegen die Umwelt - im wahrsten Sinne gegen die Umwelt - durchsetzen.

Wenn Sie auf diesem Weg sind, sind Sie schlecht beraten. Das wird Ihnen die bayerische Bevölkerung nicht danken. Denn diese bayerische Heimat ist viel zu schön, als sie auf dem Altar parteitaktischer Spielchen zu zerstören.

Deshalb ist das Umweltgesetzbuch wichtig und richtig, und wir würden uns wünschen, dass Sie noch einmal Stopp sagen und erklären, dass Sie mit uns den Weg für Herrn Gabriel frei machen, um sicherzustellen, dass das noch in dieser Periode abgehandelt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Wörner. Als Nächster hat für die Fraktion der Freien Wähler Herr Dr. Hans Jürgen Fahn das Wort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen das Umweltgesetzbuch, wie es geplant war, mitgebracht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das lesen Sie jetzt aber nicht alles vor!)

Das ist das eigentliche Gesetz - es ist ganz kurz -, und das andere ist die Begründung.

Das ist jetzt leider nicht zustande gekommen, meine Damen und Herren. Jetzt brauchen wir nämlich acht solcher großen Bücher. Aber wir hoffen, dass es doch noch klappt.

Meine Damen und Herren, nach unzähligen Arbeitsgruppensitzungen zwischen dem federführenden Umweltministerium, dem CSU-Wirtschaftsministerium und dem Landwirtschaftsministerium, auch CSU,

(Franz Maget (SPD): Den "Bayernkurier" dürfte er nicht zeigen!)

und zwischen den Koalitionsparteien im Bundestag kam am Montag relativ plötzlich - das stimmt - das Aus.

Es gab in der Föderalismuskommission die richtige Entscheidung, die Umweltgesetzgebung auf Bundesebene zu vereinheitlichen. Denn, meine Damen und Herren, wir müssen europatauglich werden. Hinzu kommt, dass wir bisher so viele Gesetze brauchen. Das ist umständlich, kostet Zeit und auch Geld. Dieses Umweltgesetzbuch hätte für ein Projekt bedeutet: eine Behörde, ein Verfahren, eine Genehmigung, die sogenannte Integrierte Verbundgenehmigung.

Wir verstehen nicht, Herr König, dass Sie sagen, die CSU sei dagegen. Warum waren 15 Bundesländer dafür und nur Bayern dagegen? Das verstehen wir nicht und im Prinzip auch alle CDU-Regierungen nicht.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch kein inhaltliches Argument, Herr Kollege!)

So bleibt es im Moment bei dem Nebeneinander verschiedener Genehmigungsverfahren in 16 verschiedenen Landesregierungen. Nach unserer Ansicht wurde eine Chance vertan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Franz Maget (SPD): Sehr gut!)

Warum? - Baden-Württemberg hat zum Beispiel ausgerechnet, dass die mittelständische Wirtschaft um jährlich ca. 30 Millionen Euro entlastet würde, und für mittelständische Unternehmen würde sich die Zahl der Ansprechpartner und der Anträge deutlich reduzieren. Ein Beispiel aus Bayern: Schon jetzt kann die bayerische Naturschutzverwaltung wegen Personalmangels die bestehenden Gesetze nicht vollziehen. Schon geplante zusätzliche Stellen an den Landratsämtern werden aufgrund des Landesbankdesasters gestrichen, und jetzt kommt dieses neue Desaster.

Das große Gegenargument der CSU, es gäbe eine Monsterbürokratie wegen der 77.000 Kilometer genehmigungspflichtigen Uferstreifen, ist nur vorgeschoben. Das meint auch die CDU-Umweltministerin von Baden-Württemberg.

(Franz Maget (SPD): Richtig!)

Das wurde auch nie in den ganzen Diskussionsprozess eingebracht, und auch Herr Gabriel hat mitgeteilt, dass bei den Gewässerrandstreifen alles beim Alten bleiben kann.

(Franz Maget (SPD): Richtig!)

Warum kam dieses Nein? Die meisten Kommentare in den Medien sprechen von Wahlkampfgepolter, und ich glaube auch, dass es so ist.

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Über drei Jahre hatte der Bundesumweltminister Zeit, dieses Vorhaben umzusetzen. Die "Main-Post" spricht von einer "Chaostruppe im Wahlkampf" und meint die Große Koalition, die sich im Vorschriften-Dickicht verheddert habe.

In der Umweltpolitik in Bayern läuft es halt immer so: zwei Schritte vor und dann wieder zwei oder drei Schritte zurück. Bei der Diskussion, Herr Söder, um die frei fließende Donau sind Sie mutig einen Schritt nach vorne gegangen. Aber dann gibt es immer wieder diese Rückschläge in Bayern wie die Sturheit beim unsinnigen Prestigeobjekt Münchner Flughafen oder auch bei der viel zu defensiv betriebenen Klimaschutzpolitik. Das bringt Bayern in der Summe nicht voran, meine Damen und Herren.

Wie soll es weitergehen? Wir Freie Wähler fordern einen neuen Anlauf. Aber jetzt haben wir erst einmal Wahlkampf: zunächst einmal für die Europawahl, dann für die Bundestagswahl. Die Freien Wähler wollen eine pragmatische Lösung. Wir wollen, dass nach den Wahlen im Jahr 2009 noch einmal ein neuer Anlauf für das Umweltgesetzbuch gemacht wird. Dann bietet sich die Chance, auch noch Verbesserungen einzubringen. Herr König hat ja gesagt, da fehlt noch einiges. Diese Chance ist zumindest noch da. Zum Beispiel lässt sich die Kooperation zwischen Naturschützern und Landwirten noch verbessern. Auch der zunehmende Flächenverbrauch könnte noch wirksamer eingeschränkt werden mit diesem Umweltgesetzbuch, und auch der Vertragsnaturschutz könnte noch gestärkt werden. Wenn sogar der frühere CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer sagt, mit dem neuen Umweltgesetzbuch werde das zersplitterte Umweltrecht vereinheitlicht und damit einfacher, dann muss doch etwas dran sein.

Mit anderen Worten - und damit komme ich zum Schluss -: Wir Freie Wähler appellieren an die Hauptakteure der politischen Parteien: Schlagen Sie sich nicht die Köpfe ein, sondern lassen Sie sie rauchen. Es gibt viel zu tun. Packen Sie es an.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Dr. Fahn. Sie haben zu didaktischen Zwecken Ihr schönes Buch mitgebracht. Ich weise Sie als Neuling nur darauf hin, dass man solche Hilfsmittel nach § 109 der Geschäftsordnung vorher im Ältestenrat anmelden sollte. Wir sind da aber nicht so streng. Ich sage das nur zur Information. Darüber können wir reden. Das ist alles klar.

(Franz Maget (SPD): Wir reden darüber einmal!)

Herr Fraktionsvorsitzender, Sie stimmen mit mir darin überein, dass ich hier oben die Geschäftsordnung zu vollziehen habe. - Alles klar.

(Franz Maget (SPD): Ja, ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht!)

Gut. Nächster Redner ist nun für die Freien Demokraten Herr Thalhammer. Bitte schön, Herr Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Dinge wurden beim Umweltgesetzbuch mehr als deutlich: Wir brauchen in diesem Land für vieles viel zu lange, wir haben in Deutschland viel zu viele Gesetze, und die Große Koalition hat in Berlin mit Pauken und Trompeten versagt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Lassen Sie mich bei allem Tumult noch einmal deutlich herausstellen, was denn eigentlich das Ziel des Umweltgesetzbuches war. Das zersplitterte und unübersichtliche Umweltrecht sollte harmonisiert und vereinheitlicht werden. Es sollten weniger Bürokratie und mehr Transparenz geschaffen werden. Es sollte einfach in Deutschland einfacher werden, etwas umzusetzen. Das sollte durch verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen erleichtert werden.

Es wird deutlich, dass wir Liberale einem ganzheitlichen Ansatz offen gegenüberstehen, dass wir Liberale Genehmigungsverfahren vereinfachen wollen, dass wir Liberale unnötige Doppelregelungen abschaffen wollen und ein Vorhaben der Gesetzeskonsolidierung, ein Vorhaben wie die ursprüngliche Idee des Umweltgesetzbuches unterstützen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Der jetzt vom Bundesumweltminister vorgelegte Gesetzesentwurf verfehlt leider dieses Ziel. Im Gegenteil - er ist kontraproduktiv.

Der Integrationsansatz des UGB ist unzureichend. Es verbleiben Rumpfgesetze. Das heißt, neben dem Umweltgesetzbuch müssten zukünftig weitere Umweltgesetzbücher, quasi Umweltgesetzheftchen, parallel angewendet werden. Dem jetzt vorgelegten Umweltgesetzbuch fehlen auch ganze Kapitel - beispielsweise im Bereich der Abfallwirtschaft -, und es berücksichtigt die neuesten Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union nicht. Das Umweltgesetzbuch bräuchte schon eine zweite Auflage, bevor die erste überhaupt gedruckt würde. Dass auch noch neue Verordnungen und neue Genehmigungstatbestände geschaffen wurden, beweist auch, dass das Ziel von mehr

Transparenz und weniger Bürokratie nicht erreicht wurde.

Das reine Umtüten von Gesetzen bewirkt auch nicht einen besseren Umweltschutz. Weder für die Natur noch für den Bürger bringt dieses Buch nennenswerte Vorteile. Besonders gravierend ist dies auf dem Feld der Landwirtschaft und der kleinen und mittleren Unternehmen. Es ist schlichtweg falsch, dass das Umweltgesetzbuch in der vorgeschlagenen Form kleinen Unternehmen das Leben vereinfacht hätte. Zwar ist es auf den ersten Blick verlockend, dass man zukünftig für ein Genehmigungsverfahren nur noch eine Behörde ansteuern müsste. Ein Ansprechpartner bedeutet aber noch lange nicht, dass deswegen weniger Formalia vorhanden sind. Hinter einem Ansprechpartner kann sich derselbe Gesetzeswust verbergen, wie hinter mehreren Schultern. Das Gegenteil ist sogar der Fall: Für kleinere und mittlere Unternehmen bedeutet es mehr Aufwand und mehr Unsicherheit. Denn künftig wäre bei nachträglichen Abänderungen nicht nur der Teilbereich der Neuerung genehmigungspflichtig, künftig müsste auch bei nachträglichen Abänderungen der gesamte langwierige Genehmigungsprozess über alle Teilbereiche komplett von Neuem durchlaufen werden. Dies überfordert gerade kleine Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilung.

(Beifall bei der FDP)

Ein Prozedere, das Genehmigungsverfahren verlängert und verkompliziert, das ohne nennenswerten Output für die Wirtschaft zusätzliche Kosten verursacht, ist gerade in diesen Zeiten der Finanzkrise absolut fehl am Platz.

Ja, wir brauchen ein Umweltgesetzbuch. Darin sind wir uns einig, und im Koalitionsvertrag steht es geschrieben. Aber wir brauchen ein Umweltgesetzbuch, das durch- und überschaubar ist und unsere Umweltstandards nicht in Frage stellt. Es bringt auch nichts, jetzt das Umweltgesetzbuch zu zerfleddern und einzeln aufzudröseln. Dadurch kann vielleicht der eine oder andere Politiker trotz tiefblauem Auge noch eine Art Überlebenserfolg verzeichnen. Das Ziel würde dennoch weit verfehlt, man ist einfach gescheitert. Wenn es um die Sache geht, um weniger Bürokratie und mehr Transparenz, dann darf es hier nicht um politische Profilierung gehen. Dann erkennt man, dass in Einzelgesetzen das Ziel von mehr Transparenz und weniger Bürokratie verfehlt werden würde; denn hier geht es dann lediglich um eine kosmetische Verschlimmberesserung.

Das Umweltgesetzbuch ist ein großes und wichtiges Vorhaben, hier darf nicht in Wahlperioden gedacht werden. Gerne steht die FDP als konstruktiver Partner auf

der Suche nach handhabbaren Lösungen bereit. Wir sind für einen neuen Anlauf, für einen neuen, sinnvollen und zielführenden Ansatz, für ein gesundes Verhältnis von Ökologie und Ökonomie. Und wirklich Wichtiges sollte man nie abschreiben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann hat abschließend Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Zitate habe ich gehört, unglaublich viele Schlagworte - gerade von Herrn Magerl -, aber furchtbar wenig Argumente. Es hilft nichts zu versuchen, mit platten Argumenten zu antworten, wenn man über juristische Fragen diskutiert. Ein Blick in das Gesetz, so hat einer meiner Juraprofessoren einmal gesagt, fördere die Rechtskenntnis, und das gilt in diesem Fall ganz besonders. Unser Ziel war und ist es, in ganz Deutschland unsere bayerischen Umweltniveaus zu haben; denn wir haben mit Abstand die saubersten Gewässer und die sauberste Luft. Ich würde mir wünschen, dass alle Bundesländer dieses bayerische Niveau haben, lieber Freund.

(Beifall bei der CSU)

Und deswegen wollen wir ein einheitliches Gesetzbuch, das wir natürlich akzeptieren.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Lieber Herr Kollege Wörner, dreieinhalb Jahre hat der Herr Gabriel Zeit gehabt. Seit über eineinhalb Jahren liegen die Argumente in der Sache übrigens auf dem Tisch. Was ist in der Zwischenzeit passiert, dass man jetzt glaubt, wenn man eineinhalb Jahre nicht auf Argumente hört, es in eineinhalb Wochen durchdrücken zu können? Liegt es vielleicht daran, dass man Angst vor der anstehenden Wahl und davor hat, dass die eigene Erfolgsbilanz düster und traurig werde?

(Beifall bei der CSU)

Ich habe jetzt gehört, wer uns alles kritisiert hätte. Aber ganz kann es nicht stimmen; denn wenn die kleineren und mittleren Unternehmen, die bekanntermaßen in der Industrie- und Handelskammer versammelt sind, wenn der Deutsche Industrie- und Handelskammertag ausdrücklich sagen, dass der Gesetzentwurf Gabriels für den Mittelstand Probleme bringen werde, wenn die Bundesländer aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen beim Gesetz einen deutlichen Verbes-

serungsbedarf anmahnen, dann kann man wohl nicht davon ausgehen, dass es einheitlich gewünscht ist.

Worum geht es eigentlich? Es gibt fünf Bücher, von denen der Kollege von den Freien Wählern eines gezeigt hat. *Ein* Buch ist de facto im Kern strittig, wobei ich mir - ehrlich gesagt - von Ihrer Seite, die sich gerne auch besonders dem ländlichen Raum verpflichtet fühlt, etwas mehr Lob erwartet hätte, denn der damalige Bundeslandwirtschaftsminister, die jetzige Landwirtschaftsministerin, unser Landwirtschaftsminister und ich haben sehr darauf geachtet, dass bei bestimmten Vorhaben des Gesetzes nicht einseitig zulasten der Landwirte operiert wird. Ich hätte mir von Ihnen eigentlich ein bisschen Lob erwartet, wenn Sie sich selber immer rühmen, für die Landwirtschaft etwas tun zu wollen. Das sollten Sie bei Gelegenheit bitte schön einmal nachholen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es geht also um *ein* Buch, das ist die Integrierte Vorhabengenehmigung, nicht "Verbundgenehmigung". Was ist das Problem? Das ist eigentlich ganz einfach: Wir haben derzeit verschiedene Verfahren.

Lieber Freund Magerl, die Pipeline in dem Vier-Länder-Eck wird übrigens nach wie vor nach *einem* Verfahren, nämlich im Wesentlichen nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, gemacht. Das ist übrigens ein Bundesgesetz, das gilt für alle vier Länder gleich, also nicht verschieden, nebenbei zur Rechtsmaterie gesprochen. Wir haben aber das Problem, dass Herr Gabriel im Wesentlichen zwei Dinge "vermanschen" möchte: Ermessensverfahren wie im Wasserrecht und absolut gebundene Verfahren wie im Immissionsschutzverfahren. Er hat, als er da war, in einem Gespräch mit uns gesagt, es gebe verschiedene Planspiele, wie sich das Ganze auswirken könne. Ist die Zeit wirklich reif, um in Zeiten, in denen wir erhebliche Probleme haben, überhaupt noch Menschen zu finden, die Genehmigungen anstreben, um sich wirtschaftlich zu betätigen, juristische Planspiele zu machen? Außerdem wäre Folgendes für uns Bayern ein Nachteil gewesen: Wir hätten in der Tat 77.000 Kilometer Gewässerrandstreifen neu vermessen müssen. Ob die Kollegin aus Baden-Württemberg wirklich weiß, wie die Gewässerrandstreifen in Bayern aussehen, wage ich zu bezweifeln. Wir wissen es, weil wir im Wasserrecht international hoch akzeptierte Experten sind, die über eine hohe Qualifikation verfügen.

Schließlich hätten wir statt bislang 1.000 Anlagegenehmigungen 10.000 Anlagegenehmigungen erteilen müssen. Dabei geht es übrigens nicht um die Industrie. Es geht um Biogasanlagen, Tierzuchten, um Renaturierungs- und Gewässergräben. Hinzu kämen Klagemög-

lichkeiten beim Hochwasser, die weit über das hinausgehen, was wir bisher gehabt haben. Liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, das hätte dazu geführt, dass am Ende ein hoher ökologischer Schutz durch juristische Planspiele gefährdet worden wäre. Es ist in Ordnung, dass der Nationale Normenkontrollrat die Zusammenführung von zwei Gesetzen zu einem Gesetz begrüßt. Wenn aber zwei Gesetze zu einem zusammengeführt werden, daraus jedoch 100 Verfahren und Klagen entstehen, wäre eine solche Regelung im Vollzug zu kompliziert. Wir hätten uns auch etwas anderes vorstellen können. Wir sagen Ja zu den Standards und Nein zu Bürokratie.

Ich akzeptiere es, dass Herr Wörner in Treue fest Herrn Gabriel verteidigt. Aber zum Verfahren: Herr Gabriel war hier und wir hatten ein sehr ordentliches Gespräch. Bei diesem Gespräch waren auch der Herr Ministerpräsident und der Landwirtschaftsminister dabei. In diesem Gespräch hat uns der Bundesumweltminister angeboten, eine Opt-out-Klausel einzuführen, also die Möglichkeit, dass die Länder an dem bisherigen Verfahren festhalten können. Dieses Angebot machte er zum heftigen Entsetzen der ihn begleitenden Beamten. Sie alle wissen, dass das Verhältnis von politischen und beamteten Regierungsmitgliedern nicht immer konfliktarm sein kann. Diese Beamten haben den Bundesumweltminister noch beim Gespräch zu bremsen versucht. Der Bundesumweltminister hat aber gesagt, dass er diese Klausel gern hätte.

Der Bundesumweltminister hat uns dann am 29. Januar einen Brief - adressiert an den Herrn Ministerpräsidenten - geschrieben: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Kollege Seehofer - sogar handschriftlich. Nachdem Sie mir am vergangenen Montag bei unserem Gespräch in München Ihre Probleme mit einigen Regelungen im Umweltgesetzbuch genannt haben, übersende ich Ihnen nunmehr in der beigefügten Anlage das Ergebnis unserer Prüfungen. Ebenfalls enthalten sind zwei Varianten einer Opt-out-Klausel im Zusammenhang mit der Integrierten Vorhabengenehmigung. Für mich ist dabei nach Prüfung klar, dass die Variante zwei - die Herausnahme der wasserrechtlichen Zulassung aus der IVG - der einzig mögliche Weg wäre.

Er gesteht also selbst zu, dass sein Vorhaben länderrechtlich anders zu beurteilen wäre. Am Schluss schreibt er: Ich möchte mit Ihnen sehr gerne am Freitag, dem 30. Januar 2009, telefonieren und stehe dafür notfalls noch am späten Abend zur Verfügung, da ich am kommenden Montag eine mehrtägige Reise nach Nordafrika antrete. Mit freundlichen Grüßen.

(Ludwig Wörner (SPD): Herr Minister, lesen Sie doch den ersten Punkt auch vor! Sie sagen hier wissentlich die Unwahrheit!)

- Das steht hier alles drin.

(Ludwig Wörner (SPD): Dann lesen Sie es doch vor!)

- Herr Wörner, ein alter Grundsatz in der Politik lautet: Erst schauen, dann hauen.

(Beifall bei der CSU - Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Lesen Sie es doch vor!)

- Hören Sie doch zu. Das ist wichtig für den eigenen Erkenntnisgewinn.

Vor dem 30. Januar hat es eine heftige Verstörung innerhalb der SPD gegeben; aber als wir am Montag das Gespräch hatten, waren wir guten Mutes. Sie wissen, dass sowohl der Ministerpräsident und ich als auch Herr Gabriel durchaus in der Lage sind, politische Inhalte zu kommunizieren. Wir alle haben uns aber zurückgehalten. Der einzige, der das Umweltgesetzbuch bereits letzte Woche für gescheitert erklärt hat, war Herr Struck. Die SPD hat also ihren eigenen Umweltminister, während er verhandelt hat, für gescheitert erklärt. Liebe Freunde, das ist natürlich auch keine Politik der Vertrauensbildung. Wir haben großmütig über diese Sache hinweggesehen.

Am 30. Januar erfolgte das Telefonat mit dem Ministerpräsidenten. Herr Gabriel hat gesagt, dass noch einmal geprüft würde. Bayern sollte prüfen, ob vielleicht eine Einigung möglich wäre. Das war unser Stand, als wir am Sonntag telefonierten. Am Sonntag gab es dann eine Meldung über die Homepage des Bundesumweltministeriums mit den Worten "dumpf", "plump", "schlimm" und "Blockade". Dieses Vorhaben sei gescheitert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann in der Sache leidenschaftlich streiten, aber diese Wortwahl bis zu hin zu der Aussage, es sei ein Verfassungsbruch, wenn man anderer Meinung sei, finde ich albern und stillos. Gescheitert ist nur einer, nämlich der Bundesumweltminister selbst.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Er muss für Mehrheiten sorgen. Das war sein Projekt. Er ist mit diesem Projekt, zu dem wir die Hand gereicht haben, gescheitert. Das ist ein Unglück für ihn, aber kein Unglück für Deutschland und schon gar kein Unglück für die Umwelt. Wir sind bereit, zusammen einzelne Bücher, die wir ohnehin wollten, beispielsweise zum Naturschutzrecht und zum Wasserrecht gemeinsam umzusetzen. Die Verhandlungen dazu werden im Übrigen sehr zügig verlaufen.

Ich kann Ihnen aber aus Erfahrungen mit der Großen Koalition an anderer Stelle eines sagen: Der Freistaat Bayern und die Staatsregierung sind nicht bereit, eine Regelung unter öffentlichem Druck zu beschließen, die für tausende Menschen und für die Natur erhebliche Probleme und Rechtsunsicherheiten mit sich bringen würde, nur weil 20 Leute, die sich zum Teil mit den juristischen Details nur unzureichend auskennen, sagen, dass etwas gemacht werden müsste. Wir sagen Ja zu hohen Umweltstandards. Wir sagen aber Nein zu einer Monsterbürokratie. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Wörner hat zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 Geschäftsordnung ums Wort gebeten.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Minister, Sie haben gegen mich den Vorwurf erhoben, ich hätte nicht zugehört. Ich weise das zurück und lese Ihnen den Wortlaut, den Sie verheimlicht haben, vor. In dem Brief von Herrn Bundesminister Gabriel an Herrn Ministerpräsident Seehofer vom 26. Januar 2009 heißt es in Punkt 1: Bayern hat um schriftliche Bestätigung, dass die Länder von der geplanten Bundesgesetz-Regelung abweichen können, und die Abweichungsermächtigung nach § 32 Absatz 3 Satz 3 UGB II gebeten. Auch nachstehende Formulierung ist abgedeckt. Für die Ausweisung, Bemessung und Bewirtschaftung von Gewässerrandstreifen gelten die Vorgaben in dem Maßnahmenprogramm nach § 68 - -. Das bedeutet, dieser Punkt ist erledigt, obwohl Sie das gerade als Hinderungsgrund beschreiben haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Wörner, nachdem Ihre Erklärung über das, was die Geschäftsordnung erlaubt, hinausgegangen ist, erteile ich noch einmal Herrn Staatsminister Dr. Söder das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Präsident! Nur ein Satz: Der 26. Januar kommt vor dem 29. Januar. Ist das korrekt?

(Christian Meißner (CSU): Meistens!)

Der Brief, um den es hier geht, stammt vom 29. Januar. Darin bestätigt der Bundesumweltminister sein Angebot an uns, eine Opt-out-Klausel einzuführen, sodass die Länder die Möglichkeit haben, eine länderrechtliche Regelung zu treffen. Zwei Tage später bezeichnet er dieses Angebot als Unfug. Wenn ein Bundesminister die von ihm selbst vorgeschlagene Regelung als Unfug bezeichnet, ist das sein Problem, aber nicht unseres.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Karsten Klein u. a. und Fraktion (FDP)
Verbesserung und Sicherung der Erdgasversorgung Bayerns (Drs. 16/338)

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Tobias Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg: Dieser Antrag behandelt einen Teilbereich des Energiemix. Es steht außer Frage, dass die erneuerbaren Energien eine große Bedeutung und ein großes Entwicklungspotenzial haben. Wir sprechen ihnen dieses Entwicklungspotenzial zu. Wir bekennen uns zur Förderung des Energiesparens, zur Energieeffizienz und zur Entwicklung neuer Technologien im Energiebereich. Wir wollen eine sichere, preiswerte, umweltschonende und unabhängige Energieversorgung für Bayern.

Dennoch muss bei aktueller und ideologiefreier Einschätzung ein strategischer Energiemix möglichst breit angelegt werden. Neben den erneuerbaren dürfen wir auch die herkömmlichen Energien nicht aus dem Auge verlieren. Sie leisten einen soliden und bewährten Beitrag für die bayerische Energieversorgung. Sie sichern sogar die fluktuierenden erneuerbaren Energiequellen in Form von Reservekraftwerken ab. Es wäre daher falsch, zu behaupten, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien die Abhängigkeit von Gasimporten reduzieren würde. Erdgas ist kein Substitut der erneuerbaren Energien; es ist eine Absicherung, es ist eine Hilfestellung; kurzum: wir brauchen beides.

Der vorliegende Antrag ist gewiss nicht hip. Manchen mag er sogar als altbacken und von gestern erscheinen. Er ist aber wichtig für die Zukunft unseres Landes. Der Antrag fordert, auch zukünftig Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das ist ein Antrag auf eine größere Energieunabhängigkeit Bayerns; das ist ein Antrag, der sich vollkommen dessen bewusst ist, dass der Wohlstand in unserem Lande Bayern sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft eng mit einer gesicherten und verlässlichen Energieversorgung verknüpft ist.

Dieser Antrag widmet sich, wie bereits erwähnt, in einem Teilbereich einem Energiemix und einem Energieträger mit viel Tradition und viel Zukunft: dem Erd-

gas. Erdgas ist ein edler Energieträger, der für die Verstromung eigentlich zu wertvoll und zu schade ist. Erdgas ist energieeffizient, wirtschaftlich und umweltverträglich, da arm an CO₂. Er ist zwar endlich, aber weltweit noch ausreichend vorhanden.

Wir haben in Bayern die nötige Infrastruktur mit einem flächendeckenden Transport- und Verteilnetz. Etwa 1.000 Städte und Gemeinden sind daran angebunden; das entspricht rund 80 % der bayerischen Bevölkerung. Erdgas wird von der Staatsregierung beispielsweise als Kraftstoff für den öffentlichen Personennahverkehr bereits gefördert. Zukünftig bietet Erdgas als Ausgangsstoff für Wasserstoff noch breitere Einsatzmöglichkeiten. Experten und Studien gehen von einer steigenden Nachfrage nach Erdgas aus.

Unsere Aufgabe als Politiker ist es nun sicherzustellen, dass wir an diesen Zukunftschancen wirklich teilhaben können und Bayern von der Erdgasversorgung nicht abgeschnitten wird. Das Zauberwort ist in diesem Fall, wie generell bei einem strategischen Energiemix, das Wort "Diversifikation". Dies setzt einiges voraus: liberale Weichenstellungen auf dem Binnenmarkt und viel diplomatisches Geschick bei den internationalen Abstimmungsprozessen.

Wir brauchen mehr Wettbewerb, und wir brauchen mehr Transparenz. Auf dem Binnenmarkt müssen regionale und kommunale Gasversorger gestärkt werden. Sie müssen ein Gegengewicht zu den großen, räumlich genau abgrenzbaren Playern im deutschen Markt erhalten. Auch die Preisgestaltung muss transparenter und nachvollziehbarer werden; die Verbraucherrechte sind zu verbessern.

In Bayern können wir mit Energiespeicherreservoirs Lieferausfälle überbrücken. Im Falle von Erdöl existiert eine Absicherung von 90 Tagen, im Falle von Erdgas eine Absicherung lediglich um die 40 Tage. Die großen bayerischen Hauptspeicherreservoirs liegen am Chiemsee. Alle bayerischen Möglichkeiten sind noch nicht erschlossen. Ehemalige, bereits abgebaute Gaslagerstätten bieten sich hierfür an, beispielsweise in Anzing, Schnaitsee und Weiermühle. Für eine größere Sicherheit müssen wir die bayerischen Gasspeichermöglichkeiten erweitern.

International müssen wir in Zusammenarbeit mit der EU auch die anderen europäischen Länder dazu motivieren, Gasspeicherstätten zu erschließen und darüber hinaus den grenzüberschreitenden Gashandel und Gasaustausch rechtlich und von der Infrastruktur her zu erleichtern. Die internationalen Leitungsnetze müssen über die Grenzen besser verbunden werden. Es muss möglich sein, einem Nachbarland in einer Notlage schnell und unkompliziert zu helfen. Der Gasstreit der

Ukraine mit Russland, wie er übrigens bereits vor drei Jahren stattfand und in ähnlicher Weise bei ähnlichen Konstellationen immer wieder vorkommen kann, macht uns zwei Dinge deutlich: zum einen die Abhängigkeit von nur einem Hauptlieferanten, zum anderen die Anfälligkeit einseitiger Transitwege.

Wenn es auch in Bayern keine Versorgungsengpässe gab, waren wir dennoch von stockender Lieferung betroffen. In Waidhaus kam beispielsweise am 21. Januar dieses Jahres erstmals wieder Gas an. Hauptlieferant von Erdgas für Bayern ist Russland. Weitere Lagerstätten, beispielsweise um das Kaspische Meer, werden ebenfalls über Russland abgewickelt. Die geplante Ostsee-Pipeline North Stream, vor allem bekannt wegen eines deutschen Aufsichtsrats mit politischem Hintergrund, also die direkte Anbindung Norddeutschlands an Russland, mindert zwar die Transportrisiken über mehrere Grenzen, vermindert jedoch nicht die Abhängigkeit vom russischen Gasmarkt; sie verhindert nicht die Abhängigkeit von Russland.

Die geplante Nabucco-Pipeline bietet die Möglichkeit, den russischen Gasmarkt und die von Russland dominierten Transportwege durch die Türkei südlich zu umgehen. Federführend bei der Realisierung ist übrigens unser bayerischer Nachbar Österreich, genauer gesagt der OMV, der Ost- und Mitteleuropaverbin. Der Endpunkt dieser Pipeline soll in Baumgarten östlich von Wien sein, wo ein großes Verteilerzentrum für Gas in Europa angelegt wird. Das ist im Übrigen auch ein cleverer, politisch-strategischer Schachzug Österreichs. Deutschland ist aber nicht ganz außen vor, und wir hätten den Fuß in der Tür. Am 5. Februar, also morgen vor genau einem Jahr, ist als sechster und letzter internationaler Partner mit der RWE ein deutscher Energiekonzern in das Projekt eingestiegen.

Mit diesem Antrag bitten wir die Bayerische Staatsregierung, die Realisierung der Nabucco-Pipeline aktiv voranzutreiben und auf politischer Ebene konstruktiv zu begleiten. Auch die EU unterstützt Nabucco; sie tagt heute parallel und will den Bau zügig vorantreiben. Erst kürzlich, am 27. Januar, sprach sich auch der tschechische EU-Ratspräsident Mirek Topolánek für Nabucco aus. Die Finanzierung der insgesamt 7,9 Milliarden Euro ist länderübergreifend und gemeinsam mit der EU auf gutem Wege. Um an das Nabucco-Gas zu gelangen, das in Österreich ankommt, ist zu prüfen, ob die bestehende Infrastruktur zwischen Österreich und Bayern für die Gasweiterleitung ausreicht. Sollte dem nicht so sein, was aufgrund des erhöhten Aufkommens durch Nabucco vielleicht zu erwarten sein könnte, so ist eine Verlängerung der Nabucco-Pipeline, zum Beispiel ins ostbayerische Chemiedreieck, zu prüfen.

Die Bayerische Staatsregierung braucht hierfür diplomatisches Geschick. Es muss seriöserweise offen angesprochen werden, dass diese Pipeline neben Lieferungen aus der Region um das Schwarze Meer und das Kaspische Meer auch Lieferungen aus dem Iran ermöglicht. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass hierbei die Beziehungen zu Amerika und Israel nicht belastet werden und dass auch eine kooperative Mitwirkung der Türkei sichergestellt wird.

Zur weiteren Diversifizierung des Erdgasbezugs ist zu gewährleisten, dass Bayern einen Anschluss an die Versorgungskette mit Flüssiggas erhält. Flüssiggas gewinnt generell eine zunehmend wichtigere Rolle. Es wird über den Seeweg angeliefert und ermöglicht den Gasbezug aus Gegenden, die aus geografischen Gründen nicht über Pipelines angebunden werden können.

Der Wettbewerb ist hier sowohl für den Lieferanten als auch für den Abnehmer intensiver. Bisher hat Deutschland keine Meeresanlegestelle für Flüssiggastanker. Ein sogenanntes Terminal wird in Wilhelmshaven an der Nordsee geplant. Aus bayerischer Sicht erscheint das aber ungünstig; denn der Weg vom Norden ist weit, und die Leitungskapazitäten in Nord-Süd-Richtung sind bereits stark ausgelastet. Aufgrund der räumlichen Nähe könnte ein Offshoreterminal in der nördlichen Adria sinnvoller und nützlicher sein. Neben Kroatien bietet sich hier besonders Italien an. Auch hier wäre dann eine kurze und direkte Verbindung zwischen dem Terminal und Bayern von Vorteil.

Vielleicht wäre Folgendes ein Ansatzpunkt: Es besteht bereits eine Ölpipeline von Triest an der nördlichen Adria über Kufstein bis nach Lenting bei Ingolstadt mit einer Abzweigung in das bayerische Chemiedreieck. Man sollte überprüfen, ob der hierfür vorhandene Raum durch eine parallel gelegte Erdgasleitung diverse Genehmigungsverfahren erleichtern würde und dadurch Zeit und Kosten gespart werden könnten.

Wir fordern die Staatsregierung auf, Gespräche mit den Anrainerstaaten aktiv voranzutreiben, in erster Linie mit Österreich und Italien. Privatinvestoren der Energiewirtschaft kann somit die Umsetzung des Flüssiggasvorhabens deutlich erleichtert werden.

Lassen Sie mich abschließend und zusammenfassend sagen, dass die Politik bei der Erdgasversorgung vor allem eine moderierende und vermittelnde Rolle übernehmen soll. Die Investitionen tätigen in der Regel private Energieversorger. Auch deshalb ist es nicht abwegig, sich bei der jetzigen Kassenlage des Freistaats über Projekte dieser Art Gedanken zu machen. Es ist ein in die Zukunft gerichteter, mutig antizipierender,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Oh mei, oh mei, was denn noch alles?)

neuer und weltoffener Ansatz bayerischer Politik.

(Beifall bei der FDP und CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Die nächste Wortmeldung stammt von Graf von und zu Lerchenfeld. Bitte.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Der Antrag der FDP beschäftigt sich mit einem Problem, das wir auch in der letzten Legislaturperiode im Hohen Hause immer wieder sehr ausführlich diskutiert haben, nämlich der Abhängigkeit der Energieversorgung von Ländern mit großem Risikopotenzial. Wir können nicht leugnen, dass ein Großteil der Energie, die wir verbrauchen, aus Ländern kommt, die entweder politisch höchst instabil sind wie der Nahe Osten oder die ihre Energien als politisches Druckmittel missbrauchen wie Russland. Gerade die letzten Wochen haben wieder gezeigt - zum zweiten Mal -, wie gefährlich es ist, wenn wir von diesen Anbietern abhängig sind.

Der Streit zwischen der Ukraine und Russland - es spielt sicherlich keine Rolle, wer und was letztendlich dafür verantwortlich ist - hatte zur Folge, dass viele Menschen im Südosten Europas plötzlich von der Gasversorgung abgeschnitten waren. Sie haben gerade in diesem strengen Winter kalte und oft auch dunkle Wohnungen gehabt. Industriebetriebe mussten geschlossen werden, weil die nötige Energie fehlte. Auch bei uns bestand zeitweise die Gefahr, dass uns das Erdgas ausgeht und damit unsere Energieversorgung insgesamt bedroht ist. In Bayern beträgt der Anteil des Erdgases an der Energieversorgung rund 18 % des Primärenergieverbrauchs. Im Jahr 2006 wurden 11,6 % unseres Stroms mit Gas erzeugt. Das wird noch weiter zunehmen, weil wir mittlerweile weitere und hochmoderne Gaskraftwerke in Bayern gebaut haben, die erst in den letzten Jahren ans Netz gegangen sind.

Es ist unverzichtbar, dass wir unserer Industrie und den Verbrauchern preiswerte Energie zur Verfügung stellen. Mit Erdgas verfügen wir über einen Energieträger, der verhältnismäßig umweltschonend ist. Erdgas ist insbesondere notwendig als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien. Wenn wir weiter am Ausstieg aus der Kernkraft festhalten wollen, dann wird Erdgas als Energieträger noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Ich bin den Kollegen von der FDP sehr dankbar, dass sie darauf hingewiesen haben, dass wir einen vernünftigen Energiemix haben wollen und dass wir alle Energieträger in Bayern forcieren wollen, damit wir unsere Abhängigkeit von Russland und den Ländern im Nahen

Osten in der Zukunft reduzieren können. Insbesondere halte ich es nach wie vor nicht für verantwortbar, dass wir im Hinblick auf die Errichtung von Gaskraftwerken sagen, dass wir aus der Kernkraft aussteigen wollen. Wir müssen alles dafür tun, dass wir unsere Abhängigkeit von einzelnen Ländern reduzieren, und vor diesem Hintergrund ist es natürlich auch vernünftig, die Chancen von Flüssiggas zu nutzen, verschiedene Gaspipelines schnell auszubauen und die Versorgungssicherheit durch den Ausbau von Gasspeichern zu verbessern.

Die Staatsregierung ist sich dieser Aufgabe sehr bewusst und hat in den letzten Jahren mit dem Ausbau der Speicher im Chiemgau bewiesen, wie wichtig ihr die Speicherhaltung ist. Deutschland verfügt insgesamt über die höchsten Speicherkapazitäten für Gas in der Europäischen Union. Ich bin der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten sehr dankbar, dass sie in einem Schreiben an Kommissar Piebalgs gefordert hat, dass alle EU-Mitgliedstaaten ihre eigenen Speicherkapazitäten ausbauen sollen, damit Probleme in Zukunft vermieden werden können. Es kann nicht sein, dass wir in Deutschland die Speicherkapazitäten für die EU vorhalten. Hier muss jedes Land für sich selbst sorgen.

Bayern verfügt über eine vergleichsweise hohe Gasversorgungssicherheit. Das setzt allerdings voraus, dass der Anteil von Erdgas am Energiemix, insbesondere an der Stromerzeugung in Bayern, nicht zu stark erhöht wird. Die Energieprognose "Bayern 2020", über die im vergangenen Jahr im Ministerrat berichtet wurde, ermittelt im Fall des Ausstiegs aus der Kernenergie einen starken Anstieg des Gasanteils an der bayerischen Stromerzeugung auf bis zu über 60 % des Gesamtanteils der Stromerzeugung. In dem Fall ist fraglich, ob wir noch ausreichende Kapazitäten haben und ausreichend günstiges Gas beziehen können. Deswegen ist es dringend erforderlich, dass wir uns für diese Zeiten rüsten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der FDP ist vernünftig, und wir werden ihn selbstverständlich unterstützen, wie es sich in einer guten Koalition gehört.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für den nächsten Wortbeitrag darf ich Herrn Roos nach vorne bitten.

Bernhard Roos (SPD): Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße das Wohlfühlklima in der Koalition, aber um etwas mehr Ernst in die Debatte zu bringen, sage ich: Ich habe meine intensiven Zweifel, ob dieser Dringlichkeitsantrag wirklich so

dringlich ist. Ich denke, es ist nur dem Plenum geschuldet, dass man dieses gewaltige Thema in einen Dringlichkeitsantrag presst. Trotzdem, Herr Kollege Thalhammer, danke ich Ihnen für den Grundkurs in Energiepolitik, dem sowohl das Auditorium als auch die Damen und Herren auf der Empore mit Interesse beigewohnt haben.

Kompliment, meine Damen und Herren von der FDP, für diese 100 Tage Regierungspartei, dass Sie in diesen 100 Tagen und in der kurzen kommenden Zeit alles regeln wollen, was 100 Jahre internationalen Bemühens um eine gesicherte Energieversorgung nicht zustande gebracht haben. Kompliment, meine Damen und Herren von der Freien Demokratischen Partei Deutschlands hier in Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Gehen wir in die Details. Gemäß Nummer 1 des Dringlichkeitsantrags soll der Gasmarkt liberalisiert werden. Im gleichen Absatz heißt es, kommunale und regionale Gasversorger sollen gestärkt werden. Meine Damen und Herren, man fragt sich wirklich, wie diese an sich diametral entgegengesetzten Anliegen zu einem Ganzen zusammengefügt werden sollen. Wir als Sozialdemokraten haben eine ganz klare Position: Die circa 200 Stadt- und Gemeindewerke sind eine verlässliche Basis für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Gerade wir Sozialdemokraten - wir ganz besonders - haben größtes Interesse daran, dass die Lichter nicht ausgehen, dass die Thermostate nicht auf null stehen und dass die Bürgerinnen und Bürger in warmen Wohnungen und Häusern sitzen.

Weiter heißt es im Antrag, es sollen alle Möglichkeiten zur Erweiterung der Gasspeicherkapazitäten in Bayern genutzt werden. Sehr geehrte Damen und Herren, hier gibt es riesige Vorbehalte in der Bevölkerung, auch in dem von Ihnen angesprochenen Großraum Rosenheim. Außerdem besteht der Konflikt, dass die Nutzung der Geothermie, die auch natürliche Ressourcen nutzt, in den Gebieten, wo Gasspeicher vorhanden sind, sehr starken Einschränkungen unterliegt. - Das geht nicht.

Endgültig große Oper wird der Antrag bei den Ausführungen zu Nabucco. Welche Anmaßung, diese Riesenpipeline, die Milliarden verschlingt und bei der - wie Sie schon gesagt haben - etliche internationale Partner mitwirken müssen, bis Bayern - nichts gegen Burghausen - fortführen zu wollen! - Die Frage der Finanzierung ist hier absolut ungelöst. - Und das haben Sie dankenswerterweise angemahnt - wer stellt denn bitte sicher, dass Iran die Pipeline zu jeder Zeit befüllt? - Ahmadijad lässt grüßen.

Meine Damen und Herren, die Frage ist auch, ob unsere lieben Nachbarn, die Österreicher, davon begeistert sind, eine Pipeline durch Österreich nach Bayern zu führen. Wir kennen schließlich alle ihre Vorbehalte, wenn es um den Lkw-Verkehr geht.

Beim Energiemix haben Sie ganz bescheiden das Stichwort "Atomkraft" vergessen. Auch das Etikett "zukunftsgerichtet" ist vollkommen fehl am Platze; denn es geht um einen fossilen Brennstoff. Es ist abenteuerlich, so etwas als Lösung der Zukunftsprobleme zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Unter dem Strich halten wir das für anmaßend, überflüssig, nicht zielführend, überheblich und, um das Wort abzuwandeln, wir überheben uns damit. Insofern sind wir von der Sozialdemokratie eindeutig dafür, diesen Antrag abzulehnen - bei allem Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nächste Wortmeldung: Herr Glauber. Bitte.

Thorsten Glauber (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Freien Wähler sind der Meinung, dass der Antrag der FDP abzulehnen ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das Wesentliche zu dem Thema ist heute schon gesagt worden. Herr Roos hat die Bedenken sehr gut ausgeführt.

Herr Thalhammer sprach von einer mutigen Entscheidung. Was daran mutig sein soll, ist mir völlig schleierhaft. Bei allem Verständnis für einzelne Passagen Ihres Antrags, so handelt es sich doch um eine Mogelpackung für Monopolisten. Die Verflechtung des europäischen Gasmarktes mit wenigen Anbietern lässt längst keine Stärkung des Wettbewerbs mehr zu.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, es tut mir leid, Sie unterbrechen zu müssen. Ich bitte, das Fotografieren im Plenarsaal zu unterlassen.

Herr Kollege, es tut mir leid. Danke.

Thorsten Glauber (FW): Gerne.

Die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis wirkt global und wird in den nächsten Jahren unausweichlich welt-politischen Krisen und wirtschaftlichen Gewinnmaximierungsstrategien unterliegen. Der fossile Brennstoff ist ein Auslaufmodell. Investitionen in eine verbesserte Erdgasinfrastruktur werden absehbar in wenigen Jahren ins Leere laufen, weil heute Kapazitäten geschaffen

werden, die wir morgen nicht mehr brauchen dürfen. Kollege Graf von Lerchenfeld hat die Nabucco-Pipeline angesprochen. Sie führt in Krisengebiete. Wer sagt uns denn, dass wir wirklich Gas aus dem Iran in die Pipeline bekommen würden? Wer sagt uns denn, dass Aserbaidschan und Kasachstan wirklich Gas liefern werden? - Heute haben sie langfristige Verträge mit Russland. Woher soll das Gas für die neue Pipeline kommen?

Die Freien Wähler halten die massive Förderung dezentraler, regenerativer Energien für wesentlich sinnvoller.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Würden wir die Milliarden Euro in erneuerbare Energien stecken, wäre das heute ein richtiger Schritt zur Nachhaltigkeit. Das wäre ein Konjunkturmotor erster Klasse. Das hier im Lande eingesetzte Kapital für erneuerbare Energien und Energieeffizienz würde ausschließlich dem Wirtschaftskreislauf der Region zugeführt werden,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das gilt wohl nicht für Windräder im Landkreis Forchheim.)

- dazu komme ich gleich, Frau Gote -,

würde den Mittelstand und das Handwerk fördern, Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und fiele den Großkonzernen nicht in die Hände. Wir brauchen Investitionen für Biomasse, Biogas, Photovoltaik und synthetische Biokraftstoffe. Hinter der Forderung im FDP-Antrag nach einem ausgewogenen Energiemix bei der Stromerzeugung verbirgt sich nichts anderes als eine Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke und der Neubau von Gaskraftwerken. Beides können nur Übergangstechnologien von gestern sein, die mit den uns allen bekannten negativen Begleiterscheinungen und Risiken behaftet und mit dem Klimaschutz und der Energiewende schwer vereinbar sind. Sie nützen nur den Energiekonzernen, verhindern den kleinzelligen und krisensicheren Ausbau kommunaler und dezentraler Energieerzeugung und schaden den erneuerbaren Energien als nachhaltige Daseinsvorsorge.

Die FDP, liebe Kolleginnen und Kollegen, erweist sich mit ihrem Antrag wieder einmal als folgsamer Erfüllungsgehilfe der Großindustrie.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Hinter dem dauerhaft missbrauchten Begriff "Liberalisierung", liebe Liberale, verbirgt sich Ihre Politik von gestern und die Stärkung von Monopolisten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege. Entschuldigen Sie noch einmal die Unterbrechung. Nächste Wortmeldung: Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP hat mit ihrem Dringlichkeitsantrag einen wichtigen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Ob der Antrag wirklich dringlich ist, kann man in Frage stellen.

Wegen einer jahrzehntelang verfehlten Energiepolitik ist die Abhängigkeit von importierten Energieträgern gewaltig gestiegen. Das betrifft Öl, Gas, Kohle und Uran. Immer auf der Suche nach dem billigsten Energieträger, hat die Politik vergessen, auf regionale und nachhaltige Energieträger zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt das katastrophale Versagen bei der Liberalisierung des Gasmarktes. Wir haben praktisch keinen Wettbewerb im Gasnetz. Der Punkt, den die FDP zu Recht in ihrem Antrag unterbringt, ist die echte Liberalisierung des Gasmarktes, weil die Stärkung des Wettbewerbs vor allem der kommunalen und kleinen Gasversorger dringend gegeben sein muss. Die GRÜNEN sind für mehr Transparenz bei der Zusammensetzung des Gaspreises. Über die Erweiterung der Speicherkapazitäten kann man sicherlich diskutieren. Es geht auch darum, alternative Leitungsnetze und Pipelines zu schaffen. Man sollte aber die Sache nicht überdramatisch sehen. Man hat das Gefühl, dass jedes Jahr wieder das gleiche Spiel gespielt wird: Russland und die Ukraine streiten um den Gaspreis. Das ist kein Grund zur Panik; denn es ist ein Trugschluss, dass Deutschland nur alleine von Russland abhängig ist. Wir haben eine Reihe von Lieferanten aus dem westlichen Bereich. Hinzu kommt, dass Deutschland über 20 Milliarden Kubikmeter Zwischenlager für Erdgas verfügt. 3,5 Milliarden Kubikmeter sind bereits im Bau. Die Jahresmenge, die Deutschland verbraucht, beträgt dabei 88 Milliarden Kubikmeter. Wir haben einen relativ großen Puffer. Wir hatten auch noch keine ernststen Versorgungsengpässe.

Wir haben also noch Zeit zum Handeln, das heißt, uns Gedanken zu machen, wie wir von der Abhängigkeit vom Gas wegkommen. Dieses Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, taucht in Ihrem Antrag nicht auf. Das ist traurig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Beobachter der Weltenergiemärkte sprechen selten davon, wie lange die fossilen Energieträger noch reichen werden. Es geht auch darum, was sie eines Tages kosten werden, wann das Maximum der Förderung erreicht sein wird und die Förderung wieder abfällt.

Manche Studien gehen für das Erdgas von 10 bis 15 Jahren aus, bis der Höchstpunkt der Förderung erreicht sein wird. Beim Öl werden wir den Höchstpunkt der Förderung bereits in den nächsten Jahren erreichen. Es muss also klar sein, dass wir letztendlich vom Gas wegkommen müssen.

Der Ansatz der FDP ist interessant. Seit Jahren wurde die Abhängigkeit vom Gas politisch vorangetrieben. Wir importieren mehr Gas als früher. Das kann nicht der Ausweg aus der Energiekrise sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einiges ist bereits auf den Weg gebracht worden. Ich erinnere an das Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG -, das von der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebracht wurde. Es hat die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern deutlich reduziert. Auf dem Gebäudesektor kommt man langsam, leider sehr langsam, voran. Gerade hier müsste mehr Tempo kommen. Es ist erstaunlich, dass die neue Energieeinsparverordnung - EnEV - weiter verzögert wird. Das Erneuerbare-Energien-Wärmeengesetz - EEWärmeG - gilt bisher nur für Neubauten. Wir alle wissen aber, dass die Altbauten der große Bereich sind, wo wir Energie sparen könnten. Die Landesregierung hätte Möglichkeiten, etwas in die Wege zu leiten. Bis jetzt wird nicht gehandelt.

Mit einer konsequenten Energiewendepolitik wäre es möglich, für eine ökologische Energieversorgung zu sorgen und sie ökonomisch sinnvoll zu gestalten. Die Wertschöpfung soll in der Region bleiben. Die Gelder sollen nicht in den Weltmärkten verschwinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letzte Woche legte der Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. - BEE - eine Studie vor, die davon ausgeht, dass bei dem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien im Stromsektor bereits bei 47 % liegen könnte. Dies gilt trotz Atomausstieg und ohne einen weiteren Neubau von Kohlekraftwerken.

Bereits im Jahr 2001 hat die Deutsche Energie-Agentur in der sogenannten Netzstudie darauf hingewiesen, dass der Gasverbrauch im Strombereich durch den Anstieg der erneuerbaren Energie rückläufig sein wird.

Ganz kurz noch konkret zu Ihrem Antrag: Ich weiß nicht, was sich die Kollegen von der FDP bei der folgenden Formulierung denken: "... sich in geeigneter Weise mit Nachdruck dafür einzusetzen, ...". Schwammiger kann man es kaum formulieren. Fällt Ihnen denn keine konkrete Maßnahme ein, kein konkretes Instrument, mit dem Bayern hier aktiv werden kann? Oder soll die Staatsregierung hier Gelder bereitstellen, um den Pi-

pelinebau voranzutreiben? Möchte die Staatsregierung per Gesetz die Lagerkapazitäten der Versorger hochschrauben? Gerade von einer Regierungsfraktion kann man doch wirklich konkrete Maßnahmen erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder haben Sie vor, nur schöne Ziele zu formulieren, während die konkrete Umsetzung durch die alte Garde der CSU im Ministerium erfolgt?

Ich komme zum Schluss noch auf Punkt 6, den letzten Punkt Ihres Antrags zu sprechen. Dort wird das Märchen vom angeblich ausgewogenen Energiemix in Bayern geschrieben. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Atomstromanteil von 60 %. Bei aller Liebe - wie kann man da von einem "ausgewogenen Energiemix" sprechen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist doch eine Vergewaltigung der Sprache. Sicher, wir haben verschiedene Ansätze, was die Atomkraft angeht. Ich will die Debatte hier gar nicht anstoßen. Sie können sich gerne zum Atomstaat Bayern bekennen, Sie können sich zur Atomabhängigkeit Bayerns bekennen. Aber lassen Sie diese Wortdreherei bitte sein.

Wir lehnen den Antrag ab, weil die entscheidende Frage der künftigen Energieversorgung darin nicht beantwortet wird. Man hat das Gefühl, an einem Tropf zu hängen und schauen zu müssen, wie man sich weiter in Zukunft versorgen kann. Das kann es nicht sein. Wir brauchen Lösungen, wir brauchen mutige Wege in Richtung einer Energiewende, kein "Weiter so", bei dem man nur auf die Atomkraft setzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Abschließend hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Staatssekretärin Hessel zu Wort gemeldet. - Bitte.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der ersten Januarhälfte hat der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine Europa in Atem gehalten. Auf der wichtigsten Transportroute für russisches Erdgas in die EU ist rund 14 Tage lang keinerlei Gas mehr geströmt. In Waidhaus in der Oberpfalz, dem wichtigsten Importpunkt für russisches Erdgas nach Deutschland, standen die Manometer auf null.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Dahinter stand ein schwer zu durchschauender Konflikt um Gaspreis, Transitgebühren und auch Machtpolitik. Gegenseitige Beschuldigungen, unklare, geheim gehaltene Verträge, widersprüchliche Aussagen haben nicht gerade zur Beruhigung der Gaskunden in der EU beigetragen. In einigen südöstlichen EU-Mitgliedstaaten kam es zu schmerzhaften Versorgungserschnitten. Positiv war immerhin, dass die Gasversorgung in Deutschland und in Bayern zu keinem Zeitpunkt eingeschränkt war. Aus deutschen Vorräten konnte sogar die Not in Südosteuropa etwas gelindert werden. Grund dafür ist die gut ausgebaute Infrastruktur an Gasspeichern in Deutschland und vor allem in Bayern. Grund ist auch, dass die deutschen Gasimporteure das Gas aus verschiedenen Lieferländern über verschiedene Pipelines beziehen. Grund ist auch die gute Arbeit der Techniker in den deutschen Gasunternehmen, die es in kürzester Zeit geschafft haben, die Gasströme in einem komplizierten Leitungssystem so umzulenken, dass in Deutschland niemand frieren musste. Das sollte auch einmal anerkannt werden.

Das heißt aber nicht, dass wir jetzt einfach zur Tagesordnung übergehen können. Wir müssen erkennen, dass die Energieversorgungssicherheit, eines der drei großen energiepolitischen Ziele - Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit -, alles andere als selbstverständlich ist. Das gilt im besonderen Maß für den Energieträger Erdgas. Beim Erdgas ist die Zahl der Lieferländer besonders gering: Russland, Iran und Katar teilen sich mehr als die Hälfte der Weltvorräte.

Der Transport von Erdgas erfolgt leitungsgebunden, was die Versorgung besonders verwundbar macht. Eine Strategie zum Erhalt und zur Verbesserung der Gasversorgungssicherheit muss aus meiner Sicht folgende Punkte umfassen:

Erstens. Unser Energiemix muss so breit wie möglich sein. Das gilt besonders für die Stromerzeugung. Der Atomausstieg würde zwangsläufig zu einem massiven Anstieg der Gasverstromung in Deutschland führen. Das wäre schlecht für die Strompreise, schlecht für die CO₂-Bilanz und ganz besonders schlecht für unsere Versorgungssicherheit. Erdgas ist zu kostbar für die Stromerzeugung in der Grundlast.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Wir müssen die Energieeffizienz in unserem Land weiter steigern. Die dreistelligen Millionenbeträge aus dem bayerischen Klimaprogramm und demnächst aus dem Konjunkturprogramm des Bundes, die allein in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude in Bayern fließen werden, sind gut angelegtes Geld.

Drittens. Wir müssen heimische Rohstoffe verstärkt nutzen. Mittelfristig können 15 % des bayerischen Gas-

verbrauchs durch heimisches Biogas bereit gestellt werden. Dieses Potential müssen wir realisieren.

Viertens. Wir müssen unsere Gasspeicherkapazitäten weiter ausbauen. Dazu gibt es in Bayern noch Möglichkeiten, vor allem aber in den anderen EU-Ländern muss hier viel mehr getan werden. Kollegin Müller setzt sich hierfür bereits ein.

Für den unvermeidlichen Erdgasimport müssen wir neue Lieferländer und neue Transportwege erschließen, Stichwort: Diversifizierung. Ich begrüße es sehr, dass sich die FDP-Fraktion hierzu vertieft Gedanken gemacht hat. Ein besonders wichtiges Projekt ist hierbei auch die sogenannte Nabucco-Pipeline aus der Türkei nach Mitteleuropa. Über diese Rohrleitung kann künftig Gas aus Zentralasien und dem Mittleren Osten nach Deutschland gelangen. Die deutsche Gaswirtschaft muss sich auch stärker als bisher im Geschäft mit LNG engagieren, also Erdgas, das in verflüssigter Form auf dem Seeweg transportiert und am Zieltransporthafen ins Leitungssystem eingespeist wird. Für Bayern wäre dabei der Bau eines LNG-Terminals nördlich der Adria besonders vorteilhaft.

Aber auch die Pipeline durch die Ostsee, der sogenannte North Stream, muss vorankommen, auch wenn der Lieferant hier Russland heißen wird. Jede neue Leitung ist eine Verbesserung für unsere Versorgungssicherheit.

Klar ist aber auch: Es handelt sich hier um Großinvestitionen, die nicht vom Staat oder gar von der EU, sondern von den Unternehmen der Energiewirtschaft vorzunehmen sind. Aufgabe des Staates ist es, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die solche Investitionen möglich machen, etwa in der Außenpolitik oder bei der Gestaltung des regulatorischen Rahmens. Wir werden deshalb in den nächsten Wochen das Gespräch mit der Gaswirtschaft suchen und sogleich gegenüber Bund und EU für Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit eintreten. Bayern muss und wird die treibende Kraft einer Energiepolitik sein, bei der Versorgungssicherheit ganz oben auf der Prioritätenliste steht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Staatssekretärin. - Frau Kamm, melden Sie sich zu einer Zwischenintervention?

Christine Kamm (GRÜNE): Ich habe die Ausführungen der Staatssekretärin mit Interesse gehört und möchte fragen, ob das Wirtschaftsministerium auch Vorstellungen zur Energieeinsparung hat.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Hessel, Sie dürfen noch vorne am Rednerpult bleiben und müssen die Frage beantworten. -

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

- Sie muss nicht, aber sie darf. Frau Staatssekretärin Hessel, seien Sie so freundlich und kommen Sie noch einmal ans Rednerpult.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Selbstverständlich hat das bayerische Staatsministerium auch Vorstellungen zur Einsparung der Energiepolitik.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Politikeinsparung, das glaube ich!)

- bzw. der Energie. Wir haben natürlich entsprechende Vorstellungen. Es ist nur die Frage, dass Energiesparen erstmal, glaube ich, eine Sache der Einzelnen vor Ort ist, nicht eine Anleitung, die von oben kommen kann. Wir sanieren jetzt mit viel Geld die Energieeffizienz der Gebäude. - Ist die Frage damit beantwortet?

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Staatssekretärin.

Von der FDP wurde soeben namentliche Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag beantragt, weshalb wir jetzt nicht über den Antrag abstimmen können. Ich kann nur mitteilen, dass mir zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wir warten, bis die Viertelstunde um ist; dann werde ich die Abstimmung durchführen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Prof. Dr. Georg Barfuß, Brigitte Meyer, Dr. Franz Xaver Kirschner und Fraktion (FDP)

Ausbau der Bahnstrecke Neu-Ulm - Augsburg (Drs. 16/339)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Ausbau der Bahnstrecke Neu-Ulm - Augsburg hier: Dreigleisiger Ausbau im Vorortverkehr westlich von Augsburg (Drs. 16/354)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und bitte Herrn Rotter ans Mikrophon.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Dringlichkeitsantrag

auf Drucksache 16/339 wollen die Regierungsfraktionen die Staatsregierung auffordern, mit Nachdruck bei der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG die unverzügliche Aufnahme der Planungen für die Ausbaustrecke Neu-Ulm - Günzburg - Dinkelscherben - Augsburg einzufordern. Bei diesem Streckenabschnitt handelt es sich um das Herzstück des transeuropäischen Netzes Projekt Nummer 17, Paris - München - Bratislava. Dieser Streckenabschnitt ist im Übrigen der wichtigste West-Ost-Korridor im bayerischen Schienennetz. Ich erinnere daran, dass diese Strecke auch für den ICE-Verkehr von Westdeutschland über Stuttgart, Ulm und Augsburg nach München von enormer Bedeutung ist.

Im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans sind bereits als Projektbestandteile die Anhebung der Höchstgeschwindigkeit zwischen Ulm und Augsburg sowie der dreigleisige Ausbau des Abschnitts Neu-Ulm - Neuoffingen enthalten. Bisher fanden folgende Baumaßnahmen zwischen München und Ulm statt: Beim Abschnitt München - Augsburg der viergleisige Ausbau und eine Geschwindigkeitserhöhung auf 230 km/h; das voraussichtliche Investitionsvolumen wird 550 Millionen Euro betragen, die Fertigstellung ist für Ende 2010 vorgesehen. Das Projekt Neu-Ulm 21, das den viergleisigen Ausbau der Donaubrücke sowie die Tieferlegung des Bahnhofs Neu-Ulm und eine verbesserte Einfädelung der Illertalbahn aus Richtung Kempten umfasste, ist bereits Ende 2007 abgeschlossen worden. Der Freistaat hat diese Maßnahme ausnahmsweise vorfinanziert und sich auch an den endgültigen Kosten beteiligt. Alle übrigen Projektbestandteile des Ausbaus der Strecke Ulm - Augsburg sind derzeit in den Planungen von Bund und Bahn finanziell nicht hinterlegt. Es gibt also keinen konkreten Realisierungshorizont. Daher stellen wir diesen Antrag und fordern zum wiederholten Male den Bund und die Bahn auf, endlich mit den Planungen zu beginnen. Die Staatsregierung soll sich beim Bund insbesondere dafür einsetzen, dass er die Finanzierung für die bereits im vordringlichen Bedarf enthaltenen Projektbestandteile sicherstellt und die Planungen einleitet. Im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans soll auch der weitere Ausbau der Strecke Ulm - Augsburg, nämlich der dreigleisige Ausbau im Vorortverkehr westlich von Augsburg, in den vordringlichen Bedarf aufgenommen werden.

Hierzu hat die SPD einen weiteren Dringlichkeitsantrag nachgereicht, zu dem ich der Einfachheit halber gleich Stellung nehmen darf. Damit wird die Staatsregierung aufgefordert, "den dreigleisigen Ausbau im Vorortverkehr westlich von Augsburg aus Mitteln des Bundes-schienenwegeausbaugesetzes § 8 Abs. 2 in eigener Zuständigkeit des Freistaats Bayern zeitnah zu realisieren". Mit den Worten "in eigener Zuständigkeit" ist

natürlich die Finanzierung mit bayerischen Mitteln gemeint. So einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen dürfen wir es dem Bund nicht machen. Wir können nicht sagen: Wenn du nicht willst, was wir wollen, bezahlen wir es selber. Darauf läuft nämlich Ihr Ergänzungsantrag hinaus. Dem kann so nicht zugestimmt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich habe eingangs gesagt, dass es um das Herzstück einer europäischen Magistrale, des transeuropäischen Netzes Nummer 17 Paris - Bratislava geht. Vom dreigleisigen Ausbau im Vorortverkehr westlich von Augsburg profitieren ganz wesentlich der Schienenpersonenfernverkehr und der Güterverkehr auf dieser Strecke, wenn Nahverkehrszüge hin und wieder auf das dritte Gleis umgeleitet werden können. Es wäre völlig systemwidrig, wenn wir ÖPNV-Mittel für eine derartige Fernverkehrsstrecke einsetzen würden.

Im Übrigen wissen die Antragsteller offensichtlich nicht, wie hoch die Mittel, die sie dafür einsetzen wollen, pro Jahr dotiert sind. Wir bekommen vom Bund Jahr für Jahr 20 Millionen Euro für Maßnahmen, die dem Schienenpersonennahverkehr dienen sollen. Diese Mittel bekommen wir wohlgerne bayernweit und nicht für eine einzelne Strecke. Der dreigleisige Ausbau von Augsburg Richtung Dinkelscherben würde ein Mehrfaches dieser Jahrestanche beanspruchen, die im Übrigen bereits auf Jahre hinaus festgelegt ist. Damit würden andere Projekte im Freistaat Bayern nicht zum Zuge kommen, für die wir aber die Nahverkehrsmittel brauchen, weil diese Strecken keine Fernverkehrsstrecken sind. Aus guten Gründen ist die Zuständigkeit so geregelt, dass bei Ausbaumaßnahmen an Fernverkehrsstrecken der Bund finanziell zuständig ist. Daher sollten gerade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihren Parteigänger, den Bundesverkehrsminister Tiefensee, nicht aus der Verantwortung entlassen. Es kann nicht sein, dass die Länder an Fernverkehrsstrecken Ausbaumaßnahmen finanzieren müssen. Das können die Länder nicht schultern. Daher müssen wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, eine kurze Unterbrechung bitte. Könnten Sie ein bisschen leiser sein, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ich weiß nicht, was an diesem Tagesordnungspunkt so dramatisch aufregend ist, dass alle schwätzen müssen.

(Harald Güller (SPD): Der falsche Inhalt von Herrn Kollegen Rotter!)

Herr Rotter möchte seinen Beitrag sicher gerne in Ruhe zu Ende führen.

Eberhard Rotter (CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin, der schwäbische Zungenschlag des Zwischenrufers zeigt, in welcher Gegend das Thema besondere Aufregung verursacht hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir natürlich nicht tun. Wir können nicht die Kosten des Streckenausbaus übernehmen. Eine andere Überlegung wäre es, ob wir ähnlich wie im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung bei den Bundesfernstraßen bei den Planungen kurzfristig etwas tun können, zumal EU-Mittel bis zu 50 % für die Planungen an Fernstrecken zur Verfügung stehen. Das Ziel muss es auf jeden Fall sein, die Ausbaustrecke Neu-Ulm - Augsburg zeitgleich mit der Neubaustrecke Stuttgart - Ulm fertigzustellen. Stuttgart 21, also die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs und die Beseitigung des Kopfbahnhofes sowie die Neubaustrecke Wendlingen - Ulm werden kommen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass dann zwischen Augsburg und Neu-Ulm ein Flaschenhals bestehen bleibt. Auf dieser Fernstrecke fahren internationale Fernzüge wie zum Beispiel der TGV und unsere ICE-Züge. Diese Züge müssen auf dieser Strecke nach dem Motto "Blumenpflücken während der Fahrt erlaubt" auf 70 km/h abgebremst werden. Das kann nicht sein. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Runge gemeldet. Ich bitte Herrn Runge ans Mikrophon.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Rotter, ein schöner populistischer Antrag! Sie fordern ihre eigene Bundesregierung auf zu handeln, wissen aber genau, dass Sie diese Misere durch ihre viel zu großzügigen Meldungen für den Bundesverkehrswegeplan, der bekannterweise gnadenlos unterfinanziert ist, mit verursacht haben. Drei Fernstreckenprojekte der Bahn fressen sämtliche Mittel auf. Es ist das Ypsilon in Norddeutschland, das Projekt Stuttgart 21 und die von Ihnen politisch mitverantwortete Fortsetzung der Rennstrecke von Nürnberg nach Erfurt über den Gottesgarten und den Thüringer Wald. Sie können nicht hierfür 5 Milliarden - so wird es beziffert - ausgeben und gleichzeitig viele andere Projekte fordern. Die logische Konsequenz der von Ihnen heute geforderten Ausbaumaßnahme wäre eine Verlängerung der Strecke von Ulm nach Norden über die Alb. Das wäre unheimlich schwierig zu bauen und auch zu finanzieren. Das, was Sie ausgeführt haben, ist also Wolkenkuckucksheim und sehr, sehr populistisch.

Zum Antrag der SPD, zum Nahverkehr. Sie haben richtigerweise rekuriert auf § 8 Absatz 2 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes. Aber der Bund ist bei Nah-

verkehrsprojekten nicht zuständig. Der Freistaat Bayern ist selbstverständlich in der Lage, durch eigene Mittel wie Finanzausgleichsgesetzmittel, Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel, Regionalisierungsmittel, die angehäuft werden, und durch reguläre Haushaltsmittel einzusteigen. Also auch da macht es sich die Regierungspartei, in dem Fall die CSU, viel zu bequem. Sie stellen die Bundesregierung; es wäre schön, wenn wir frühzeitiger zu Ergebnissen kämen.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Kollege Dr. Runge, die 5 Milliarden Euro, die Sie thematisiert haben, sind natürlich mitnichten für die Strecke Neu-Ulm - Augsburg vorgesehen. Hiervon wird man nicht einmal 10 % dafür benötigen. Es ist weit weniger. Das andere spielt in Baden-Württemberg. Diese Debatte führen Ihre Fraktionskollegen im baden-württembergischen Landtag. Die brauchen wir nicht in Bayern zu führen.

Im Übrigen, wenn Sie auf den gültigen Bundesverkehrswegeplan Bezug nehmen, so ist der, wenn ich mich recht erinnere, zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung so aufgestellt worden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Die nächste Wortmeldung hat Herr Dr. Barfuß.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was mein Freund Bernhard Roos vorhin bei der Beratung zur Drucksache 16/338 zu den Dringlichkeitsanträgen gesagt hat, stimmt: So dringlich sind die alle miteinander nicht. Das gilt nicht nur für den Dringlichkeitsantrag von unserer Fraktion, sondern für die von allen fünf Fraktionen. Man muss sich wirklich fragen, wenn Sie permanent fordern, Bürokratie abzubauen, warum Sie jeden Tag eine neue Bürokratie einführen wollen. Mir gefällt das nicht, aber wenn die anderen es so machen, zwingen sie uns, dass wir da mitmachen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist Demokratie, nicht Bürokratie! Das ist was anderes!)

- Ich freue mich über die Demokratie. Nur ist es populistisch, zu schreien, dass das alles Geld kostet und die Bürokratie aufbläst. Was wollt ihr also? Dann sollte man sagen, dass Demokratie Geld kostet, Frau Kollegin. Als Haushälter sage ich Ihnen, dass Sie künftig sagen sollten, woher das Geld kommt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann dürfen wir nichts mehr beantragen, was Geld kostet!)

- Sie bringen mich jetzt nicht draus. Ich bin nur hier neu, nicht in der Politik. Da bin ich schon seit über 30 Jahren

tätig. Man merkt manchen hier an, dass sie das noch nicht so lange sind.

(Beifall bei der FDP)

Zum Dringlichkeitsantrag. Es gab schon im Kabinett von Herrn Ministerpräsident Beckstein die Erkenntnis, dass hier Bedarf besteht. Wir haben am 7. Juni die Wahlen zum Europäischen Parlament. Wer von trans-europäischen Netzen redet, der muss abgestimmt fragen - wir sind ja Gott sei Dank in allen Parlamenten vertreten -, wo der Bottleneck ist, was man hier noch schließen muss, und das ist eben diese Strecke.

Wenn Sie es genau lesen, so heißt es: Aufnahme der Planung. Als langjähriger Bürgermeister weiß ich, dass man zunächst einmal plant. Dann hat man das in der Schublade. Und wenn irgendeine Regierung ein Konjunkturprogramm macht, dann kann man das aus der Schublade holen. Leider verfährt die Deutsche Bahn AG etwas anders. Die sagt immer, erst wenn wir Geld haben, fangen wir mit dem Planen an. Dagegen wehren wir uns mit diesem Dringlichkeitsantrag.

Die Infrastruktur muss in alle Richtungen ausgebaut werden. Darum haben wir das Interesse, dass es so kommt. Deswegen würde ich Sie herzlich bitten, dass Sie dem zustimmen.

Was den Antrag der Kollegen der SPD betrifft, dann ist das Programm, wenn meine Information stimmt, längst überzeichnet. Das Programm ist von 2008 bis 2012 aufgelegt. Nach meinen Informationen ist es bereits ausgebucht. Wenn es in Berlin gelingt, in das Programm wieder mehr einzustellen, dann sind wir freudig erregt und werden Ihren künftigen Anträgen zustimmen.

Wir bitten Sie um Zustimmung zu diesem in Sinne des Hauses wirklich dringlichen Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Eine zweite Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Runge. Bitte.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das ist jetzt nicht als Zwischenbemerkung gedacht, sondern als Zwischenfrage. Herr Kollege Barfuß, nachdem Ihr Vorredner meine Anmerkung nicht verstehen wollte, stelle ich an Sie die Frage: Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass auf das milliardenschwere Projekt Nürnberg - Erfurt verzichtet wird, um die Mittel für andere Projekte in Bayern freizubekommen?

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Nach meiner Kenntnis gibt es unterschiedliche Töpfe. Wenn dem nicht so sein sollte, bin ich gerne bereit, mich mit Ihnen an den Tisch

zu setzen, damit Sie mir das erklären. Aber ich habe als Bürgermeister gelernt, dass es unterschiedliche Töpfe gibt und es gar nichts bringt, wenn man verzichtet, weil es dann ein anderer ausschöpft. Aber mein Angebot zur Unterredung steht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Dr. Barfuß.

Die 15 Minuten wären jetzt vorbei, aber ich hielte es für ein bisschen schwierig, wenn wir die Debatte komplett aus dem Zusammenhang reißen würden. Darum schlage ich vor, wir machen diesen Tagesordnungspunkt fertig. Wenn Sie damit einverstanden sind, fahre ich fort.

Die nächste Wortmeldung hat Herr Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Um es kurz zu machen, dem Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP kann man ohne Weiteres zustimmen. Es steht nichts Falsches drin. Es steht das drin, was alle schwäbischen Abgeordneten aller Fraktionen seit Jahren sagen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Wir sagen, die Strecke von Stuttgart über Ulm nach Augsburg muss ausgebaut werden, muss schneller werden, und zwar möglichst bald. Es ist also kein Fehler in dem Antrag, allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch kein Fortschritt. Es steht drin, man solle jetzt mit den Planungen beginnen. Toll, super. Wir fordern auch die Staatsregierung auf, sich nicht nur dafür einzusetzen, sondern sich mit Nachdruck einzusetzen. Dass wir das machen, finde ich Klasse.

(Beifall bei der SPD)

Und wir sagen in diesem Antrag, dass der Bundesverkehrswegeplan zur Finanzierung dienen soll. Auch das ist richtig. Toll. Das wissen wir seit ungefähr 15 Jahren. Das wiederholen wir immer wieder gebetsmühlenartig. Insofern ist es richtig, auch in dieser Periode, dass sich die schwäbischen Abgeordneten der CSU und die neuen Abgeordneten der FDP jetzt bei ihrer Fraktion durchgesetzt haben und diesen Antrag als Fraktionsantrag durchgebracht haben. Klasse. Wir stimmen zu.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Rotter, jetzt weiß ich aber auch, warum Sie hier keinen Augsburger haben reden lassen, sondern einen, der ein bisschen weiter weg wohnt und sich auf Unkenntnis herauszureden versucht.

(Georg Schmid (CSU): Das macht der Rotter nie!)

Bei Ihrer Rede kommt die fundamentale Unkenntnis des Nahverkehrsraums Augsburg zum Ausdruck. Bei dem dritten Gleis, das in Ihrem Antrag auch genannt ist, von Augsburg über Neusäß nach Diedorf - Gessertshausen - Dinkelscherben handelt es sich um ein Gleis, das nach allen Aussagen der Deutschen Bahn nicht für den Fernverkehr genutzt wird, sondern für eine Verbesserung des S-Bahn-ähnlichen Verkehrs in der Region Augsburg gebraucht wird. Das wollen wir.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Dann muss man sich aber auch klar dazu bekennen, aus welchem Topf des Bundesverkehrswegeplans es zu bezahlen ist. Nach § 8 Absatz 2 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes stehen dem Freistaat Bayern aus Regionalisierungsmitteln des Bundes jährlich, Sie haben es genannt, Herr Rotter, ca. 20 Millionen Euro zur Verfügung. Über dieses Geld kann einzig und allein der Freistaat Bayern durch eine Anmeldung der jeweiligen Strecke verfügen. Man muss die Strecke nur anmelden.

Dass die letzte Staatsregierung bereits alle Mittel für die nächsten fünf Jahre angemeldet hat, ohne einen Euro für den Großraum Augsburg auszugeben, das sollten Sie mit Ihrer alten Staatsregierung ausmachen, aber nicht sagen, dass wir keinen Antrag stellen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Sie verschieben wiederum den dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur in der Region Augsburg auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, indem Sie uns auf einen Topf in Berlin verweisen, wo dieses Projekt nun einmal - wenn man von der Region ein bisschen Ahnung hat - einfach nicht hineingehört.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Leider, Herr Kollege, entwerten Sie damit ein Stück weit Ihren eigenen Antrag. Sie machen wiederum das Spielchen, auf die anderen zu zeigen und die Region Augsburg und ganz Schwaben im Regen stehen zu lassen. Ich bitte Sie, diese Haltung noch zu ändern und endlich klarzumachen, was auch einige Bundestagsabgeordnete Ihrer Fraktion inzwischen gesagt haben: Es sind Mittel aus § 8 Abs. 2. Freistaat, melde diese Mittel an. Dann wird zumindest in fünf Jahren in Augsburg gebaut. Wir sind inzwischen schon mit Kleinigkeiten zufrieden bei dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Güller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Güller, geben Sie mir recht in meiner Ausführung, dass es doch sehr verwunderlich ist, wenn der schwäbische Abgeordnete Rotter zwar hier meint, auf den Bund verweisen zu müssen, was den von Ihnen zuletzt geschilderten Sachverhalt anbelangt, damals aber beim 520-Millionen-Mark-Programm für die S-Bahn München selbstverständlich einverstanden war, dass hiervon nur 60 Millionen Mark vom Bund gekommen sind, 60 Millionen Mark Eigenmittel der Bahn waren und 400 Millionen Mark freistaatliche Mittel waren, und zwar nicht einmal angesparte Regionalisierungsmittel, sondern zum größten Teil FAG-Mittel und GVFG-Landesmittel?

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Runge, ich danke für diese Zwischenfrage und bestätige Ihnen gern extreme Sachkunde in dieser Sache

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nein! - Beifall bei der SPD)

und dass Sie darauf hingewiesen haben, dass Kollege Rotter an dieser Stelle die Fakten etwas geschönt hat. Nichtsdestotrotz, bitte stimmen Sie unserem Antrag zu, dann geht es endlich mal weiter in der Region Augsburg.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Güller. - Für den nächsten Wortbeitrag bitte ich Herrn Kollegen Pohl nach vorne.

Bernhard Pohl (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einer Operettenstimme kann ich heute leider nicht dienen, aber ich sehe, der Kollege Kreuzer und der Kollege Dürr sind nicht im Raum, also wird es auch so gehen.

Die Freien Wähler unterstützen diesen Dringlichkeitsantrag, damit endlich etwas vorangeht. Wir setzen darauf, dass die Staatsregierung so viel Durchsetzungskraft besitzt, um in Berlin unsere Interessen durchzusetzen. Sollte dies nicht der Fall sein - das sage ich sehr deutlich - , dann werden wir auf Ihren Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, zurückzukommen haben. Der Ministerpräsident wird dann einen Canossagang antreten und berichten müssen, dass er es nicht vermocht hat. Dann werden wir selbstverständlich bereit sein, Ihrem Antrag zu folgen.

Meine Damen und Herren, das, was hier vom Kollegen Rotter vorgetragen wurde, überzeugt in der Tat. Wir sollten die Zuständigkeit dort belassen, wo sie ist. Die Zuständigkeit für diese Hochgeschwindigkeitstrasse liegt nicht beim Land, sondern beim Bund. Deswegen, meine Damen und Herren, werden wir diesen Antrag auch unterstützen.

Jetzt ist Kollege Kreuzer wieder im Saal und ich bitte ihn um Nachsicht, dass ich heute nicht mit der Stimmengewalt sprechen kann. Deshalb lauschen Sie bitte andächtig, ohne meinen Redefluss durch Zwischenrufe zu unterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich komme zurück zum Thema. Es ist sehr wichtig - es ist sehr viel von Aufbruch nach den ersten einhundert Tagen gesprochen worden -, dass wir nunmehr die gesamt-bayerischen Interessen ins Auge fassen und nicht Partikularinteressen einiger privilegierter Regionen. Was die Verkehrsinfrastruktur anbetrifft, können wir aus Schwaben mit Fug und Recht behaupten, dass wir in der Vergangenheit doch sehr stiefmütterlich behandelt wurden und einen großen Nachholbedarf haben. Dazu gehört auch diese Bahn-anbindung, dazu gehören viele Straßenbauprojekte von der A 8 bis zum Autobahnanschluss Kaufbeuren usw. Es sind viele Themen, die wir noch aufzuarbeiten haben. Heute ist ein Thema auf der Tagesordnung. Ich muss sagen, es würde uns gut anstehen, auch den Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, wenn wir gemeinsam diesen Antrag unterstützen. Wenn dieser Auftrag, den wir der Staatsregierung mit auf den Weg geben, scheitert, sind wir gerne bereit, mit Ihnen einen zweiten Anlauf zu starten. Dann muss man aber sagen: Dann muss es die SPD richten. - Vielen Dank.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Als nächster Rednerin erteile ich Kollegin Christine Kamm von den GRÜNEN das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit der Diederfer Erklärung vor über 13 Jahren gibt es immer wieder einhellig getragene Vorstöße aus der Region, die Situation des Schienennahverkehrs zu verbessern. Die Diederfer Erklärung des Jahres 1996 listet viele Kritikpunkte am Schienennahverkehr der Region auf, insbesondere dass der unregelmäßige Takt die Verknüpfung mit dem übrigen ÖPNV die Reisewege unattraktiv macht und das Umsteigen deutlich erschwert. Es wird gefordert, dass der drittgrößte Ballungsraum Bayerns ein anderes Nahverkehrssystem in der Region braucht.

Die erforderliche Verbesserung der Schieneninfrastruktur kommt jedoch nicht voran. Wir haben auf der einen Seite die Bayerische Staatsregierung, die dasselbe macht, was die CSU jetzt in diesem Dringlichkeitsantrag macht, indem sie sagt, der Bund solle handeln. Das haben wir schon sehr viele Jahre gehabt. Der damalige Verkehrsminister Huber hat immer wieder versprochen, er melde die Mittel für den Bundesverkehrswegeplan beim Bund an. Was müssen wir nun in der Antwort auf

die Anfrage unseres Bundestagsabgeordneten Anton Hofreiter vom Januar dieses Jahres lesen? Es ist noch nichts angemeldet. Jetzt kommen Sie und bringen einen Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag ein.

Wir haben ein Schreiben des CSU-Bundestagsabgeordneten Eduard Oswald erhalten, der uns schreibt, dass für die Verbesserungen in dieser Region der Bund nicht zuständig sei. Das solle der Freistaat machen. So setzt sich das Pingpongspiel fort. Sie als Landtagsabgeordnete sagen jetzt: Wir bringen jetzt etwas voran, indem wir wieder den Bund auffordern, der Bund solle etwas machen.

Wir haben nichts gegen den Antrag der CSU, aber ich bezweifle, dass dieser uns einen Schritt weiterbringt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Letztes Frühjahr haben über 20.000 Bürgerinnen und Bürger der Region eine Petition unterschrieben, in der gefordert wird, dass die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur in der Region umgehend zur Verfügung gestellt werden und mit der Deutschen Bahn entsprechende Planungsvereinbarungen getroffen werden müssen, um die Schieneninfrastruktur so zu ertüchtigen, dass ein vernünftiger Nahverkehr gefahren werden kann. Es ist aber leider nichts passiert. Mit einem Antrag der CSU, mit dem lediglich die Mittel zum Verkehrswegeplan angemeldet werden, wird so schnell auch nichts passieren, weil in der CSU auf Bundesebene Verkehrspolitiker sitzen, die meinen, dass dies im Wesentlichen eine Angelegenheit des Freistaates sei.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Kamm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Barfuß?

(Zurufe von den GRÜNEN: Nein, nein!)

Christine Kamm (GRÜNE): Entschuldigen Sie, Herr Kollege Barfuß, wir haben leider sehr wenig Redezeit. Vielleicht können wir es nachher als Intervention machen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Soll ich das als Zwischenbemerkung deuten?

Christine Kamm (GRÜNE): Wir machen es als Intervention.

Mit dem SPD-Antrag haben wir das Problem, dass die SPD richtigerweise sagt, Bayern solle das aus seinen Regionalisierungsmitteln bezahlen. Die SPD erwähnt aber nicht, dass Herr Josel am Montag dieser Woche auf einer Bahnkonferenz in Augsburg war und dort gesagt hat, dass die Regionalisierungsmittel für die nächsten fünf Jahre bereits verplant seien. Insofern reicht es

nicht aus, dass der SPD-Antrag so gestellt wird, wie er gestellt worden ist. Ich denke, wir müssen hierzu ergänzen, dass zumindest die Planungsmittel durch den Freistaat vorzufinanzieren sind. In diesem Sinne bitte ich den SPD-Antrag zu ergänzen. Ich denke, es wird bei den Beratungen in den Ausschüssen in den nächsten Wochen dazu kommen. Zudem gilt es, weitere Finanzierungstöcke zu erschließen. Ich hoffe, dass wir so weiterkommen und nicht das Pingpongspiel zwischen Berlin und Bayern fortsetzen. Davon haben wir nämlich genug.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Kamm, der Kollege Barfuß hatte sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, zu der ich ihm jetzt das Wort erteile.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Liebe Frau Kollegin! Ich habe jetzt drei Mal gehört, dass Sie gesagt haben, der Antrag sei von der CSU. Sie sind doch sicherlich bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass es jetzt mehr Fraktionen in diesem Hohen Haus gibt, als Sie es gewohnt sind. Der Antrag ist auch von der FDP.

(Zuruf von der SPD)

Ob er nicht besser ist, das überlassen Sie bitte uns. - Danke schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Ja.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Es scheint zur Kenntnis genommen worden zu sein.

Als nächster Rednerin erteile ich für die Staatsregierung der Staatssekretärin Katja Hessel das Wort.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag greift ein wichtiges Vorhaben im bayerischen Eisenbahnnetz auf, den Ausbau zwischen Ulm und Augsburg. Das ist ein sehr schwäbisches Anliegen, wie wir gerade gehört haben, aber nicht nur ein schwäbisches Anliegen, es ist auch ein Anliegen der Bayerischen Staatsregierung.

Schieneninfrastruktur ist eines der Themen der Stunde, und das völlig zu Recht. Im Sinne einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung muss mehr Verkehr auf die Schiene. Sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr brauchen wir attraktive Verbindungen und ausreichende Kapazitäten, um das Potenzial dieses umweltfreundlichen Verkehrsträgers voll ausschöpfen zu können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Hierfür brauchen wir ein optimal ausgebautes Schienennetz. Das liegt in der Zuständigkeit des Bundes, er ist in der Pflicht. Leider ist unser Schienennetz durch die dortigen Versäumnisse noch nicht ausreichend für die Zukunft gerüstet. Der Bundesverkehrswegeplan 2003 ist bisher in weiten Teilen ein nicht gehaltenes Versprechen.

Von dem Vorhaben Ulm - Augsburg sind wesentliche Bestandteile, die Anhebung der Geschwindigkeit und der dreigleisige Ausbau zwischen Neu-Ulm und Neu-offingen, heute schon im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aus dem Jahr 2003. Die Geschwindigkeitsanhebung auf bis zu 200 km/h zwischen Ulm und Augsburg ist dabei den laufenden und fest disponierten Vorhaben eingeordnet. Das sind laut Bundesverkehrswegeplan "Vorhaben, über deren Realisierung bereits abschließend entschieden worden ist und die aufgrund ihrer verkehrlichen Wirkung bis zum Jahr 2015 realisiert werden sollen". Wir schreiben das Jahr 2009. Es bleiben also noch sechs Jahre für die Umsetzung der Maßnahme. Bisher konnten allerdings nur der Ausbau der Donaubrücke und der Umbau des Bahnhofes Neu-Ulm realisiert werden. Für den Rest der Strecke laufen noch nicht einmal die Planungen.

Ulm - Augsburg wird im Bundesverkehrswegeplan in einem Atemzug mit Stuttgart - Ulm genannt. Diese Projekte müssen in der Tat im Zusammenhang gesehen werden. Wir reden hier von einer europäischen Magistrale, nämlich der TEN-Strecke von Paris über Straßburg,

(Ludwig Wörner (SPD): Ja, sag einmal!)

Stuttgart, Ulm, Augsburg, München und Salzburg, Wien bis Bratislava und Budapest.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Entschuldigung, Frau Kollegin Hessel. Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Nein.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU) und Tobias Thalhammer (FDP))

Für deren Ausbau setzen wir uns ebenfalls vehement ein.

Dem Vernehmen nach steht eine Vertragsunterzeichnung in Stuttgart kurz bevor. Die dortigen Projektbeteiligten haben eine schöne Internetseite eingerichtet unter dem Namen "Das neue Herz Europas". Ich wünsche den Kollegen, dass sie ihr Vorhaben endlich zum Abschluss bringen. Dabei muss aber auch immer im Auge behalten werden - und da meine ich natürlich vor

allem den Bund -, dass ein Herz nur so leistungsfähig sein kann wie die Adern, die zu ihm führen. Was nützt eine schöne Neubaustrecke, wenn um Ulm wieder gebummelt wird und vor Augsburg der nächste Engpass wartet? Der Bund muss daher auch den weiteren Ausbau anpacken und spätestens gleichzeitig mit der Neubaustrecke Stuttgart - Ulm fertigstellen. Es darf nicht angehen, dass gerade der bayerische Abschnitt zum Flaschenhals wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erster Schritt muss die Einleitung der Planungen sein. Ich zitiere erneut aus dem Bundesverkehrswegeplan: "Für den vordringlichen Bedarf besteht nach den Ausbaugesetzen ein uneingeschränkter Planungsauftrag." Das kann ich nur bekräftigen. Wir müssen bei jeder Gelegenheit daran erinnern.

Bisher plant die Bahn erst dann, wenn der Bund die Finanzierung des Ausbaus sicherstellen kann. Das kann ich angesichts der fürchterlichen Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans aus unternehmerischer Sicht sogar verstehen. Aber ohne Baurecht helfen auch zusätzliche Mittel nichts, wie sie zum Beispiel aktuell aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung zur Verfügung stehen. Wir haben deshalb den Bund aufgefordert, ein eigenes Planungskostenbudget mindestens für die Projekte des Bedarfsplans vorzusehen.

Wir sollten an einem Strang ziehen und uns gemeinsam beim Bund für eine sachgerechte Investitionsplanung einsetzen. Für eine langfristige Planung, bei der der Bundesverkehrswegeplan mehr ist als eine bloße Wunschliste, müssen die Mittel für die Infrastruktur deutlich erhöht und verstetigt werden.

Was heute noch nicht im vordringlichen Bedarf enthalten ist, muss im Rahmen der nächsten Fortschreibung aufgenommen werden. Da meine ich den Ausbau westlich von Augsburg. Der Bund muss endlich die Gesamtstrecke betrachten und ihrer Bedeutung angemessen Rechnung tragen.

Wir dürfen und werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Wegen jeder unserer wichtigen Ausbaustrecken müssen wir uns wieder und wieder an den Bund wenden und ihre zeitnahe Umsetzung fordern. Eine Unterstützung durch den Bayerischen Landtag halte ich deshalb für ein wichtiges Signal.

(Unruhe bei der SPD)

Was den Antrag der SPD betrifft, die 120 Millionen Euro Regionalisierungsmittel, so sind sie für die nächsten fünf Jahre verplant. Das heißt, wenn wir sie jetzt nehmen würden, würden wir andere Maßnahmen nicht

durchführen können. Außerdem würden diese Mittel nicht einmal ausreichen.

(Harald Güller (SPD): Wie viel kostet denn die Strecke nach Ihrer Information?)

- Nach meiner Information mehr als diese 120 Millionen Euro.

(Harald Güller (SPD): Für einen dreigleisigen Ausbau? Also bitte! - Thomas Kreuzer (CSU): Kein Dialog!)

Davon abgesehen möchte ich diese Mittel auch nicht nehmen, um den Bund aus der Verantwortung zu nehmen. Vielleicht fragen Sie bei Parteikollegen nach.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Hessel, ich darf Sie bitten, noch kurz hierzubleiben. Herr Kollege Dr. Runge hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Geschätzte Frau Staatssekretärin, man wagt schon gar keine Zwischenfrage zu stellen, weil man befürchten muss, dass Sie dann die Antwort nicht vorlesen können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Unverschämtheit!)

Deshalb noch einmal zur Klarstellung

(Allgemeine Unruhe)

- ich warte, bis Sie schweigen -, weil in Ihrem Redebeitrag alles durcheinandergemischt wurde.

Das Erste ist der Schienenpersonenfernverkehr. Für die Finanzierung dessen Infrastruktur sind die Bahn und die Bundesrepublik Deutschland zuständig. Wir wissen alle, dass der Bundesverkehrswegeplan gnadenlos unterfinanziert ist, auch aufgrund der viel zu vielen Meldungen der Länder. Wir fragen uns, wenn die Staatsregierung immer wieder verspricht, sich für dieses Projekt einzusetzen, warum sie es noch nicht zur Finanzierung angemeldet hat.

Das Zweite ist der Nahverkehr.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dazu muss man ganz klar sagen, dass der Bund auf Fragen der Kollegen Oswald und Hofreiter ganz klar und zu Recht gesagt hat: Dafür sind wir als Bund nicht zuständig. Das ist Sache der Länder.

(Unruhe bei der CSU - Zuruf von der CSU: Frage?)

- Das ist keine Frage, sondern eine Zwischenintervention. Sie sollten sich einmal mit der Geschäftsordnung des Landtags vertraut machen.

Wenn Sie jetzt wieder nur auf diesen kleinen Anteil an Regionalisierungsmitteln rekurrieren, ist zu sagen: Der Freistaat ist völlig frei zu finanzieren. Ich habe Ihnen vorhin einige Töpfe genannt, nämlich Finanzausgleichsgesetz, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, reguläre Haushaltsmittel. Ich stelle fest, dass für andere Schienenpersonennahverkehrsprojekte solche Mittel in die Hand genommen werden, für die im Raum Augsburg erstaunlicherweise nicht. Vielleicht können Sie diesen Widerspruch noch erklären.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Staatssekretärin, bevor ich Ihnen das Wort erteile, möchte ich noch ganz allgemein zu etwas mehr Ruhe und Konzentration aufrufen.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Ich habe aus Ihrem langen Vortrag keine Frage herausgehört.

(Beifall bei der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Er braucht gar keine Frage zu stellen!)

- Sie brauchen mich auch nicht anzuschreien, ich höre nicht schlecht.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich darf alle Beteiligten noch einmal an die Ruhe im Raum erinnern und gebe jetzt Herrn Kollegen Barfuß für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Bei allen inhaltlichen Differenzen bin ich der Meinung, man hätte das etwas galanter vortragen können, als Sie es getan haben. Ich finde das einen unerträglichen Stil.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich finde es auch unerträglich, was uns hier zugemutet wird!)

Wir sagen immer "liebe Kolleginnen und Kollegen", dann sollten wir uns auch daran halten. Ich fand das nicht gut.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/339 - das ist der interfraktionelle Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltung-

gen? - Bei einer Enthaltung ist der Antrag beschlossen. Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/354. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dankeschön. Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit Stimmen der CSU, mit den Stimmen der FDP und der Freien Wähler gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN bei drei Enthaltungen aus den Reihen der CSU abgelehnt.

Ich komme damit zur namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/338. Die gläsernen Abstimmungsurnen sind aufgestellt. Sie haben Ihre namentlichen Stimmkarten. Die Abstimmung wird fünf Minuten betragen. Ich bitte die Offizianten, ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 15.21 bis 15.26 Uhr)

Meine Damen und Herren, die namentliche Abstimmung ist jetzt beendet.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Markus Rinderspacher, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD)

Aufnahme von Guantánamo-Gefangenen in Bayern (Drs. 16/340)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufnahme von Guantánamo-Gefangenen in Bayern (Drs. 16/346)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger und Fraktion (CSU)
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer und Fraktion (FDP)

Auflösung des Gefangenenlagers Guantánamo (Drs. 16/357)

Bevor wir in die Aussprache eintreten, mache ich darauf aufmerksam, dass zu allen drei Dringlichkeitsanträgen jeweils namentliche Abstimmungen beantragt worden sind.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Rinderspacher.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine gute Nachricht: Der neue US-Präsident Barack Obama will das Gefangenenlager von Guantánamo schließen. Damit kommt er nicht nur einem Wahlkampfversprechen nach, sondern auch einer Forderung, die weltweit viele Menschenrechtsorganisationen, aber auch viele Politikerinnen und Politiker aus Deutschland und aus Bayern gestellt haben. Es ist daher aus rechtsstaatlichen wie auch aus humanitären Gründen aus bayerischer Sicht ausdrücklich zu begrüßen, das Guantánamo geschlossen werden soll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Natürlich wirft diese Schließung auch Fragen auf. Von derzeit etwa 250 Gefangenen gelten etwa 50 als definitiv unschuldig, darunter eine Gruppe von 17 Uiguren, die als muslimische Minderheit in ihrem Heimatland China verfolgt wird und deshalb nicht dorthin zurückkehren kann. Dieser Gruppe droht dort Folter oder sogar die Todesstrafe.

Der Bayerische Landtag hat heute die Chance, ein Zeichen der Menschlichkeit zu setzen mit dem Ziel einer gemeinsamen Haltung, die die rechtsstaatliche, humanitäre Tradition Europas verkörpert; so formulierte es die FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in einer Presseerklärung Ende Januar.

Warum gerade Bayern? Warum gerade die Uiguren? Gerade in Bayern erscheinen unseres Erachtens die Integrationsperspektiven erfolgversprechend. Im Großraum München existiert mit knapp 500 bis 600 Personen die größte uigurische Gemeinde. Diese Gemeinde hat bei einer Aufnahme ihrer Landsleute bereits ihre Unterstützung signalisiert. Morgen will der Stadtrat der Landeshauptstadt München beschließen, München erkläre sich zur Aufnahme jener Uiguren bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich zitiere aus der Presseerklärung der Münchener CSU-Stadtratsfraktion vom 2. Februar: Überschrift: "CSU-Stadtratsfraktion spricht sich für die Aufnahme der uigurischen Guantánamo-Häftlinge aus." Es heißt in der Presseerklärung weiter, es sei ein Akt der Humanität und eine völkerrechtliche Verpflichtung, unschuldige Menschen vor der Gefahr eventueller weiterer Verfolgungen zu schützen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Dem kann man nur zustimmen. Der CSU-Fraktionsvorsitzende und frühere Oberbürgermeisterkandidat vom letzten Frühjahr, Josef Schmid, wird in Bezug auf Me-

dienberichte wie folgt zitiert: "Sogar ein US-amerikanisches Militärgericht sieht die Uiguren als unschuldig an." Meine Damen und Herren, Herr Schmid von der CSU hat recht;

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

denn die Unschuld der Uiguren wird von den US-Behörden mittlerweile in der Tat nicht mehr bezweifelt. Die Antragsteller halten dennoch ein erneutes Clearing-Verfahren mit einer individuellen Einzelfallprüfung für notwendig, und zwar aus zwei Gründen:

Wir wollen sicherstellen, dass diese Menschenrechtsfrage nicht zu einer Frage der inneren Sicherheit für den Freistaat Bayern wird. Lassen Sie es mich deutlicher formulieren: Wir sind bereit, Unschuldige aufzunehmen. Unter Verdacht stehenden Terroristen soll aber in Amerika selbst der Prozess gemacht werden. Der Minister hat völlig recht, wenn er sagt, man müsste bescheuert sein, wenn man Terroristen nach Bayern holen wollte. Hier darf aber auch die Gegenfrage mit der gleichen Deutlichkeit erlaubt sein: Wie dreist und wie unverfroren muss man sein, Mitgliedern dieses Hohen Hauses zu unterstellen, sie würden tatsächlich Terroristen nach Bayern einschleusen wollen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es gibt noch einen zweiten Grund, der für ein Clearing-Verfahren und eine Einzelfallprüfung spricht. Den Flüchtlingen ist es nämlich nicht zuzumuten, dass nach Jahren ungerechtfertigter Haft unter zum Teil unmenschlichen Bedingungen das Stigma des vorverurteilenden Kollektivverdachts im Aufnahmeland mit unverminderter Härte fortgesetzt wird, möglicherweise auch noch befeuert vom dortigen Innenminister. Das ist den Uiguren in der Tat nicht zuzumuten. Es liegt auch in ihrem Sinne, dass ihre Unschuld von einer europäischen oder deutschen Behörde bestätigt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unsere amerikanischen Freunde haben um Mithilfe gebeten. Sie allein sind mit der Bewältigung des Guantánamo-Problems überfordert. Es ist völlig unstrittig, dass die Hauptverantwortung für die Insassen von Guantánamo bei den USA selbst liegt. Jedoch ist es in der internationalen Politik in den letzten Jahren auf vielen Feldern gelungen, für die gemeinsamen Werte der westlichen Welt gemeinsam einzutreten. Dies sollten wir hier fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wieso sollten wir unseren amerikanischen Freunden gerade jetzt, in einer humanitären Frage, die Solidarität verweigern? Wir können in Bayern 17 unschuldige Flüchtlinge aufnehmen. Wir können das, auch im Sinne dessen, was die frühere FDP-Fraktionsvorsitzende Hildegard Hamm-Brücher über die Menschenrechte gesagt hat. Ich zitiere:

Die Einhaltung und die Stärkung der individuellen und kollektiven Menschenrechte muss anerkannt, ermutigt und gefördert werden, noch mehr als bisher. Menschenrechtspolitik muss den Grundstein für eine Welt in Politik legen, die der gemeinsamen Verantwortung für das Fortbestehen der Menschheit gerecht wird.

Soweit Hildegard Hamm-Brücher im Dezember 1988. Meine Damen und Herren, was waren das für Zeiten. Frau Hamm-Brücher war eine große Liberale in Bayern, für die die Menschenrechte immer unteilbar waren. Hildegard Hamm-Brücher hat niemals, zu keinem Zeitpunkt, die Menschenrechtspolitik auf dem Altar von Koalitionsinteressen oder von Sachzwängen geopfert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund waren wir heute Mittag überrascht, dass CSU und FDP einen eigenen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben. Bei der CSU waren wir überrascht, weil sie noch vor wenigen Tagen, am Donnerstag im Verfassungsausschuss, die Dringlichkeit bezweifelt hat. Sie fragte, ob es überhaupt notwendig sei, diesen Antrag zu behandeln. Es wäre doch überhaupt keine Dringlichkeit zu erkennen. Nun bringt die CSU einen eigenen Dringlichkeitsantrag ein.

Die FDP hat am Donnerstag im Verfassungsausschuss noch einen eigenen Formulierungsvorschlag eingebracht, der unsere Zustimmung fand. Heute bringt sie einen Dringlichkeitsantrag ein, der mit dem Formulierungsvorschlag vom vergangenen Donnerstag nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun hat. Herr Kollege Dr. Fischer, wir haben Ihre Änderungen am vergangenen Donnerstag akzeptiert. Ich frage Sie, warum Sie heute nicht mehr die Formulierung Ihres Änderungsantrags vom vergangenen Donnerstag eingebracht haben. Sie drohen, in diesem parlamentarischen Verfahren zu einer tragischen Figur zu werden.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Keine Sorge!)

Meine Damen und Herren, kann es wirklich sein, dass von Ihrem ursprünglichen Antrag nichts, aber auch gar nichts mehr da ist? In Ihrem ursprünglichen Antrag war von der Aufnahmebereitschaft im Rahmen einer internationalen Lösung die Rede. Heute legen Sie uns einen geänderten Dringlichkeitsantrag vor. Von einer Aufnahme ist darin keine Rede mehr. Die Uiguren werden mit

keinem Wort erwähnt. Statt der Aufnahmebereitschaft der Bayerischen Staatsregierung wird gefordert, dass dem Landtag berichtet werden sollte, und zwar unter Voraussetzungen, die nie erfüllt werden. Meine Damen und Herren, würde man diese Formulierung, wonach dem Landtag berichtet werden sollte, als windelweich bezeichnen, würde man die Firma "Pampers" und alle Babies weltweit beschämen.

Der letzte Punkt dieses Dringlichkeitsantrags setzt dem Ganzen noch eine Krone auf. Hier formulieren Sie, dass ein konkreter Antrag der Vereinigten Staaten von Amerika an die Bayerische Staatsregierung oder an die Bundesregierung notwendig sei, bevor diese Frage im Rahmen eines Berichtsantrags im Bayerischen Landtag behandelt werden könnte. Sie wissen doch, dass Depeschen nicht mehr zu den Usancen gehören, sondern dass solche Fragen im Wege der Diplomatie gelöst werden. Der Dringlichkeitsantrag, den Sie heute eingebracht haben, ist nicht das Papier wert, auf dem er steht, weil die Voraussetzungen dazu nie erfüllt sein werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass sich der Ministerpräsident heute unter uns befindet. Herr Ministerpräsident, ich würde es begrüßen, wenn Sie heute zu dieser wichtigen Menschenrechtsfrage, die weltweit erörtert wird, Ihre persönliche Meinung darlegen würden.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Tagen war viel über die ersten 100 Tage Ihrer Amtszeit zu lesen. Ich habe vor allem eine Anekdote in Erinnerung, nämlich, dass Sie Ihren Führungskräften in regelmäßigen Abständen eine SMS mit der Aufforderung schreiben, sich zu bewegen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist nötig!)

Sie fordern Ihre Führungskräfte auf, eine Revolution anzuzetteln und Führungsqualität zu zeigen. Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen heute nicht per SMS, sondern im Parlament: Heute, hier und jetzt ist die richtige Zeit und der richtige Ort, dass Sie sich in dieser Frage bewegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, heute, hier und jetzt ist die richtige Zeit und der richtige Ort, dass Sie Führungsstärke und Führungsqualitäten beweisen. Meine Damen und Herren, der tiefere Sinn unseres Antrags ist es, unsere innerste Überzeugung deutlich zu machen, dass der Freistaat Bayern, unsere gemeinsame Heimat, ein menschliches Gesicht hat. Verehrte Kollegin-

nen und Kollegen, in diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Rinderspacher, bleiben Sie bitte noch einen Moment am Rednerpult. Ich erteile Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben wohlgesetzte Worte gesprochen. Allerdings erweisen Sie den Menschenrechten einen Bärendienst, wenn Sie die USA ohne ein entsprechendes Ersuchen, in vorauseilendem Gehorsam aus ihrer menschenrechtlichen und rechtlichen Verantwortung vorschnell entlassen.

Die USA sind völkerrechtlich für Guantánamo und für die dortigen Vorgänge verantwortlich. Sie sind nach dem internationalen Recht dazu verpflichtet, unschuldig Einsitzende nicht nur freizulassen, sondern ihnen einen sicheren Aufenthalt zu gewähren und sie für erlittenes Unrecht zu entschädigen. Sie sind dafür verantwortlich, die Verfahren gegen Personen, deren Schuld oder Unschuld noch nicht erwiesen ist, auf rechtstaatliche Art und Weise nach den justiziellen Menschenrechten abzuhandeln.

Insofern schwächen Sie die Menschenrechte, wenn Sie vorschnell, ohne ein Ersuchen der USA, eine Entlassung fordern. Sie sagen, dass das nicht internationalen Usancen entspreche.

(Unruhe)

Ich möchte Sie daran erinnern, dass auch der neue Präsident Obama - wenn Sie der Berliner Rede genau zugehört haben, dann wissen Sie das - sehr deutliche Forderungen in Richtung der Europäer formuliert. Es läuft eben nicht alles im Wege der stillen Diplomatie, sondern gerade im Falle von Menschenrechten sollte man darauf hinwirken, dass sich die Weltmacht USA zu ihrer menschenrechtlichen Verantwortung bekennt.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Professor Bausback, Sie haben sicherlich vernommen, dass ich gesagt habe, die Hauptverantwortung für die Insassen in Guantánamo habe zweifellos Amerika selbst. Das ist völlig unbestritten. Das schließt aber nicht aus, dass die internationale Solidargemeinschaft trotzdem tätig wird.

Sie sagen, es liege kein Antrag vor. Sie haben doch alle in den Zeitungen gelesen, dass unsere Bundeskanzle-

rin Angela Merkel mit Barack Obama über Guantánamo gesprochen hat. Sie haben mitverfolgt, dass Frank-Walter Steinmeier mit Hillary Clinton über Guantánamo gesprochen hat.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Sagen Sie uns, was haben sie gesprochen? - Weitere Zurufe von der CSU)

Das Problem ist also auf der internationalen Agenda. Lesen Sie doch bitte die Zeitung und tun Sie nicht so, als wäre dieses Problem nicht auf der internationalen Agenda, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN - Ernst Weidenbusch (CSU): Das sagt doch keiner!)

Nur deswegen, weil etwas nicht formal in das Parlament eingebracht ist, kann man doch nicht so tun, als würde dieses Problem nicht existieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Problem steht auf der internationalen Agenda. Wenn Sie das nicht akzeptieren, ist das wirklich unrealistisch.

Das schließt ausdrücklich nicht aus, dass sich Bayern und Deutschland hier engagieren - ganz im Sinne dessen, was ich eben aus den Presseerklärungen der FDP-Landesvorsitzenden und der CSU-Stadtratsfraktion in München zitiert habe.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege.

Ehe ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Karsten Klein und anderer und der Fraktion der FDP, betreffend "Verbesserung und Sicherung der Erdgasversorgung Bayerns", Drucksache 16/338, bekannt. Mit Ja haben 100 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 73 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Enthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Bause für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach all den aufgeregten Äußerungen der letzten Tage, die häufig von der Sache

weggeführt haben, möchte ich am Anfang eines hier klarstellen: Es geht um das Schicksal von Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um Menschen, die zum Teil seit sieben Jahren in einem Hochsicherheitsgefängnis jenseits aller Rechtsstaatlichkeit unschuldig inhaftiert sind. Wir reden heute über 17 chinesische Uiguren in Guantánamo, die dringend des humanitären Schutzes bedürfen. Es geht nicht um Machtspielchen; es geht nicht um Koalitionsgezerre; es geht nicht darum, wer sich durchsetzt, wer recht hat und wer nachgeben muss. Es geht darum: Schaffen wir es heute im Bayerischen Landtag, ein Zeichen für Menschlichkeit, Humanität und Menschenwürde zu setzen? Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es geht um eine Menschenrechtsfrage. Kolleginnen und Kollegen, gerade von der FDP, selbstverständlich kann ich mir vorstellen, wie sehr Sie in den letzten Tagen unter Druck gestanden sind. Ich will Ihnen aber auch sagen: Es ist eine Gewissensfrage, über die wir heute entscheiden. Das ist eine Frage der Gewissensfreiheit und keine Frage der Koalitionsdisziplin.

Um welche Menschen handelt es sich? - Ich möchte anonym, ohne einen Namen zu nennen, aus einer Zusammenstellung des Center for Constitutional Rights in den Vereinigten Staaten zitieren, einer internationalen Menschenrechtsorganisation. Diese Zusammenstellung haben meine Kollegen in Berlin Bundeskanzlerin Merkel überreicht, und ich habe sie vor Weihnachten an Ministerpräsidenten Seehofer mit der Bitte geschickt, er möge sehr genau prüfen, in welcher Verantwortung sich Bayern sieht und welches Zeichen Bayern international senden will. Ich möchte daraus einen Fall vortragen, der so ähnlich ist wie der vieler anderer unschuldig inhaftierter Menschen in Guantánamo.

N.N. ist ethnischer Uigure,

- ich sage "N.N.", weil ich keinen Namen nennen will -,

der für die Freilassung aus Guantánamo vorgesehen war. Er ist etwa 35 Jahre alt und hat eine Frau und eine kleine Tochter, die derzeit in Westchina in einer Region leben, in der die Uiguren anhaltend einer ernsthaften und hinreichend dokumentierten Unterdrückung ausgesetzt sind. Nachdem er zusammen mit anderen Uiguren, die vor der religiösen und politischen Verfolgung in China geflohen waren, in einem uigurischen Dorf in Afghanistan Zuflucht gesucht hatte, mussten er und weitere Uiguren mit ihm vor der Bombardierung durch die US-Truppen fliehen. Das führte zu einer späteren

Festnahme in Pakistan, wo er und andere von pakistanischen Kopfgeldjägern für etwa 7.000 US-Dollar an die Vereinigten Staaten verkauft wurden.

Diese Menschen sitzen zum Teil seit sieben Jahren dort. Die US-Regierung, noch die Bush-Regierung, hat feststellen müssen, dass diese Menschen unschuldig sind, dass nichts gegen sie vorliegt und dass sie eigentlich ausreisen könnten. Weswegen sitzen sie heute noch da? - Weil sich kein Land der Welt bereit erklärt hat, diese Menschen aufzunehmen. Nach China können sie nicht zurück; dort drohen ihnen Folter und Todesstrafe. Kein Land auf der ganzen Welt hat sich bereit erklärt, diese Menschen aufzunehmen. Ich sage Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Schande.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FDP)

Es ist eine Schande für die westlichen Demokratien, dass sie dazu nicht in der Lage sind.

Noch ein Zitat aus diesem Menschenrechtsbericht:

Den in Guantánamo inhaftierten Uiguren wurde bereits 2003 zugesichert, dass sie freigelassen würden. Dennoch sitzen 17 einzig wegen eines fehlenden sicheren Landes, in das sie freigelassen werden können, noch ein.

Es ist richtig: Guantánamo ist ein Schandfleck für die Vereinigten Staaten, ist aber auch ein Schandfleck für alle Länder, die sich auf die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gründen. Deswegen dürfen wir nicht sagen, die sind schuld, und die Vereinigten Staaten sollen doch schauen; deswegen ist es auch unsere Verantwortung, schnellstmöglich dazu beizutragen, diesen Schandfleck zu beseitigen. Wir müssen schnellstmöglich Hilfe anbieten und dafür sorgen, dass die Menschen, die dort einsitzen, in sichere Länder ausreisen können. Deswegen diskutieren wir das hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Warum Bayern, warum München? - Kollege Rinderspacher hat es schon erwähnt. In München gibt es seit vielen Jahren die größte uigurische Gemeinschaft in Europa. 500 bis 600 Menschen leben hier. Ich habe seit mindestens zwei Jahren Kontakt zur uigurischen Gemeinde. Im Übrigen ist der stellvertretende Vorsitzende des Münchner Ausländerbeirats Uigure. Er wohnt heute dieser Debatte bei und tut seit vielen Jahren alles in seinen Kräften Stehende, um zum einen auf das Schicksal der Uiguren in der Welt aufmerksam zu machen und zum anderen, um den uigurischen Gefangenen in Guantánamo zu helfen, damit sie endlich eine

sichere Zuflucht finden. Es wäre ein schönes Zeichen, wenn die bayerische Politik deutlich machen würde: Wir möchten, dass diese traumatisierten Menschen aus Guantánamo nach München kommen können, wo sie aufgehoben sind, wo sie ihre Traumata verarbeiten können und wo sie eine neue Heimat finden können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Nun komme ich zum Antrag der Koalition. Ich habe schon zu Anfang gesagt: Dieses Thema eignet sich nicht für Machtspielchen und taktisches Geplänkel. Leider ist der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Koalition geradezu ein Paradebeispiel für diesen aus meiner Sicht absolut nicht mehr zeitgemäßen Politikstil. Er ist auch ein Paradebeispiel für Drückebergerei und peinliches Gezerre.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dieser Antrag wird der Verantwortung, die wir alle haben, in keiner Weise gerecht und fällt weit hinter das zurück, was wir letzte Woche im Rechtsausschuss diskutiert haben und was auch von Vertretern der Koalition geäußert wurde. Im Übrigen sehe ich hier durchaus unterschiedliche Positionen innerhalb der CSU. Im Rechtsausschuss ist deutlich geworden, dass es zwar Hardliner gibt, aber auch Menschen, die sich der Frage offen und bewusst nähern und nicht im Rahmen des üblichen Feindbildes argumentieren wollen.

Ich finde, der Antrag ist nicht nur Wischiwaschi, sondern insbesondere in seinem letzten Absatz in gewisser Weise Hohn. Hier steht: "Bayern ist ein weltoffenes, freiheitsliebendes Land, das seit jeher insbesondere aus politischen oder religiösen Gründen Verfolgten Zuflucht gewährt." - Ich weiß nicht, meine Damen und Herren von der CSU, welche Wahrnehmung der Realität Sie haben. Waren es nicht Sie, die all die Jahre die rigideste Abschottungspolitik hier vertreten haben, die die rigideste Abschiebungspraxis vertreten haben, die sich damit gebrüstet haben, dass die Flüchtlinge hier hinausgeschmissen werden? - Aber jetzt wollen Sie uns hier weismachen, dass Bayern seit jeher eine offene Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik betreibt.

(Georg Schmid (CSU): Tausende aus Jugoslawien!)

Den Anspruch, den Sie hier formulieren, müssen Sie erst einmal erfüllen, Herr Kollege Schmid.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Satz lautet: "Auf dieser Grundlage"- ich hoffe, wir können uns überhaupt auf diese Grundlage

verständigen - "wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag zu berichten, sofern die US-Regierung an die Bundesregierung oder die Staatsregierung im Rahmen einer staatenübergreifenden Lösung mit konkretem Ersuchen wegen des künftigen Aufenthalts einzelner unschuldiger Personen herantritt." Worüber soll denn berichtet werden? Nur sofern die US-Regierung herantritt, soll berichtet werden. Dass sie herantreten ist, oder was? - Da ist kein Inhalt drin und vor allem keine politische Aussage und kein politisches Zeichen. Es geht aber heute darum, dass wir in der Lage sind, zu sagen: Wir hier im Bayerischen Landtag setzen dieses politische Zeichen. Im Rahmen einer internationalen Lösung möchten wir gern die Bereitschaft zeigen, dass die unschuldig in Guantánamo einsitzenden Uiguren hier in München aufgenommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade habe ich eine dpa-Meldung erhalten mit der Überschrift: "Seehofer verhindert mit Machtwort Blamage im Landtag". Weiter heißt es, mit einem Machtwort hat Ministerpräsident Seehofer eine schwere Blamage der schwarz-gelben Koalition im Landtag abgewendet, indem ein Antrag eingereicht wurde. Ich kann mir nicht helfen, ich finde, dieser Antrag ist eine Blamage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Machtwort, Herr Ministerpräsident, sieht aus meiner Sicht anders aus, nämlich so, dass Sie sagen, diese Frage ist eine Menschenrechtsfrage, und deutlich machen, dass Bayern in der Lage ist, international dieses Zeichen zu setzen. Das wäre wirklich ein Machtwort; dieser Antrag ist es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zum Glück ist kein Machtwort des Ministerpräsidenten nötig. Zum Glück müssen nur Sie, Kolleginnen und Kollegen, nach Ihrem Gewissen entscheiden. Ich fordere Sie auf, setzen Sie heute ein Zeichen nicht nur für einen neuen Stil im Bayerischen Landtag, sondern auch für eine neue Politik in Menschenrechtsfragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächster Rednerin für die CSU-Fraktion erteile ich Petra Guttenberger das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die neue US-Regierung bereit erklärt hat, Guantánamo zu schließen. Wir begrüßen das ausdrücklich deshalb, weil es mit unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit in keiner Weise in Einklang zu bringen

gen ist, eine derartige Einrichtung offenzuhalten. Aber damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, dürfte wohl die Gemeinsamkeit erschöpft sein.

Herr Kollege Rinderspacher, ich bin durchaus ein humorvoller Mensch, aber ich frage mich bei Ihrer Rede schon, wo wir eigentlich sind. Sie sagten, unsere Freunde haben uns um Hilfe gebeten. Sie haben richtigerweise auch gesagt, es gab eine gemeinsame Pressekonferenz von Bundesminister Steinmeier und Hillary Clinton. Sie wissen aber doch sicher auch, dass Hillary Clinton gesagt hat, dass es nicht an der Zeit ist und dass die USA auch nicht beabsichtigen, eine Anfrage an die Bundesrepublik Deutschland oder ein anderes Land zu richten. Von wegen "unsere Freunde sind an uns herantreten" - das scheint wohl nicht so zu sein.

Weiter kam der Vorwurf bezogen auf Nummer 3 unseres Antrags, wir würden hier ein Szenario aufbauen, nämlich das Herantreten der US-Regierung an die Bundesregierung oder die Staatsregierung, das nie eintreten wird. Ich frage Sie schon, Herr Rinderspacher: Worüber diskutieren wir denn? Wenn Sie der festen Überzeugung sind, das tritt nie ein, muss ich schon fragen: Warum stellen Sie dann so einen Antrag? - Das ist schon ein sehr fadenscheiniges Manöver, um bestimmte Dinge im Landtag auszutesten. Ich möchte darauf gar nicht näher eingehen.

Für uns steht außer Frage, dass die Verantwortung für die Unterbringung und die Überprüfung der Gefangenen in Guantánamo in einem rechtsstaatlichen Verfahren bei den USA liegt. Da liegt die Priorität. Ich sage auch, und das möchte ich nicht missverstanden wissen: Das ist eine Chance für die neue US-Regierung, einen rechtsstaatlichen Neuanfang zu machen. Dem sollten wir nicht entgegentreten.

(Beifall bei der CSU)

Diese Chance sollten wir der US-Regierung und Hillary Clinton, die ausdrücklich gesagt hat, dass kein Ersuchen gestellt wird, geben. Ich sehe für diesen Antrag keinerlei Rechtsgrundlage oder Notwendigkeit. Wir sind der Ansicht, dass wir uns dann, wenn wir ein entsprechendes Ersuchen vorliegen haben, vom Innenminister berichten lassen, damit wir entscheiden können. Deshalb werden wir unserem Antrag zustimmen und die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen.

Frau Bause, Sie stellen hier immer in den Raum, es gebe 17 uigurische Gefangene, gegen die nichts vorliege.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Guttenberger, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pohl?

Petra Guttenberger (CSU): Nein, ich möchte meine Rede jetzt zu Ende führen.

Sie sagen, das wären absolut unschuldige Damen und Herren. Herr Rinderspacher sagt, das muss man erst einmal überprüfen. Ich muss schon fragen: Was gilt denn jetzt? Wir müssen uns auch vor der Annahme hüten, es wären nur Damen und Herren - ausschließlich Herren - in dem Lager, die zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort waren. Es ist hier sicher von Unschuldigen und nicht Unschuldigen auszugehen, aber festzustellen, wer unschuldig ist und zu Unrecht festgehalten wird, ist Sache eines rechtsstaatlichen Verfahrens. Wir werden unserem Antrag zustimmen, weil wir der Ansicht sind, in erster Linie sind die USA zuständig. Sollte es ein Ersuchen geben, wird es einen Bericht geben, und wir werden eine Entscheidung treffen. Damit ist das Thema von unserer Seite ausreichend diskutiert.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch einen Moment am Rednerpult. Herr Kollege Pohl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FW): Frau Guttenberger, ich bin der Meinung, dass es hier um das Schicksal von Menschen geht und nicht darum, dass wir die amerikanische Innen- oder Außenpolitik bewerten und von einem neuen Anfang sprechen. Das steht uns als Abgeordneten nicht zu.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Guttenberger, bitte.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Kollege Pohl, die Außenministerin der Vereinigten Staaten von Amerika hat deutlich gemacht, dass sie keine Anfrage an die Bundesrepublik Deutschland oder ein anderes Land in diesem Zusammenhang richten wird. Daraus schließe ich, dass sich die USA durchaus in der Lage sehen und auch willens sind, ihre Probleme selbst zu lösen.

(Bernhard Pohl (FW): Das war nicht Gegenstand meiner Zwischenbemerkung!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Dr. Andreas Fischer für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir hier erleben, ist in Wahrheit tatsächlich eine traurige Stunde des Parlaments.

Eine traurige Stunde des Parlaments aber deswegen, weil von beiden Seiten Parteipolitik gemacht wird und von beiden Seiten verhindert wird, dass wir eine Lösung in der Sache finden.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb möchte ich damit beginnen, worin wir uns alle einig sind. Das sind drei Aspekte. Der erste Aspekt ist das Gefangenenlager in Guantánamo. Das Gefangenenlager war nicht nur mit unserem Verständnis von einem modernen Rechtsstaat nicht vereinbar; es war ein Schandfleck für die USA und für die gesamte westliche Wertegemeinschaft.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen deshalb die Absicht der neuen US-Regierung, dieses Lager aufzulösen. Es ist ein wichtiger Schritt für die USA, wieder in die Wertegemeinschaft zurückzukehren.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Aspekt besteht darin, dass die USA als das Land die Verantwortung für dieses Lager tragen, das es eingerichtet hat. Deshalb ist es - ich glaube, darin sind wir alle einig - zunächst Sache der USA, Sorge zu tragen, was mit den Menschen passiert, die unschuldig dort Zeit verbringen mussten und gefoltert wurden.

Zum dritten Aspekt habe ich ebenfalls allgemeinen Konsens festgestellt. Es geht darum, dass wir in Bayern kein Risiko für die innere Sicherheit eingehen und nur solche Menschen aufnehmen wollen, die unschuldig sind. Es geht nicht um al-Qaida-Kämpfer. Es geht um Menschen, die unschuldig in Lagern verbringen mussten, die gefoltert wurden. Da ist ein Symbol wichtig.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der SPD)

Das zeigt aber auch, worum es uns geht. Es geht uns um ein Symbol. Der ursprüngliche Antrag der SPD, der im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen behandelt wurde, sah vor, die Bayerische Staatsregierung aufzufordern, alle 17 uigurischen Gefangenen aufzunehmen und dies ohne internationale Lösung, quasi im Alleingang.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Unschuldigen!)

Einem solchen Alleingang haben wir nicht zugestimmt. Wir halten ihn auch nicht für angemessen. Es ist nicht Sache Deutschlands und Bayerns, hier vorzupreschen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Deshalb haben wir Ihre Formulierung eingebracht!)

Es freut mich deshalb, dass die SPD auf meine Anregung hin zwei wesentliche Verbesserungen aufgenommen hat. Zum einen legt sich der SPD-Antrag nicht mehr auf eine bestimmte Zahl von Gefangenen fest, zum anderen betont er, dass die Lösung im Rahmen einer internationalen Lösung erfolgen muss. Das ist wesentlich mehr als eine bloße redaktionelle Änderung. Ich freue mich, dass die SPD ihre ursprüngliche Auffassung geändert hat.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Eben nicht parteipolitisch!)

Ich sage aber klar, die SPD hat nicht das Recht, sich als asylpolitisches Gewissen aufzuspielen. Ich erinnere an den Fall Kurnaz, wo die SPD verhindert hat, dass jemand nach Deutschland zurückkehren kann, obwohl es viel mehr Gründe gab, ihn in Deutschland aufzunehmen, weil er vorher in Deutschland gelebt hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, uns wird klar, worum es geht. Es geht um das Symbol, dass sich Bayern als Teil einer Wertegemeinschaft an einer Lösung beteiligt und bereit ist, Menschen zu helfen, die unschuldig Opfer geworden sind.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Andreas Fischer (FDP): Eine Zwischenintervention im Nachhinein gerne; eine Zwischenfrage nicht, weil die Zeit nicht reicht.

Wenn es darum geht, Menschen konkret zu helfen, werden wir uns unserer Verantwortung bewusst sein.

Der neue Antrag beinhaltet einige Änderungen. Er stellt im Gegensatz zum SPD-Antrag klar, dass die primäre Verantwortung bei den USA liegt. Das steht ausdrücklich drin. Er geht über den SPD-Antrag hinaus, weil er sich nicht auf uigurische Volkszugehörige beschränkt, sondern alle unschuldigen Personen mit umfasst.

(Franz Maget (SPD): Um Gottes willen!)

Und er stellt zum dritten klar - in diesem Punkt sind wir mit dem Koalitionspartner einig -, dass im Augenblick noch kein konkreter Anlass besteht. Ich sage aber auch ganz klar: Die Berichtspflicht ist weniger als ich mir persönlich gewünscht hätte. Die FDP hätte sich gewünscht, dass in einem solchen Antrag steht, dass dann, wenn die konkrete Anfrage gestellt wird, wir Menschen aufnehmen werden. Das ist die Position der FDP, an der wir nachdrücklich festhalten.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD - Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Für uns ist es keine Frage, dass zu dem Zeitpunkt, wo das Thema tatsächlich aktuell wird - im Augenblick ist es noch nicht aktuell -, die FDP wissen wird, wo ihre Verantwortung für Menschlichkeit und Menschenrechte liegt.

(Beifall bei der FDP - Zurufe der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) und Markus Rinderspacher (SPD))

Die Leute kommen nicht einen Tag früher raus, weil wir einen Antrag beschließen. Da würden wir uns in die eigene Tasche lügen.

(Beifall bei der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Warum haben Sie dann einen Änderungsantrag gemacht?)

Uns geht es darum, klarzumachen, dass wir für ein Symbol stehen. Das ist das Symbol, wenn die Anfrage gestellt wird, weiß die FDP-Fraktion, dass sie für die Menschenrechte einsteht. Den Antrag können wir mittragen, weil wir in der Koalition eine klare Linie vertreten werden, sobald es um eine konkrete Aufnahme geht.

(Beifall bei der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Unglaublich! - Markus Rinderspacher (SPD): Sie können Ihren eigenen Antrag nicht mehr mittragen!)

Die FDP-Fraktion - darauf lege ich Wert - wird sich in Zukunft genau so wie heute für Menschlichkeit, für Menschenrechte und für Freiheit aussprechen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): In Zukunft! - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Um mehr als ein Symbol geht es auch in Ihrem Antrag nicht.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zu einer Zwischenintervention: Herr Maget. Bitte.

Franz Maget (SPD): Herr Kollege Dr. Fischer, Sie haben einige Aspekte benannt, mit denen zumindest der linke Teil des Hohen Hauses übereinstimmt. Die Aspekte sind, dass wir begrüßen, dass das Gefangenenlager aufgelöst wird, das Lager menschenrechtswidrig ist, wir Bereitschaft signalisieren wollen - darauf haben Sie sich eingelassen -, für den Fall eines Hilfsansuchens aufnahmebereit zu sein. Diese Diskussion fand im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen statt.

Trifft es nun zu, dass die Abgeordneten der SPD, der GRÜNEN, der Freien Wähler und Sie selbst dem von Ihnen persönlich formulierten und für richtig befundenen Antrag zugestimmt haben, und trifft es zu, dass exakt Ihre Formulierung, die Sie dem Ausschuss vorgeschlagen haben und dort für richtig befunden haben, heute zur Abstimmung steht? Sind Sie bereit, Ihrem eigenen Antrag, der exakt Ihrer Formulierung entspricht heute zuzustimmen? - Wenn das so ist, müssen Sie dem Antrag der SPD zustimmen, denn es sind Ihre Formulierungen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die SPD die von Ihnen dankenswerter Weise eingebrachten Klarstellungen und Verbesserungen übernommen hat und jetzt zur Abstimmung stellt. Würden Sie mir auch noch zustimmen, dass über die inhaltliche Frage hinaus alles Weitere, was hier geschieht, parteipolitisch motiviert ist? - Nur das ist parteipolitisch motiviert, wenn man dem eigenen Antrag, den man selbst formuliert hat, jetzt nicht mehr zustimmen darf. Das ist Parteipolitik und hat mit der Sache nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Dr. Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Kollege Maget, ich versuche, darauf zu antworten, auch wenn ich eigentlich keine Frage herausgehört habe.

(Zurufe von der SPD)

Wegen meines Abstimmungsverhaltens werden Sie sich noch etwas gedulden müssen. Es ist namentliche Abstimmung beantragt.

(Franz Maget (SPD): Das lässt hoffen!)

Es ist das Wesen der Demokratie, sich zu einigen. Wir sind der Meinung, dass eine Demokratie aus Kompromissen besteht, auch aus solchen Kompromissen, die man im Wege der Koalition finden muss.

(Markus Rinderspacher (SPD): Menschenrechte sind unteilbar und nicht kompromissfähig - so Frau Hamm-Brücher (FDP)!)

Menschenrechte sind unteilbar. Ich möchte aber auch betonen, worum es mir im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen ging. Es ging um eine einstimmige symbolische Entscheidung des Parlaments.

(Christa Naaß (SPD): Und heute ist das anders?)

Ich sage ganz offen: Ich verstehe nicht, warum die CSU-Fraktion sich diesem einstimmigen Signal widersetzt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das sage ich ganz deutlich. Ich sage aber auch, dass wir das einstimmige Symbol nicht dadurch bekommen, dass wir hier eine Spaltung in die Koalition tragen und die Koalition, die erfolgreich arbeitet, an einem Einzelthema scheitern lassen. Das wäre verantwortungslos. Ich verstehe, dass Sie als Opposition das so spielen.

(Franz Maget (SPD): Es geht doch um die Sache! Ihnen geht es um die Koalition; das ist Parteipolitik!)

Ich würde es an Ihrer Stelle genauso machen; Sie werden aber auch verstehen, dass wir dieses Spiel nicht mitmachen.

(Franz Maget (SPD): Das ist Parteipolitik!)

- Das ist Demokratie, Herr Maget.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer. Für die Fraktion der Freien Wähler erhält nun Herr Kollege Streibl das Wort.

Florian Streibl (FW): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Auch uigurische Häftlinge sind mit der Würde einer Person ausgestattet. Dieses Recht als einer Person kann man ihnen nicht nehmen. Dieses Recht, auch wenn es von einer politischen Gemeinschaft eingeschränkt wird, steht ihnen zu. Sie sind Menschen, die ein ungemein hartes Schicksal hinter sich haben, die aus dem kommunistischen China geflüchtet sind, weil sie dort wegen ihrer politischen und ethnischen Herkunft verfolgt werden. Auf ihrer Flucht kamen sie nach Afghanistan und gerieten dort in die Auseinandersetzungen. Sie mussten wieder fliehen vor den Bomben. Aufgrund von Flugblättern, die von den Amerikanern abgeworfen wurden und in denen zur Denunziation aufgefordert wurde, wurden sie an die Amerikaner verkauft. Sie sind Menschen, die ihre Heimat verloren haben und nicht mehr wissen, wo sie hin sollen. Diesen Menschen, die letztlich unschuldig in Guantánamo gelandet sind, zu helfen, ist eigentlich unsere Pflicht und Aufgabe.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Traurig ist nur, dass diese Häftlinge, auch wenn festgestellt wurde, dass sie unschuldig sind - diese Un-

schuld ist hier sehr wichtig -, Spielball der Mächte und des politischen Gezänks wurden. Das spielt sich auch hier in diesem Hause jetzt ab. Und das ist traurig.

Ich denke, früher oder später werden sie zu uns kommen. Wenn es so ist, dass in München die größte uigurische Gemeinde in Europa ist, werden sie hier früher oder später Aufnahme finden. Dazu gehört es, dass wir uns bereit erklären, sie aufzunehmen. Das sollten wir so bald wie möglich tun und unsere Hand ausstrecken.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind hier in einer doppelten Solidarität gefordert. Die Solidarität gilt erstens den Menschen, die unschuldig gefangen sind und denen zu helfen uns möglich ist. Die Solidarität gilt zweitens den USA, deren Außenministerin Clinton erst wieder betonte, dass wir einer der stärksten Partner der USA sind. Wir sind hier mit ihnen solidarisch und sollten ihnen helfen und beistehen, auch in der Aufarbeitung des unglückseligen Guantánamo. Das ist auch Pflicht eines Partners.

Man muss dazu sagen: Das Gefängnis, in dem die Uiguren in Kandahar zunächst inhaftiert waren, wurde auch von 60 KSK-Elitesoldaten der Bundeswehr bewacht. Insofern können wir nicht einfach alle Verantwortung auf Amerika abschieben.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Von daher halte ich auch Punkt 2 des Dringlichkeitsantrags der CSU und der FDP für unredlich. Denn man kann nicht über Jahre hinweg immer betonen, dass die Amerikaner unsere besten Partner sind und dass wir ihnen in der Geschichte sehr viel zu verdanken haben, jetzt aber sagen, dieses Problem haben die USA allein zu verantworten, und die Verantwortung abschieben. Hier nicht solidarisch zu sein, ist eine Schande.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Des Weiteren ist es absolut notwendig, dass hier im Rahmen einer internationalen Lösung gehandelt wird. Denn ein Punkt, an dem sich das ganze Uigurenproblem aufschlüsselt, ist die Tatsache, dass sie aus China kommen und dort verfolgt werden. In Guantánamo sind sie auch von chinesischen Beamten verhört worden, sodass sie nicht mehr nach China zurück können. Jedes Land, das bisher möglicherweise mit dem Gedanken gespielt hat, die Uiguren aufzunehmen, bekam Schwierigkeiten mit der Volksrepublik China. Deswegen ist eine internationale und europäische Lösung hier notwendig. Aber ich hoffe, dass ein bayerischer Mini-

sterpräsident nicht vor einem kommunistischen China kuscht, sondern dass er hier Rückgrat zeigt.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Von daher kann ich den CSU-Antrag nicht unterstützen. Für mich ist er butterweich und ein moralisches Feigenblatt, hinter dem man versucht, sein Gewissen zu verstecken.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Hier ist ein ganz klares Bekenntnis zur Solidarität mit diesen Menschen und mit Amerika absolut notwendig. Dieses Zeichen muss hier gesetzt werden. Hier muss man auch sagen: Jeder einzelne Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verpflichtet. Denn hier geht es um Menschen, die aus diesem Gefangenenlager heraus müssen, und um ihr Leben.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Die ganze Geschichte erinnert mich auch ein bisschen an eine Erzählung, die - glaube ich - bei Lukus, Kapitel 10, Vers 27 steht, wo ein Mann von Jerusalem nach Jericho hinuntergeht.

(Zurufe von der CSU: O mei, o mei! - Zuruf von den Freien Wählern: Das kennen die alle nicht!)

- Ach so, okay. Ich bin froh, dass es damals noch keine CSU-Mitglieder gab; sonst hätte man dem Mann damals gesagt, wie schön es in Bayern ist, und wäre weiter gegangen.

(Zurufe von den Freien Wählern und der SPD: Bravo! - Anhaltender, lebhafter Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Streibl, ich bitte Sie noch mal ans Rednerpult. Das ging jetzt im Beifallssturm unter: Frau Kollegin Schopper erbittet das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Theresa Schopper (GRÜNE): Herr Kollege Streibl, sind Sie mit mir der Meinung, dass die CSU aus den Zeiten des Kirchenasyls nichts gelernt hat und heute im Grunde genommen ein Armutszeugnis bezüglich Barmherzigkeit verdient?

(Zurufe von der CSU: O je! - Alexander König (CSU): Jetzt sind wir aber gespannt, was er sagt!)

Florian Streibl (FW): Sagen wir einmal so: Das "C" im Namen der CSU möchte ich heute an dieser Stelle nicht

erörtern. Das ist eine Sache, die die Kollegen mit ihrem Gewissen vereinbaren müssen.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Streibl. Das Wort erhält jetzt der Herr Innenminister Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren uns einig, wir sind uns offensichtlich immer noch einig, dass Guantánamo nach unserem Menschenrechtsverständnis eine indiskutable Einrichtung ist. Ich denke, wir sollten zunächst einmal nach wie vor feststellen, dass wir gemeinsam froh darüber sind, dass die neue amerikanische Regierung die Einrichtung schließen will, weil sie in der Tat zu dem, was uns in der westlichen Wertegesellschaft, auch in der NATO, mit unseren Aliierten verbindet, nicht passt. Es ist höchste Zeit, dass Guantánamo geschlossen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens. Natürlich ist aber auch klar, dass Guantánamo nicht eine Einrichtung nur zur Inhaftierung von Unschuldslämmern ist. Vielmehr ist, denke ich, auch unbestreitbar - ich hoffe, dass wir uns auch darin einig sind -, dass in Guantánamo im Moment eine Vielzahl von Leuten festgehalten wird, die unmittelbar an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren oder dessen verdächtig sind. Das heißt trotzdem, dass sie nach unserem Verständnis Anspruch auf ein ordentliches rechtsstaatliches Verfahren haben und dass sie nicht ohne richterlichen Beschluss festgehalten werden können. Klar ist aber auch, dass eine ganze Menge an Leuten davon höchst gefährlich ist.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Allgemeinplätze!)

Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass die USA in den letzten zwei Jahren bereits ein paar Gefangene freigelassen haben, nachdem sie sie für unschuldig erklärt haben. Inzwischen wissen wir aber, dass einige dieser Freigelassenen - nicht alle - wieder bei al-Qaida terroristischen Aktivitäten nachgehen. Das ist auch Realität. Deshalb sage ich ganz klar:

(Franz Maget (SPD): Was denn?)

Wenn jemand die Prüfung einzelner Fälle für unzumutbar hält, dann ist das grober Unfug. Natürlich muss jeder einzelne Fall untersucht werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Wer sagt das?)

- Frau Bause hat vorhin erklärt, es sei unzumutbar, die Leute einer nochmaligen Einzelfallprüfung zu unterziehen.

(Widerspruch der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) - Franz Maget (SPD): Sie hat das Gegenteil gesagt!)

- Frau Bause, dann habe ich Sie vorhin falsch verstanden. Es tut mir leid, vielleicht habe ich es vorhin bei der ständigen Unruhe falsch verstanden.

Es ist umso erfreulicher, wenn wir uns einig sind, dass wir jeden einzelnen Fall sorgfältig überprüfen müssen. Es freut mich auch, wenn die Opposition so viel mehr weiß als ich. Nach den Anträgen im Münchner Stadtrat und hier im Landtag wissen einige aber offenbar schon ganz genau, wer unschuldig ist. Sie scheinen es schon zu wissen, bevor eine solche Überprüfung stattgefunden hat. Ich kann das nicht ganz nachvollziehen. Sie hatten offensichtlich die Überprüfung schon durchgeführt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Seien Sie einmal nicht so garstig zu Seppi Schmid! - Franz Maget (SPD): Seppi Schmid sagt: Aufnehmen!)

Ich diskutiere mit Ihnen hier im Landtag und entnehme Ihren Beiträgen, dass Sie die Einzelfallprüfung offenbar schon durchgeführt haben und wissen, wer unschuldig ist. So ist doch Ihr Antrag zu verstehen. So ist doch das zu verstehen, was Sie am letzten Donnerstag erzählt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann ich als Innenminister die Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in Bayern nicht wahrnehmen. Den Menschen in Bayern bin ich zunächst verpflichtet. Wir sind der Sicherheit der Menschen in Bayern verpflichtet, selbstverständlich auch den Menschenrechten weltweit, und dafür setzen wir uns auch ein.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das möchte ich einmal sehen!)

Meine Damen und Herren, völlig klar ist doch, dass die Verantwortung für die Menschen in Guantánamo vorrangig bei den Vereinigten Staaten von Amerika liegt. Wenn dieses Thema in den Landtag gebracht wird, muss dies heute auch eindeutig festgestellt werden. Ich sehe da überhaupt keinen Dissens zwischen den Koalitionspartnern. Ich habe in der vorletzten Woche "Die Zeit" gelesen. Dort hieß es:

FDP-Chef Guido Westerwelle ist ebenso wie Schäuble gegen eine deutsche Zusage zur Aufnahme von entlassenen Guantánamo-Häftlingen.

Wörtlich heißt es - Zitat:

Die USA sind verantwortlich für die Folgen ihres menschenrechtswidrigen Verhaltens, sagte er. Die entlassenen Häftlinge müssten in ihre Heimatländer geschickt werden. Wo das aus rechtsstaatlichen Gründen nicht möglich sei, müssten die USA einen sicheren Aufenthalt ermöglichen, sagte Westerwelle.

(Beifall bei der CSU)

So ist die Situation.

(Markus Rinderspacher (SPD): Frau Leutheusser-Schnarrenberger ist Ihnen wohl wurscht!)

Der Kollege Dr. Hoyer, früherer Staatsminister im Auswärtigen Amt, hat am Freitag im Deutschen Bundestag wörtlich erklärt:

Präsident Obama weiß auch: Zur Zurückgewinnung der Glaubwürdigkeit gehört, dass die USA selbst die Verantwortung für das Unrecht übernehmen, das sie den Insassen von Guantánamo Bay angetan haben. Sie müssen und wollen zeigen, dass sie zu einer Kurskorrektur in der Lage sind, dass sie Fehler eingestehen können und hierfür die Verantwortung übernehmen. Ich finde übrigens: Das, was wir von der Entwicklung der letzten zwölf Monate in den Vereinigten Staaten lernen können, ist die Fähigkeit unserer amerikanischen Freunde zur Selbstkorrektur und zur Wiederbesinnung auf die besten amerikanischen Tugenden und Traditionen.

Das schließt die Möglichkeit eines Aufenthalts der entlassenen Gefangenen in den Vereinigten Staaten und entsprechende Entschädigungen ein. Verantwortung abzuwälzen wäre nur ein Teilerfolg. Das entspricht nicht dem Geist, in dem Präsident Obama seine Präsidentschaft begonnen hat. Deswegen finde ich eine pauschale Angebotspolitik oder eine Übernahmeangebotsüberbietungspolitik daneben.

Für uns Liberale ist klar: Die Vereinigten Staaten sind hier selber in der Pflicht.

So Dr. Hoyer am vergangenen Freitag im Deutschen Bundestag. Ich kann nur sagen: Das ist in der Tat völlig richtig. Das muss auch die Grundlage unserer weiteren Arbeit sein.

Klar ist, dass es Häftlinge gibt, die gefährlich sind. Ich unterstelle, dass wir uns im Hohen Haus darüber einig sind, dass Leute, die gefährlich sind, nicht in unser Land einreisen dürfen. Darin besteht ein Grundkonsens.

Auf der anderen Seite gibt es Leute, die unschuldig sind, oder auch solche, bei denen die Schuld oder Unschuld nach wie vor nicht geklärt ist.

Ich habe es zuvor schon angesprochen. Die USA haben selbst schon die Erfahrung gemacht, dass sie Leute freigelassen haben, die sie für ungefährlich gehalten haben, die sich aber jetzt wieder bei al-Qaida tummeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen, die sich aus sicherlich guten Gewissensgründen sehr deutlich positioniert haben, folgendes sagen: Wenn die amerikanische Regierung bei dem einen oder anderen in Guantánamo tatsächlich davon überzeugt ist, dass er unschuldig und ungefährlich ist, frage ich mich, was den neu ernannten amerikanischen Verteidigungsminister und den neu ernannten amerikanischen Justizminister daran hindert, diese Menschen noch heute Abend aufs Festland der USA zu fliegen und sie freizulassen. Können Sie mir erklären, warum die amerikanische Regierung jemand, der völlig unschuldig ist, nicht noch heute in den USA auf freien Fuß setzt?

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Vielleicht wollen die gar nicht dorthin!)

Ich bin mir völlig darüber im Klaren, dass man eine Reihe von Leuten nicht in ihr Heimatland schicken kann. Darin sind wir uns völlig einig. Erklären Sie mir aber einmal, warum es den Amerikanern nicht möglich ist, jemand, den sie für völlig unschuldig und ungefährlich halten, heute noch in Amerika auf freien Fuß zu lassen. Das ist doch die Realität, meine Damen und Herren. Die Amerikaner sehen sich nicht dazu in der Lage, die Gefangenen in den USA auf freien Fuß zu setzen. Sie wissen aber ganz genau, wen wir sofort morgen in Bayern einreisen lassen können. Merken Sie nicht, wie absurd das ist, was Sie hier erzählen?

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Bitte schön!

Dr. Thomas Beyer (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister Herrmann, eine Frage: Können Sie sich für den Fall, dass Sie unschuldig und ungefährlich sind, aber menschenrechtswidrig in einem fremden Land über Jahre hinweg festgehalten und möglicherweise gefoltert worden sind, vorstellen, dass Ihnen der Sinn nach nichts anderem steht, als in diesem Land Ihre Zukunft verbringen zu wollen? Können Sie sich das vorstellen?

(Zurufe von der CSU - Josef Miller (CSU): Der Steinmeier war ganz begeistert!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Das kann ich mir sehr gut vorstellen. Können Sie sich auch vorstellen, dass selbst Menschen, die nicht den Rest ihres Lebens in den USA verbringen wollen, trotzdem dankbar wären für jeden Tag, den sie früher in Freiheit verbringen könnten, und dass sie es nicht ablehnen würden, wenn sie noch heute abend in Florida oder in Arizona auf freien Fuß gesetzt würden? Darin stimmen Sie mir doch sicher auch zu. Reden wir doch ganz nüchtern darüber.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Bause, Sie haben die große Gemeinde von Uiguren in Bayern, vor allem hier im Großraum München, angesprochen. Sie waren sich nicht zu schade, sich innerhalb von drei Minuten selbst diametral zu widersprechen. Allem, was Sie über die uigurische Gemeinde gesagt haben, stimme ich völlig zu. Das ist doch der beste Beweis dafür, wie weltoffen und tolerant Bayern seit vielen Jahren ist. Die Uiguren sind doch nicht von ungefähr nach Bayern gekommen. Sie fühlen sich hier wohl und fühlen sich auch von uns gut behandelt.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Realität. Das haben wir bewiesen, und das widerspricht allen ihren törichten Erzählungen über die Ausländerpolitik des Freistaates Bayern. Menschen, die unschuldig verfolgt werden und die wegen politischer Verfolgung nicht mehr in ihrer Heimat leben können, haben wir Aufnahme gewährt. Das werden wir auch in Zukunft in vergleichbaren Fällen tun. Sie haben selbst bestätigt, dass sich diese Menschen hier wohlfühlen. Nirgendwo in Deutschland gibt es so viele Uiguren wie hier in Bayern, und die Menschen fühlen sich wohl. Und lieber Herr Streibl, ich habe sonst ja großen Respekt, aber vielleicht merken Sie selbst an dem Beispiel, wie so manches danebenlag, was Sie zum Schluss mit großer Theatralik ausgeführt haben.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, gestern war der Bundesaußenminister bei der amerikanischen Außenministerin in Washington zu Gast. Das State Department hat auf die Homepage die wörtliche Wiedergabe der Äußerungen bei der anschließenden Pressekonferenz gestellt. In den ersten Statements haben sie gar nichts dazu gesagt. Bei den Nachfragen der Journalisten ist dann auch gefragt worden, ob Guantánamo auf der Agenda stand. Dann sagte Hillary Clinton unter anderem:

Its not timely for us to come to Germany or any country with any specific request yet.

Es ist nicht die Zeit für uns, auf Deutschland oder irgendein anderes Land mit einer spezifischen Bitte zuzukommen.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Darauf antwortet Frank-Walter Steinmeier:

(Zuruf von der SPD: Englisch!)

It is not yet the case that any official request has been made to a third country. And all I can say is, that we are going to respond to any such formally request only once they have been made.

Er sagt also ausdrücklich: Es ist noch nicht der Fall, dass irgendeine offizielle Bitte an ein drittes Land gerichtet wurde. Und er sagt wörtlich: "Alles was ich sagen kann, ist, dass wir erst dann daran gehen, eine solch förmliche Frage zu beantworten, wenn sie gestellt worden ist." - Es wäre gut gewesen, wenn Herr Steinmeier sich das schon vor ein paar Wochen überlegt hätte, dass man Fragen erst beantwortet, wenn sie überhaupt gestellt worden sind.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb, meine Damen und Herren, kann ich nur sagen, ist es richtig, was im dritten Punkt des Antrags steht. In dem Moment, wo diese Frage auf die Tagesordnung kommt, in dem Moment, wo sich die US-Regierung mit der Bundesrepublik Deutschland oder mit uns in Bayern in Verbindung setzt, werde ich selbstverständlich dieses Hohe Haus informieren. Dann werden wir sicherlich eine auch den Menschenrechten entsprechende Antwort finden. Aber mit diesem Getöse, das Sie vonseiten der SPD und der GRÜNEN in den letzten Wochen aufgeführt haben, hat das überhaupt nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, wenn Sie so nett wären, noch einmal ans Rednerpult zu gehen. Wir hören eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Bause. Bitte schön.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben gerade von Getöse geredet, von törichten Bemerkungen

(Zuruf von der CSU: Richtig!)

Ich glaube, dass deutlich geworden ist, wer hier Getöse von sich gibt

(Zuruf von der CSU: Sie!)

und wer hier törichte Bemerkungen von sich gibt und wer andererseits seit vielen Jahren versucht, mit allen Möglichkeiten jenseits von dem Getöse, das Sie hier produzieren, in der Sache eine Lösung zu finden. Ich finde, Sie sollten sich mäßigen,

(Lebhafte Unruhe bei der CSU)

weil Ihre Rechthaberei, Ihre Art und Weise, wie Sie hier zum Teil schon verhetzend auftreten,

(Bernd Sibler (CSU): Unverschämt!)

diese Art und Weise nämlich auf Sie zurückschlägt, so dass Sie hier Stimmungen hervorrufen, die Sie später vielleicht gar nicht mehr einfangen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen ein Zitat von Ihnen aus einer dpa-Meldung von letzter Woche vorhalten. Sie sagen, es sei sicher so, dass Guantánamo eine rechtsstaatlich indiskutable Einrichtung sei. Trotzdem würden die Inhaftierten dort nicht völlig grundlos einsitzen. Herr Innenminister, damit fallen Sie hinter alles zurück, was sogar die Bush-Regierung schon eingestanden hat, dass es dort nämlich grundlos und unschuldig einsitzende Menschen gibt. Das sollten Sie sich vorhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Sie bitten zur Kenntnis zu nehmen, dass hier niemand, ich auch nicht, gesagt hat, dass man einen Blanko-Scheck erteilen soll und es keine Einzelfallprüfung geben soll. Natürlich muss, wie in jedem normalen Asylverfahren auch, im Einzelfall geprüft werden. Aber ich bitte darum, dass Sie den Einzelfall akzeptieren, dass Sie diese Menschen ins Asylverfahren hineinnehmen und dass wir heute ein politisches Zeichen setzen, auch wenn noch keine formale Anfrage gekommen ist, dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und diesen schlechten politischen Stil, den Sie hier praktizieren, in Zukunft so nicht mehr haben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin Bause, ich stehe dazu, dass sicher für die allermeisten in Guantánamo gilt, dass sie nicht ohne Grund dorthin gebracht worden sind. Wenn bei Einzelnen in der Tat, was die USA inzwischen einräumen, ein Irrtum vorliegt, wenn sich die Behörden geirrt haben, dann ist es - das habe ich deutlich zum Ausdruck gebracht - höchste Zeit, dass sie freigelassen werden. Das ist überhaupt keine Frage.

Was Sie zweitens zu dem Verfahren gesagt haben, ist es etwas völlig anderes, als Herr Steinmeier in den letzten Wochen diskutiert hat. Steinmeier hat ja eben über die pauschale Aufnahme solcher Leute in unserem Land diskutiert. Beispielsweise nehmen wir in den nächsten Wochen eine ganze Reihe von Flüchtlingen aus dem Irak bei uns auf. Die durchlaufen eben nicht das einzelne Asylverfahren, sondern kommen aufgrund eines Abkommens der Europäischen Union, einer Vereinbarung der Innenminister der EU. Die werden vom UNHCR entsprechend ausgesucht in den Flüchtlingslagern im Libanon, in Syrien und dergleichen. Sie werden nicht im Rahmen eines einzelnen Asylverfahrens zu uns gebracht. Und von einem solchen Verfahren hat bisher der Außenminister gesprochen. Wenn Sie davon sprechen - das war für mich völlig neu -, jeden Einzelnen einem Asylverfahren zu unterziehen, dann ist das etwas Neues. Das haben bisher weder SPD noch GRÜNE in diesem Zusammenhang gesagt.

Man muss über all das vernünftig reden. Dazu bin ich jederzeit bereit. Ich sage Ihnen noch einmal - ich denke, das spricht wirklich für sich, ich kann es nur noch einmal unterstreichen -, wir nehmen irakische Flüchtlinge bei uns auf. Ich sage noch einmal, diese Uiguren fühlen sich hier wohl. Sie haben überhaupt nicht den Eindruck, dass über sie schlecht geredet wird. Sagen Sie mir bitte irgendeinen CSU-Politiker, ein Mitglied der Staatsregierung oder wen auch immer, der in den letzten Wochen irgendein schlechtes Wort über die Uiguren verloren hätte, schon gar nicht über die, die in Bayern leben. Sie reden doch Gespenster herbei. Davon ist doch überhaupt nicht die Rede. Wozu wir stehen, ist, dass die Verantwortung für die Gefangenen in Guantánamo zunächst die USA haben. Aus dieser Verantwortung werden wir sie nicht entlassen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zunächst lasse ich in namentlicher Form über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/340 abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales und auf dem Ste-nografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.38 bis 16.43 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe das Ergebnis dann später bekannt.

Für die beiden folgenden namentlichen Abstimmungen schlage ich vor, jeweils drei Minuten vorzusehen, da bereits alle Kolleginnen und Kollegen im Saal sind.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/346, die ebenfalls namentlich erfolgen soll. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es sind dafür drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 16.44 bis 16.47 Uhr)

Meine Damen und Herren, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Stimmabgabe. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekanntgegeben.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP auf Drucksache 16/357. Die Urnen sind bereitgestellt. Es kann mit der Stimmabgabe begonnen werden. Es sind dafür drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 16.48 bis 16.51 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. - Ich darf darauf hinweisen, dass zu Tagesordnungspunkt 2 Nummer 5, Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, betreffend Volksabstimmung auf Drucksache 16/342, ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Wir fahren jetzt mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge fort.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)
Flexible Handhabung der Mindestschülerzahl in Grund- und Hauptschulen (Drs. 16/341)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u. a. und Fraktion (SPD)
Bestand einzügiger Hauptschulen in Bayern (Drs. 16/350)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lehrerzuteilung für ein- und zweizügige Grund- und Hauptschulen (Drs. 16/356)

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU)

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)

Konzept zur flexibleren Handhabung der Mindestschülerzahl von 15 Schülern an Hauptschulen (Drs. 16/358)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn von den Freien Wählern.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Ministerpräsident, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass sich der Saal im Laufe dieses Tagesordnungspunktes noch etwas füllt und auch der Kultusminister kommt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der Staatssekretär ist da!)

- Na gut, der Staatssekretär ist da.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, einen Augenblick bitte. Ich bitte, erst einmal die Plätze wieder einzunehmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit die Sitzung ordnungsgemäß weiterlaufen kann. Diejenigen, die etwas zu besprechen haben, bitte ich, nach draußen zu gehen.

Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Danke schön. Herr Barfuß hat vorhin gesagt, dass einige Anträge gar nicht dringlich seien. Dieser Antrag mit den Mindestklassenstärken ist dringlich, meine Damen und Herren. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten an den Schulen in Bayern mitbekommen, dass gerade dieses Thema sehr wichtig ist, sodass sie dringend eine Lösung wünschen.

Was ist der Ausgangspunkt? Meine Damen und Herren, der Ausgangspunkt ist, dass die Zahl der Hauptschulen in Bayern immer mehr zurückgeht. 2001 gab es noch 1.700 Hauptschulen, heute sind es 1.000, und weitere 300 sind in den nächsten Jahren extrem in ihrem Bestand gefährdet.

Gerade für den ländlichen Raum sind diese Schulen ein unverzichtbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb ist es wichtig, bei den Mindestklassenstärken anzupacken. Es gibt zum Beispiel ein Schreiben des Kultusministeriums, das letzte, vom 18. April

2008, eine Information an alle Schulen in Bayern, in dem steht: "Die Mindestklassenstärke bei Hauptschulen ist 15 und bei Grundschulen 13." Daran kann man nicht rütteln, und das ist eben auch insgesamt das Problem. Deshalb sind auch viele Schulen in ihrem Bestand gefährdet. Sie zittern jetzt schon - wir kriegen täglich Briefe -, ob sie im nächsten Jahr diese Mindestklassenstärke erreichen oder nicht. Deshalb brauchen wir möglichst schnell eine Lösung.

Immerhin scheint es mittlerweile Bewegung bei den politischen Parteien zu geben. Zum einen sieht man an den nachgeschobenen Dringlichkeitsanträgen, dass dieses Thema wichtig ist, und dann gibt es auch schon viele Zitate. Es steht im Antrag drin, ich möchte aber trotzdem wiederholen, dass Ministerpräsident Seehofer im "Focus" Nummer 42/2008 gesagt hat:

Bildung, da müssen wir etwas korrigieren und die Schulstandorte im ländlichen Raum erhalten. Wieso sollte eine Schulklasse auf dem Land aufgelöst werden, nur weil sie einen Schüler weniger hat als die Norm?

Das ist richtig, was Sie sagen, Herr Seehofer. Aber in den letzten Jahren ist es eben so passiert. Wir unterstützen Ihre Aussage natürlich und fordern Sie auf, das schnell umzusetzen.

Dasselbe gilt für Herrn Staatsminister Spaenle. Er hat sich in den letzten Tagen für eine flexible Handhabung der Mindestklassenstärke ausgesprochen. Zum Beispiel in der "Passauer Neuen Presse" am 22. Januar 2009 lautete die Überschrift: "Spaenle: Mindestgröße der Klassen senken", und im Text stand: Die bisherige Mindestklassengröße von 15 sollte gesenkt werden. Es ist ein Kernproblem, dass wir in strukturschwachen Gebieten Bevölkerungsverlust haben.

Das ist auch in vielen bayerischen Landkreisen ein Problem. Herr Spaenle war vor Kurzem im Landkreis Miltenberg in Leidersbach. Da wurde ihm das von den anwesenden Schulräten gesagt. Ich zitiere: "Uns wäre geholfen, wenn die Mindestschülerzahl flexibel gehandhabt würde, beispielsweise auch Klassen mit 13 Schülern gebildet werden könnten."

Andere Schulen reichen Anträge in den Bildungsausschuss oder Petitionen ein. Das passierte auch im letzten Jahr. Aber Kultusminister Schneider hat dann immer gesagt: "Das geht nicht. Wir müssen den Antrag ablehnen. Das führt nämlich sonst zu einer Neiddebatte, weil andere Schulen es nicht kriegen, sondern nur Schulen, die einen Antrag stellen."

Genau deshalb muss es möglichst schnell gehen. Wir haben uns auch die nachgeschobenen Dringlichkeitsanträge angeschaut. Da schreiben die CSU und die

FDP: Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie das gehen soll. Meine Damen und Herren, wir wollen, dass dieses Konzept möglichst schnell umgesetzt wird. Wir brauchen eine Lösung schon für das nächste Schuljahr und nicht ein Konzept, das vielleicht erst in fünf oder sechs Monaten vorliegt. Sie sehen ja, der Brief geht schon im April an die Schulen hinaus, und sie müssen wissen, wie sie für das nächste Jahr planen. Deshalb hoffe ich, dass dazu eine Stellungnahme kommt. Für die Gelenkklassen oder beim Übertrittsverfahren warten wir schon seit dem 20. Oktober auf ein Konzept der Staatsregierung, und es ist immer noch nicht da. Das muss einfach kommen.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist bis jetzt auch nicht in der Lage gewesen, uns zu sagen, wie groß die Klassenstärken in den einzelnen Schulen in diesem Schuljahr sind. Auf Anfragen und Briefe an Herrn Spaenle ist immer noch keine Antwort erfolgt. Da muss sich vieles verbessern.

Herr Spaenle hat in einer Grundsatzrede in der Hanns-Seidel-Stiftung am 28. Januar das Konzept einer subsidiären Bildungspolitik vorgestellt, einer Bildungspolitik, die auf die Eigenverantwortung des Einzelnen und auf die Lösungskompetenz vor Ort setzt sowie auf Bildungspolitik nah am Menschen. Wir Freien Wähler, meine Damen und Herren, wollen eigentlich das Gleiche erreichen. Wir wollen die kleinen Einheiten stärken und sagen: Vieles lässt sich auch auf örtlicher Ebene viel besser organisieren und umsetzen. Der Staat muss viel mehr als bisher bereit sein, die Betroffenen vor Ort mehr in die Entscheidung einzubeziehen. Das müsste doch eigentlich auch im Sinne der FDP sein.

Die Freien Wähler wollen - das möchte ich ausdrücklich sagen - keine neue Strukturdebatte entfachen. Wir wollen auch keine Ideologien in der Schulpolitik, sondern wir wollen praxisnahe Lösungen, die Eltern, Schülern und Lehren zugute kommen. Dazu ist die Mindestklassenstärke der erste Baustein.

Deshalb mein Appell zum Schluss: Lassen Sie die Schule im Dorf und stimmen Sie dem Antrag der Freien Wähler zu.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Strobl das Wort erteilen.

Reinhold Strobl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist Bildung das oberste Ziel der Landespolitik. Wir brauchen eine gute Bildung für unsere Kinder, das steht im Vordergrund jeglicher Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass dafür kleinere Klassen und entsprechende Lehrer Voraussetzung sind. Wir haben über Jahre weg Anträge gestellt, mehr Lehrer einzustellen. Das ist immer abgelehnt worden.

Wir freuen uns ja, wenn das jetzt möglich ist, wenn mehr Lehrer kommen, wobei wir da natürlich ganz genau hinschauen. Im Zuge der Diskussion über diesen heute zu behandelnden Punkt geht es natürlich auch um Bereiche wie die Lehrerstundenzuweisung; denn sonst kommt immer das Argument, wenn dort die Klassen so klein sind, dann müssen sie woanders größer sein. Darum geht es nicht. Es geht vielmehr darum, die Lehrer nach Möglichkeit zur Verfügung zu stellen, damit solche Dinge, wie sie heute angesprochen wurden, verhindert werden können. Wir wollen als SPD nämlich möglichst wohnortnahe Schulen und kurze Schulwege, damit die Kinder nicht stundenlang auf der Straße unterwegs sind, sondern die Zeit, die sie im Bus verbringen, zum Lernen verwenden können. Ich glaube, das ist sinnvoller.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen auch um die Bedeutung von Schulen in ländlichen Regionen. Wir wissen um die Bedeutung wohnortnaher Schulen und die Verbindung zu den Kommunen. Wir wissen, welche Auswirkungen es für die Kommunen hat, wenn es am Wohnort keine Schule mehr gibt. Deswegen haben wir uns in den zurückliegenden Jahren immer dafür eingesetzt, dass die Schulen am Ort erhalten bleiben. Es sind erst alle Teilhauptschulen geschlossen worden; damals hat man gesagt, sie würden nicht geschlossen, sondern konzentriert. Dann sind die Hauptschulen drangekommen. Das hat natürlich seine Ursachen: Das liegt auch daran, dass steigende Übertrittszahlen zu verzeichnen sind; ich erinnere an die Einführung der R 6. Hinzu kommt der Geburtenrückgang. Schließlich gibt es bisher in Bezug auf die Klassenstärke eine starre Regelung, die übrigens nicht von Gott gewollt ist, sondern in Bayern in den zurückliegenden Jahren irgendwann wieder eingeführt wurde, weil früher die Mindestklassenstärke an der Hauptschule zunächst bei 12 lag, aber dann auf 15 erhöht worden ist.

Es ist schon erwähnt worden, dass in den zurückliegenden Jahren die Anzahl der Hauptschulen von 1.700 auf 1.000 gesunken ist. Wir können davon ausgehen, dass mindestens weitere 300 Hauptschulen geschlossen werden, wenn sich hier nichts Grundlegendes tut. Dazu gab es in den zurückliegenden Jahren mehrere Beispiele und Petitionen an den Bayerischen Landtag. Beispielsweise gab es Kommunen, die bestrebt waren, für ihre Kinder etwas zu tun, und Geld - Millionenbeträge! - in die Hand genommen haben, die Schulhäuser saniert und entsprechende Räumlichkeiten zur Verfü-

gung gestellt haben. Dann hat zur Klassenbildung auf einmal ein Kind gefehlt und dann war die erste Klasse weg. Und wenn eine Klasse weg war, war das meistens der Anfang vom Ende. Dann konnte man davon ausgehen, dass die ganze Hauptschule über kurz oder lang geschlossen wird.

Es hat schon paradoxe Dinge gegeben. Zum Beispiel wurde einmal eine Petition aus Tännesberg eingereicht, wonach die ganze Klasse nach Pleystein fahren musste, weil ein Kind gefehlt hat, während in Pleystein angesichts der Schülerzahlen trotzdem zwei Klassen gebildet wurden. In diesem Fall hat man sich also nicht einmal eine Klasse, nicht mal einen Lehrer gespart, waren aber die Kinder eine Stunde länger auf der Straße. Das ist schon bezeichnend. Ich erinnere mich zum Beispiel auch an die Petition von Plech. In der diesbezüglichen Stellungnahme der Regierung von Oberfranken steht, dass in sehr vielen Gemeinden die Schulen geschlossen werden müssten, selbst wenn die Geburtenzahl wieder auf 40 steigen sollte. Man stelle sich einmal vor: 40 Kinder in einer Kommune.

Ich muss auf die Uhr schauen, deswegen zu unseren Anträgen. Wir haben bereits im vorigen Jahr einen Antrag in dieser Richtung gestellt. Dieser Antrag ist von der CSU abgelehnt worden. Wir freuen uns, dass dieses Thema heute wieder auf der Tagesordnung steht. Wir unterstützen natürlich auch andere Anträge und gehen sogar so weit, dass wir sagen, okay, wir unterstützen auch den Antrag der CSU. Wir würden uns natürlich umgekehrt auch freuen, wenn Sie unsere Anträge genauso unterstützten. Es ist schon interessant, dass in diesem Antrag der SPD steht, dass man nicht überlegt, ob, sondern dass man heute schon überlegt, wie eine flexible Lösung herbeigeführt werden kann. Das ist schon einmal ein Quantensprung und etwas Neues. Das hat man bisher überhaupt nicht für nötig befunden.

Ich bitte Sie eindringlich, unseren Anträgen zuzustimmen. Wir wünschen uns natürlich von der CSU, die in ihrem Antrag von der Umsetzung eines Konzeptes schreibt, dass dieses Konzept umgehend kommt und nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag;

(Beifall bei der SPD)

denn es geht hier um die Kinder, es geht um die Schulen am Land und um die Zukunft unserer Kommunen.

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Eisenreich. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler betrifft ein wichtiges Anliegen, auch von uns. Es geht um den Erhalt der wohnortnahen Schulen.

Dies ist wichtig für die Schüler, aber auch für die Gemeinden, wie Sie es gesagt haben. Schulen bedeuten immer Leben in den Gemeinden, aber auch Attraktivität. Deswegen wurde dieses Thema auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen, weil es die Menschen bewegt und hier Lösungen notwendig sind. Die Menschen erwarten aber auch, dass man sie ernst nimmt und mit ihnen ehrlich umgeht. Deswegen muss man auch sagen, was haltlose Versprechungen sind und was machbar ist.

Ich möchte deswegen auf drei Punkte eingehen; erstens auf das, was Bayern schon tut. Ich möchte das auch mit Zahlen belegen. Zweitens ist es wichtig, zwischen Grund- und Hauptschulen klar zu unterscheiden. Drittens ist es, wenn ich auf die Konsequenzen zu sprechen komme, wichtig, die Perspektiven der Schüler zu stärken, weil es tatsächlich um die Schüler geht, wie der Kollege gesagt hat.

Was tut Bayern bereits? Dazu muss man sagen: Die Mindestschülerzahl, also die Schülerzahl, die man zur Bildung einer Klasse braucht - 13 Schüler an den Grundschulen und 15 Schüler an den Hauptschulen -, ist nicht etwa hoch, sondern im Vergleich mit den anderen Bundesländern niedrig. Allein dies zeigt schon, dass Bayern auf diesem Gebiet etwas tut. Ich möchte das konkretisieren: Eine Grundschule braucht in Bayern zur Klassenbildung 13 Kinder, in Baden-Württemberg 16, in Brandenburg 15, in Nordrhein-Westfalen 18, in Sachsen und Schleswig-Holstein jeweils 15 Kinder. Nur ein Bundesland ist besser. Bei den Hauptschulen beträgt die Mindestschülerzahl 15. Hier liegt eine ganze Reihe von Ländern über unserer Mindestzahl, einige Länder haben die gleiche Zahl, nur ein Land ist besser. Ich nenne diese Zahlen, damit man weiß, dass Bayern auf diesem Gebiet viel tut, um die Schulen wohnortnah zu erhalten.

Leider enthalten die Anträge nicht die uns wichtige Unterscheidung zwischen Grund- und Hauptschule. Unser Argument heißt: Kurze Beine, kurze Wege. Je kürzer die Beine, also je jünger die Schüler, desto wichtiger ist dieses Argument. Damit brauchen wir die Grundschule auf jeden Fall im Dorf. Wir sehen dazu erstens niedrige Mindestschülerzahlen vor. Zweitens haben wir ein bewährtes und pädagogisch gutes Instrument, nämlich die jahrgangskombinierten Klassen. Die Anzahl dieser jahrgangskombinierten Klassen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, und sie finden, wenn es um den Erhalt des Schulstandorts geht, bei Eltern und Schülern eine hohe Akzeptanz. Deswegen besteht hier aus meiner Sicht kein Handlungsbedarf.

Ich komme jetzt zur Hauptschule. Da ist es wichtig, in unsere Überlegungen ein paar Argumente mehr einzuführen. Der Weg zur Schule ist also unbestritten wichtig.

Die Nutzung von Schulgebäuden, in die die Gemeinden viel investiert haben, ist auch wichtig. Das Bedürfnis der Gemeinden, Leben am Ort zu erhalten, ist ebenfalls sehr wichtig. Aber dies sind nicht die einzigen Argumente. Die Hauptschule ist nämlich - anders als die Grundschule - eine weiterführende, berufsvorbereitende Schule. Deswegen muss die Hauptschule für die Schülerinnen und Schüler ein differenziertes Angebot haben. Da ist es nun einmal so: Je kleiner die Klassen sind, desto weniger Profil- und Wahlangebote gibt es.

Ich komme nun auf die Konsequenzen zu sprechen. Wir haben also bei den Grundschulen eine niedrige Mindestklassengröße und mit den jahrgangskombinierten Klassen ein gutes Instrument, um die Schule vor Ort zu erhalten. Bei den Hauptschulen brauchen wir eine flexiblere Handhabung der Mindestschülerzahl, um zum Beispiel auf die Besonderheiten vor Ort einzugehen. Deshalb haben wir heute beantragt, dass die Staatsregierung ein Konzept erarbeitet, wie eine flexiblere Handhabung der Mindestschülerzahl verwirklicht wird. Eines möchte ich aber auch deutlich sagen: Was wir nicht brauchen - und zwar unabhängig von der Finanzierung - sind Hauptschulklassen mit zehn Schülern. Hier muss ich den Freien Wählern widersprechen, und zwar aus pädagogischen Gründen. Hauptschulklassen mit zehn Schülern helfen den Schülerinnen und Schülern nicht. Wir brauchen an einer weiterführenden und einer berufsvorbereitenden Schule auch eine gewisse Attraktivität, und nicht nur die Nähe zur Schule. Wir brauchen attraktive Schulen mit Profil und Wahlangeboten. Ich bin deshalb aus pädagogischen Gründen gegen Mini-Klassen mit zehn Schülern.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Zu sowas klatscht ihr Beifall!)

Neben der Flexibilisierung müssen Hauptschulen Verbünde und Verbände bilden, die den Schülerinnen und Schülern ein qualitativ hochwertiges und differenziertes Profil und ein Wahlangebot bieten können. Das gehört zur Wahrheit. Mit Debatten ausschließlich über Klassengrößen helfen wir den Schülerinnen und Schülern nicht und wir steigern damit auch nicht die Attraktivität der Hauptschulen. Wir brauchen eine flexiblere Handhabung, um auf Besonderheiten vor Ort reagieren zu können. Eine solche Besonderheit kann zum Beispiel ein Neubaugebiet sein, sodass absehbar ist, dass im nächsten Jahr die Schülerzahl höher sein wird. Mini-Klassen brauchen wir im Interesse der Schülerinnen und Schüler nicht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Eisenreich, kommen Sie bitte noch einmal ans Mikrofon. Ich

erteile Frau Kollegin Gottstein zu einer Zwischenintervention das Wort.

Eva Gottstein (FW): Herr Kollege Eisenreich, geben Sie mir Recht, wenn ich sage, dass es sehr wohl Länder gibt, in denen die Klassenstärken unter zehn Schülern liegen und dass dort trotzdem gut unterrichtet werden kann? Geben Sie mir außerdem Recht, wenn ich sage, dass an der Hauptschule trotz aller Berufsvorbereitung durch eine Beschränkung auf Kernkompetenzen eine große Differenzierung nicht notwendig wäre?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Eisenreich möchte darauf nicht mehr eingehen.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie darüber informieren, dass die CSU-Fraktion zum interfraktionellen Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion eine namentliche Abstimmung beantragt hat. Die namentliche Abstimmung wurde im Haus bereits durchgegeben, so dass wir sie am Ende der Aussprache durchführen können.

Ich erteile Herrn Kollegen Gehring das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, so viele schöne Worte zur Stärkung der Hauptschulen zu hören. Wenn man sich die ganzen Stärkungs- und Impulsprogramme der letzten Jahre ansieht und sich die Rhetorik anhört, hat man das Gefühl, die Hauptschule könnte vor lauter Kraft nicht laufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsächlich ist die Hauptschule jedoch das schwächste Glied im gegliederten Schulwesen. Sie geht einer schlechten Zukunft entgegen. Die Schülerprognosen weisen nach unten. Wenn die Hauptschule kein gutes Angebot machen kann, wird sie als Schule im ländlichen Raum nicht überleben. Es muss etwas verändert werden. Jeder, der zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, dass Schulstandorte im ländlichen Raum mit der Sekundarstufe I nur eine Zukunft haben werden, wenn mehr Kinder aus den Dörfern und den Gemeinden auf diese Schulen gehen. Das wird nur dann der Fall sein, wenn die Schüler dort einen Realschulabschluss machen können und danach die Möglichkeit haben, zur gymnasialen Oberstufe zu gelangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der "Allgäuer Zeitung" ist heute nachzulesen, dass im Kleinwalsertal eine solche Mittelschule eingerichtet wird. Dort können die Schüler einen Realschulabschluss erwerben und haben anschließend die Möglichkeit, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen. Als Grenzlandbewohner in Bayern muss ich mich fragen,

wo die modernere Bildungspolitik betrieben wird, in Vorarlberg oder in Bayern.

Der Antrag der Freien Wähler fordert eine lebensverlängernde Maßnahme für die Hauptschulen, aber keine lebensrettende Maßnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir unterstützen natürlich im Interesse der Eltern und der Kommunen das Begehren, kleinere Klassen einzurichten. Wir brauchen mehr Flexibilität. Wir haben in der letzten Legislaturperiode bereits einen entsprechenden Antrag eingereicht. Das Problem besteht bei der Lehrerzuweisung: Gegenwärtig besteht die Situation, dass den Schulen für jeweils 22,3 Schüler vom Schulamt ein Lehrer zugewiesen wird. Der Schulrat muss diese Lehrkräfte auf die Schulen verteilen. Die Personaldecke ist aber zu dünn. Wenn der Schulrat den kleinen Klassen eine Lehrkraft gewährt, muss er sie den großen Schulen wegnehmen.

In den Anträgen der CSU, der SPD und der Freien Wähler wird vorgeschlagen, dass mehr Personen unter diese Decke schlüpfen sollen. In diesem Fall würde jedoch der eine dem anderen die Decke wegziehen. Darunter würden die großen Schulen leiden. Wir haben deshalb in unserem Antrag eine neue Lehrerzuweisung gefordert, wonach kleinere Schulen bei der Lehrerzuweisung so behandelt werden sollen, als ob sie 22,3 Kinder hätten. Dann hätten wir mehr Lehrer an den Schulen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen keine weiteren Worte zur Stärkung der Hauptschule und zur Stärkung der Schule im ländlichen Raum. Wir müssen jetzt etwas tun. Damit wir etwas tun können, müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Nur dann sind Ihre Anträge glaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): (vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir Liberalen haben in der Bildungspolitik ein großes Ziel: Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler den für ihn bestmöglichen Abschluss erreicht.

(Beifall bei der FDP)

Zum Antrag der Freien Wähler: Auch uns ist es ein großes Anliegen, dass Grundschulen erhalten bleiben.

Wir haben aber bereits eine Mindestschülerzahl von 13 Schülern pro Klasse. Im Übrigen ist die geforderte Flexibilisierung bei den Grundschulen bereits Realität. Zu den jahrgangskombinierten Klassen gibt es pädagogische Konzepte und Evaluierungen, die sehr gut ausgefallen sind. Mit diesem Modell bleiben die Schulen im Dorf. Lassen Sie sie bitte dort.

(Beifall bei der FDP)

Mit diesem Modell können Grundschul Kinder in ihrem gewohnten Umfeld unterrichtet werden und sie haben kurze Schulwege. Bei den Hauptschulen hat für uns der Abbau großer Klassen absolute Priorität. Jeder Schüler muss die Möglichkeit haben, gemäß seinen Neigungen und seinen Fähigkeiten zu lernen. Deshalb ist es für uns das Wichtigste, nicht die Mindestschülerzahl, sondern die Höchstschrülerzahl pro Klasse zu reduzieren. Wir haben dafür gekämpft, in Bayern bald sehr viel mehr Lehrer zu bekommen, als wir im Moment haben. Wir haben hier viel erreicht. Die Zahl der Lehrkräfte ist jedoch begrenzt. Lehrkräfte wachsen nicht unendlich auf den Bäumen. Deshalb müssen wir unsere Ressourcen im Sinne der Schüler sinnvoll einsetzen. Hier ist verantwortungsvolles Handeln gefordert.

(Beifall bei der FDP)

Wir nehmen es nicht länger hin, dass es Hauptschulklassen mit bis zu 30 Schülern gibt. Gerade Schüler aus schwierigen Verhältnissen oder Schüler mit einem Migrationshintergrund verdienen bessere Chancen. Wir wollen - das steht auch in unserem Antrag -, dass die Klassenbildungsrichtlinien flexibilisiert werden. Eine Senkung des Klassenteilers auf zehn würde jedoch vollkommen über das Ziel hinausschießen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meiner Meinung nach wäre es zutiefst ungerecht, wenn es einerseits Klassen mit 30 Schülern und andererseits Klassen mit 10 Schülern gäbe. Das wäre für Schüler und Lehrer nicht zumutbar. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, noch ungerechter wäre es aber, diese Mini-Klassen bei den Lehrerstunden so zu behandeln, als hätten sie 23 Schüler.

(Simone Tolle (GRÜNE): Bei den Kindergärten wird das so gemacht!)

Erklären Sie das einmal in den Gegenden, in denen die Lehrer und die Eltern darauf warten, dass die Klassenstärken reduziert werden, damit wieder ein guter vernünftiger Unterricht erteilt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Sandt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Gehring?

Julika Sandt (FDP): (vom Redner nicht autorisiert) Sie können im Anschluss an meine Rede eine Zwischenintervention machen.

Lassen Sie mich eines sagen: Mit einer Verringerung der Mindestschülerzahl auf zehn an diesen Hauptschulstandorten wäre den dortigen Schülern nicht einmal gedient. Die Wahlmöglichkeiten wären eingeschränkt und damit auch die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Schüler. Wir wollen, dass die drei wählbaren Bildungsschwerpunkte an so vielen Standorten wie möglich erhalten bleiben können. Wie wollen Sie das denn bei zehn Schülern pro Klasse machen? Wollen Sie da drei in den gewerblich-technischen Zweig schicken, drei in den kommunikationstechnischen Zweig und zwei in den hauswirtschaftlich-sozialen Zweig?

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FW))

- Das ist doch vollkommen absurd, Frau Kollegin.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir wollen die Qualität der Bildung mit sinnvollen Maßnahmen verbessern. Wir wollen zum Beispiel erreichen, dass es mehr Schulverbünde gibt, die auch zusammenarbeiten, wodurch bessere Wahlmöglichkeiten geschaffen werden können.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine sinnvolle bildungspolitische Maßnahme. Wir wollen vor allen Dingen, dass Schüler in Hauptschulen gerade auf dem Land gute Aufstiegsmöglichkeiten bekommen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das wollen wir durch Kooperationsmodelle erreichen, damit jeder Schüler die Möglichkeit hat, einen Real schulabschluss zu erreichen. Das ist ein großer Schritt. Das Wohl der Kinder ist Maßstab einer vernünftigen Politik, und danach handeln wir.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Für eine Zwischenintervention erteile ich das Wort Herrn Kollegen Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Kollegin, ist Ihnen das bisherige Verfahren der Lehrerrzuweisung bekannt? Das geht so: Ein Schulrat, der in seinem Sprengel Schulklassen mit 18, 19, 27, 28 oder 22 Schülern hat, bekommt so viele Lehrer zugewiesen, als wären in

jeder Klasse 22,3 Schüler. Dann muss er die Schüler verteilen und den Klassen mit 17 Schülern genauso viele Lehrer geben wie den Klassen mit 28. Gerade große Klassen leiden unter diesem Verfahren, weil sie zu wenige Lehrerstunden bekommen, während unser Vorschlag dafür sorgen würde, dass in diesen Sprengel mehr Lehrer kommen. Lehrerinnen und Lehrer wären dann gerechter verteilt, was sich gerade zugunsten der großen Schulen auswirken würde.

Julika Sandt (FDP): (vom Redner nicht autorisiert) Dann verstehe ich aber Ihren Antrag nicht. Dann müssten Sie praktisch fordern, dass in Klassen, in denen mehr Schüler sind, die Schülerzahl auf 22 gesenkt wird. Das ist doch absurd.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Nun hat sich zu einer Zwischenbemerkung Herr Kollege Felbinger gemeldet. Bitte schön.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Es geht einfach um eine gerechte Zuweisung!)

Günther Felbinger (FW): Verehrte Kollegin Sandt, ich weiß nicht, ob Sie unseren Antrag richtig verstanden haben, weil Sie die ganze Zeit von einer Mindestschülerzahl von zehn reden.

(Julika Sandt (FDP): Das steht in der Begründung!)

- Das gilt in Ausnahmefällen. Wir haben ganz klar formuliert: grundsätzlich 13 für die Grundschule und 15 für die Hauptschule, aber in Ausnahmefällen 10. Wir wollen damit erreichen, dass die Schule im Dorf bleibt. Das fordern Sie zwar auch, aber Sie wollen das in einer anderen Art und Weise erreichen, nämlich über die Schulverbände. Das ist etwas ganz anderes.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Julika Sandt (FDP): (vom Redner nicht autorisiert) Das ist eine sinnvolle Maßnahme, um die Wahlmöglichkeiten zu verbessern. Wir müssen überlegen, wie wir eine gute Schulversorgung und einen guten Unterricht auf dem Land erreichen können. Dafür kämpfen wir. Im Koalitionsvertrag haben wir mit den Kooperationsmodellen dafür sehr viel erreicht.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Dr. Spaenle das Wort erteilen.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Es gilt, ein hohes

Gut zu sichern und fortzuentwickeln. Das ist die wohnortnahe weiterführende Schule. Bei der Hauptschule haben wir mit einem Zahlenphänomen zu kämpfen. An der Hauptschule gibt es annähernd so viele Schüler wie an der Realschule. Wir haben etwa 1.000 Hauptschulstandorte und um die 400 Realschulstandorte. Viele ursprünglich mehrzügige Hauptschulstandorte sind aufgrund von Wanderungsverlusten und Schulortwahl zu einzügigen Hauptschulstandorten geworden.

Es ist ausdrückliches Ziel der Koalition, so viele Standorte wie möglich solange wie möglich wohnortnah zu erhalten. Dafür hat die Koalition ein Maßnahmenbündel ins Auge gefasst. Der eine Aspekt ist die Schulorganisation. Mit einem hochambitionierten, standortbezogenen, differenzierten Schulverbandssystem - das haben Kollege Eisenreich und Kollegin Sandt angesprochen - wollen wir versuchen, die Stärke der Hauptschule zu erhalten, nämlich ihr besonderes Profil und die Modularisierung vor Ort.

Die zweite Frage ist die Klassengröße; Kollege Eisenreich hat es angesprochen. Wir haben die im Bundesvergleich sehr günstige Klassenmindestgröße von 15 und Klassengrößen bis hin zu 30 Schülern. Die Koalition hat sich auf eine flexiblere Handhabung der Mindestschülerzahl verständigt. Eine Absenkung, um wie viele Schüler auch immer, würde das Problem nicht lösen. Die Schülerzahl an Hauptschulstandorten wird geringer. In den kommenden Jahren wird ein Verlust von bis zu 20 % der Schülerzahlen an Hauptschulen prognostiziert. Dem ist Rechnung zu tragen. Deshalb ist eine konzeptionelle Überlegung notwendig, wie man mit einer flexibleren Lösung im Zusammenwirken mit dem Schulverband und schulorganisatorischen Maßnahmen ein Netzwerk schaffen kann, mit dem das Ziel erreicht wird - das, wie ich verstanden habe, alle teilen -, an möglichst vielen Standorten möglichst lange Hauptschulangebote zu erhalten. Gleichzeitig soll die Stärke der Hauptschule am einzelnen Standort erhalten bleiben, und ihre Profile sollen den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt werden. Das ist das politische Hauptziel der Koalition.

Die Koalition ist noch keine 100 Tage im Amt. Wir haben im Koalitionsvertrag zehn Hauptaufgaben, eine davon ist die Strukturentwicklung der Hauptschule. Eine weitere - Kollegin Sandt hat es angesprochen - ist die Senkung großer Schülerzahlen in Klassen. Wir werden das in der gebotenen Konsequenz und mit der notwendigen Qualität tun und mit Ihnen in den kommenden Wochen die identifizierten politischen Ziele Punkt für Punkt abarbeiten.

Ich verstehe die Antragsteller so, dass wir uns dem Ziel, die Hauptschule sowohl in der Fläche als auch in verdichteten Ballungsräumen zu entwickeln, gemeinsam

nähern wollen. Wir haben damit zu kämpfen, dass die Hauptschulen mit Anforderungen konfrontiert sind, denen andere Schularten in dieser Form nicht begegnen. Auch da werden wir uns - so verstehe ich die heutige Debatte - mit guten Rezepten aufeinander zubewegen. Ich halte den Antrag, ein Konzept vorzulegen, das die Notwendigkeit einer flexibleren Handhabung der Mindestschülerzahl mit den übergeordneten Zielen der Hauptschulinitiative verbindet, für den richtigen Weg.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sprinkart?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Gerne, ich bin mit meinen Ausführungen bereits am Ende.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie sagen, eine Absenkung der Klassenstärke würde den Hauptschulen nichts bringen. Gleichzeitig sprechen Sie sich für eine flexiblere Klassengröße aus. Bedeutet "flexiblere Klassengröße" ab 15 aufwärts, oder kann das in Einzelfällen auch bedeuten, dass die Klassenstärke unter 15 Schüler beträgt?

Meine zweite Frage: Sie wollen eine Schwerpunktsetzung. Welche Klassenstärke braucht man denn, um bei einer einzügigen Schule überhaupt eine Schwerpunktsetzung machen zu können?

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich gehe zunächst auf Frage zwei ein. Ich habe versucht, Ihnen darzulegen, dass eine Hauptschule ihre Stärke am besten in mehrzügiger Form und bei einer gewissen Mindestgröße entfalten kann, weil nur dann die ganze Angebotspalette zur Verfügung steht. Mit intelligenten Verbundlösungen kann dem nahegekommen werden. Eine niedrige Klassenstärke ist natürlich auch ein pädagogischer Eigenwert, wobei es eine kritische Größe gibt, ab welcher der Betreuungsvorteil durch die geringere Klassenstärke nicht mehr steigerbar ist.

Nun zur Frage, was das Wort "flexibel" bedeutet: Ich bin so flexibel, dass ich an Gewicht abnehme und an Gewicht zunehme.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich darf Sie bitten, noch einen Moment am Rednerpult für eine Zwischenintervention des Kollegen Pfaffmann zu verbleiben.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Ich habe mich gemeldet, weil mich die Äußerungen des Ministers und von Kollegen aus der CSU über den Erhalt der wohnortnahen Schule reizen. Können Sie mir vielleicht einmal sagen, warum Sie um Himmels willen alle Teilhauptschulen in den letzten Jahren geschlossen haben?

(Beifall bei der SPD)

Können Sie mir die Frage beantworten, warum Sie um Himmels willen vor zwei Jahren 1.200 Hauptschullehrerstellen gestrichen haben?

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es unerträglich, dass Sie sich hier als Retter der wohnortnahen Schule präsentieren, wenn Sie sozusagen der Totengräber der Hauptschule in den letzten Jahren waren.

(Beifall bei der SPD)

Um keine Geschichtsklitterung und Legendenbildung zuzulassen: Sie haben mit Ihrer Politik der letzten Jahre dazu beigetragen, dass die Hauptschulstandorte sterben werden. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann, möchten Sie, dass der Herr Staatsminister auf Ihre Anmerkungen eingeht? - Dann wenden Sie sich doch bitte an ihn und nicht an das Plenum.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Entschuldigung, ich schaue ihn wirklich gern an.

Präsidentin Barbara Stamm: Ja, das ist schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, vielleicht können Sie doch noch eine Frage klären. Der Ministerpräsident hat in einer Zeitung - ich weiß nicht, welcher - eine kritische Frage gestellt. Kein Mensch kann mir erklären, so der Ministerpräsident, warum eine Klasse 13 und nicht 12 oder 10 oder 15 Schüler haben soll. Vielleicht können Sie zu einer Erklärung beitragen.

Zum Schluss: Können Sie mir erklären, was es bedeutet, wenn man sagt, es würde pädagogisch gesehen nichts nützen, wenn man Klassen mit 10 Schülern hätte? Das hat die Kollegin gesagt. Was soll das denn für eine Nummer sein? Sie wissen doch, je kleiner die Gruppen sind, umso besser können Kinder individuell gefördert werden. Alles andere ist doch ein organisatorisches Problem und kein pädagogisches.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann, Ihre Zeit ist um.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Wer so etwas sagt, hat individuelle Förderung nicht verstanden.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Kollege Pfaffmann, Wortwahl und Lautstärke obliegen Ihnen, das möchte ich nicht kommentieren.

Die Teilhauptschule ist mit einer leistungsstarken Hauptschule, die Profil entwickelt und unterschiedliche Begabungen und Neigungen fördert, nur defizitär in Einklang zu bringen. Darüber sind wir uns wohl einig.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, eine zusammenhängende Hauptschule von der 5. bis zur 9. Klasse ist der richtige Ansatz, weil man dort mit drei Profilen arbeiten und mit der Modularisierung Stärken nützen kann.

Ich komme zu der Frage, inwieweit kleine Klassen und Betreuungstärken pädagogische Vorteile haben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich freue mich immer, wenn ich es schaffe, dass Sie Ihre Emotionen dem Thema zuwenden.

Dass eine kleine Zahl von Schülern in einer Klasse einen Eigenwert hat, habe ich gerade ausgeführt. Ob das beim Anstieg Ihres Blutdrucks vielleicht an Ihnen vorübergegangen ist, weiß ich nicht. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass das einen hohen Eigenwert hat und dass man das in Ansatz bringen muss gegen die Tatsache, dass eine einzügige Hauptschule an einem Standort nicht immer die speziellen Fertigkeiten und Stärken vermitteln kann, die die Hauptschulinitiative, die mein Vorgänger Siegfried Schneider auf den Weg gebracht hat, entwickeln hilft. Sicher stellt eine geringe Klassenstärke einen pädagogischen Eigenwert dar. Aus meiner Sicht gibt es aber eine gewisse Grenze, wo sich der Vorteil einer kleinen Gruppenstärke und der Nachteil, der sich daraus ergibt, dass an einem Standort nicht alle Profile der Hauptschule angeboten werden können, aufheben. Das muss man bei einer seriösen Güterabwägung durchaus miteinander in Ansatz bringen. So habe ich auch Frau Kollegin Sandt verstanden.

Der Ministerpräsident hat im Koalitionsvertrag auf die beiden zentralen Punkte abgestellt, die zum Erhalt der wohnortnahen Hauptschule beitragen sollen. Es handelt sich um die flexiblere Handhabung der Klassenuntergrenzen und die Stärke, die die Hauptschule in der

Entfaltung der Profile und in der Modularisierung aufweisen kann. Insofern ist das ein logisch zu begründendes Miteinander.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich bitte Sie weiterhin um Geduld. Bitte schön, Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir nicht grundsätzlich eine Mindestklassenstärke von 10 Schülern gefordert haben, sondern es geht um Ausnahmefälle. Das wurde anscheinend von einigen nicht verstanden. Das ist der erste Punkt.

Ich komme zum zweiten Punkt. Ich habe die Frage gestellt, wann dieses Konzept in Kraft treten soll. An den Schulen erwartet man, dass das im nächsten Schuljahr passiert. Sie haben nichts zum Zeitpunkt gesagt. Es wäre aber wirklich wichtig, dass das Konzept, das Sie wollen, im nächsten Schuljahr umgesetzt wird. Wenn keine Lösung kommt, werden wir noch einmal einen Dringlichkeitsantrag stellen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, wollen Sie darauf eingehen?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Es ist wirklich guter Stil, zu sagen, wir haben ein gemeinsames Ziel und das werden wir mit parlamentarischen Initiativen begleiten. Tatsächlich ist es notwendig, die Frage der Fortentwicklung der Hauptschulinitiative, die Frage der Schaffung intelligenter Verbundlösungen und die Frage der flexiblen Anwendung der Klassenmindeststärken organisatorisch und strukturell so zu lösen, dass sich das Konzept beginnend mit dem nächsten Schuljahr auswirken kann. Sie werden aber zugestehen, dass wir das Miteinander - das ist ein Ineinandergreifen - verschiedener Instrumente zum möglichst langen Erhalt möglichst vieler Standorte erst vernünftig entwickeln und Ihnen anschließend präsentieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, es geht weiter. Ich bitte um Geduld. Frau Kollegin Ackermann, bitte.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben gerade sehr eindrucksvoll ausgeführt, dass es, um ein flexibles Angebot für die Schulen aufrechterhalten zu können, wichtig ist, mehrzügige Schulen bzw. größere Einheiten zu haben. Ich frage Sie und mich: Warum hat dann die Staatsregierung in der Vergangenheit den Hauptschulen alle individualisierenden Angebote in Form von Arbeitsgemeinschaften gestrichen? Hier wäre Individualisierung möglich gewesen. Man hat

dieses Instrument den Hauptschulen weggenommen und damit ihre Attraktivität zerstört. Jetzt beklagen Sie genau das. Dafür hätte ich gern eine Erklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich glaube, dass die Hauptschulinitiative, die mein Vorgänger Siegfried Schneider auf den Weg gebracht hat, mit der Profilbildung und der Modularisierung als Lösung für unterschiedliche Standorte und unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten, mit dem Instrument der Praxisklasse, das für die Lernschwächeren ein hervorragendes Instrument ist, mit dem Mittlere-Reife-Zug, mit dem Kooperationsmodell, mit dem die Koalition einen neuen Akzent setzen will, mit der flexiblen Handhabung der Klassenuntergrenzen und mit dem Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, intelligente Verbundlösungen zu entwickeln, ein Instrumentarium zur Verfügung stellt, das der schwierigen Situation der Hauptschule - Unterschied zwischen Stadt und Land, Schülerklientel usw. - gerecht wird und eine solide Antwort auf die aufgeworfenen Fragen gibt.

Ich glaube, das macht Sinn. Ich verstehe diese Debatte heute so - bis auf einige, die sehr laut werden müssen -, dass wir uns gemeinsam diesem politischen Ziel mit unterschiedlichen politischen Lösungsansätzen nähern. Ich hoffe, dass das Beste für eine möglichst große Zahl an wohnortnahen Hauptschulstandorten erreicht werden kann.

Präsidentin Barbara Stamm: Letzte Zwischenintervention: Frau Kollegin Brendel-Fischer.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein bisschen Schulrealität in dieses Hohe Haus bringen. Wenn von einer Klassenstärke von 10, 12 Schülerinnen und Schülern gesprochen wird, dann bitte ich Sie, sich an die eigene Schulzeit zu erinnern. 10 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse - ständig ist man gefordert. Ist einem das als Schüler immer so recht?

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist etwas humorvoll ausgedrückt, aber schon ernst zu nehmen.

Wir leben in einer Zeit, in der sich Schule und Unterricht dahin gehend verändert haben, dass der Unterricht nicht mehr so abläuft, dass die Lehrkraft ständig spricht, sondern dass Eigeninitiative und Schüleraktivitäten gefordert sind.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Mit 10 oder 12 Schülern können Sie nicht einmal eine anständige Gruppenarbeit durchführen. Wenn eine Gruppe etwas präsentieren soll, dann hat sie kein Publikum vor sich. Das sollte man sich einmal ernsthaft überlegen.

Wir werden gerade für unsere Hauptschule, wenn wir sie stärker als echte weiterführende und berufsorientierte Schule ausgestalten wollen, eine gute Ausstattung brauchen, vor allem in den drei profilbildenden Fächern, auf die wir sehr stolz sind und in denen wir gute Ergebnisse herbeiführen wollen. Diese teure Ausstattung können wir nicht an jedem Kleinststandort gewährleisten. Von daher besteht der gute, verlässliche und auch ehrliche Weg, der den Schülern und Eltern nichts vormacht, darin, Kooperationsformen zu finden und anständig auszustatten.

(Beifall bei der CSU)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich verstehe den Appell von Frau Kollegin Brendel-Fischer als eindrucksvolle Bestätigung des mühsamen und anspruchsvollen Weges, die Hauptschule mit einem Methodenmix in der Fläche zu erhalten. Ich darf an die Klassendurchschnittsstärken an den Hauptschulen erinnern, die zwischen 21 und 22 liegen. Das sind die Zahlen, die für den ganz großen Teil der Schülerinnen und Schüler, die die Hauptschule als ihren Weg in die Arbeits- und Ausbildungswelt gewählt haben, die Wirklichkeit wiedergeben. - Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat Herr Kollege Gehring gebeten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, er hat noch Redezeit, und wir sind bis 18.00 Uhr gefordert. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Kollegin Brendel-Fischer, wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler an der Schule gefordert und gefördert werden und mehr Leistung bringen. Das ist in kleinen Klassen besser möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Spaenle, ich habe mit Interesse vernommen, dass Sie den einzügigen Hauptschulen das Todesurteil ausgesprochen haben, indem Sie sie als nicht zukunftsfähig gesehen haben. Bitte sagen Sie das den Leuten im ganzen Land. Das wäre eine ehrliche Aussage.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie reden von Verbundlösungen, und Sie reden von Hauptschulinitiativen. Ihr Modell wurde bereits durch-

gespielt. Ich kann Ihnen das am konkreten Beispiel aufzeigen: Die Schüler fahren am Montag nach Buchenberg, am Dienstag nach Wiggensbach und am Mittwoch nach Weitnau. Die Verbundlösung wird zu einem "Schülerbus-Tourismus" führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich lade Sie gerne zu einer Spazierfahrt im Bus - möglicherweise im Winter - zu uns ins Allgäu ein. Das wird ein wunderschönes Erlebnis sein. Das kann ich Ihnen sagen. Es ist aber nicht pädagogisch und führt zu keiner Leistungssteigerung der Schülerinnen und Schüler. Es wird auch nicht zur Erhaltung der Standorte führen.

Sie machen mit den Betroffenen vor Ort Diskussionsforen. Ich garantiere Ihnen, Sie werden differenzierte Antworten hören. Mehr oder weniger deutlich werden Sie von Bürgermeistern und Schulleitern hören, dass diese eine Schule neuen Typs im ländlichen Raum haben wollen. Sie können noch so viel von Verbund, von intelligenten Lösungen und Flexibilität reden. Das ehrt Sie alles. Sie werden irgendwann dazu kommen müssen, eine Entscheidung zu fällen. Sie werden über den Graben springen und eine neue Schulstruktur im ländlichen Raum einführen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann hat um das Wort gebeten. Bitte schön.

(Zurufe von der CSU)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (vom Redner nicht autorisiert) Kolleginnen und Kollegen! Es lohnt sich, in diesem Hause um diese Frage zu streiten. Ich verstehe deshalb Ihre Unmutsäußerungen überhaupt nicht; denn es wird um den Erhalt von wohnortnahen Schulen gekämpft.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten an der Diskussion teilnehmen und nicht herumschreien.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Minister Spaenle, Sie haben gesagt, die Hauptschulinitiative wäre ein Grundsatz und Bestandteil der Sicherung von Schulstandorten. Ich behaupte, das Gegenteil ist der Fall. Wäre es so, wie Sie sagen, dürfte es kein Problem sein, den ein- oder zweizügigen Hauptschulen im Lande eine Bestandsgarantie zu geben mit dem Hintergrund einer Hauptschulinitiative.

(Beifall bei der SPD)

Wäre die Hauptschulinitiative so glorreich - was die Verbände ganz anders sehen -, dürften Sie die Bestandsgarantie für die Hauptschulen nicht ablehnen. Das hat Ihre Fraktion in den vergangenen Plenarsitzungen aber gemacht.

Es ist ein erstaunliches Ereignis, dass Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion sagen, wir sollten uns an die eigene Schulzeit erinnern. Meine Schulzeit liegt mindestens 25 Jahre zurück.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Wollen Sie damit sagen, dass wir in Bezug auf den pädagogischen Fortschritt an unseren Schulen die alten Zeiten wieder haben wollen in Bayern?

(Beifall bei der SPD)

Ich befürchte, Sie wollen es sagen. Damit beweisen Sie, dass Ihre Fraktion in bildungspolitischen Fragen nicht nach vorne schaut, sondern die rückschrittlichste Fraktion in diesem Hause ist.

(Beifall bei der SPD)

Im Hinblick auf die Klassengrößen sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass es nicht um absolute Klassenstärken geht, sondern um die Bildung von kleinen Gruppen mit bestimmten differenzierten Angeboten, was etwa 20 % des Pflichtunterrichts an unseren Schulen betrifft.

Was Sie, Herr Minister, vorgetragen haben, widerspricht jeglicher Realität an unseren Schulen. Das ist das Thema. Ich gebe gerne zu, dass Sie noch lernen müssen. Es ist gut, wenn auch Minister noch lernen. Ich bitte jedoch, den Anträgen, die auf eine echte Verbesserung hinzielen, zuzustimmen. Ich bin sehr gespannt, wie sich die CSU-Fraktion verhalten wird zu den Anträgen der Freien Wähler und der SPD. Wenn Sie diesen Anträgen nicht zustimmen, verlieren Sie den letzten Rest an Glaubwürdigkeit betreffend die Gestaltung der Schulklassen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Pfaffmann! Ich habe es Ihnen bereits bei der ersten Debatte, die ich in meiner neuen Verantwortung mit Ihnen führen durfte, angedeutet. In welchem Ton und mit welcher Wortwahl Sie das politische Feld begleiten, das für die Zukunft unseres Landes von Bedeutung ist, spricht für Ihr eigenes Niveau.

(Beifall bei der CSU)

Einer Kollegin in diesem Haus, die ein engagiertes Plädoyer für die Hauptschule hält, und mit ihr der größten Fraktion dieses Hauses zu unterstellen, sie sei das Rückschrittlichste, was in der Bildungspolitik existiere, unterstreicht meinen ersten Eindruck.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Das entspricht den realistischen Ausführungen des Kollegen Pfaffmann!)

Ich habe kein Problem damit, die Debatte über die Hauptschule und über alle anderen wichtigen Fragen der Bildungspolitik in dem von Ihnen angeschlagenen Ton zu führen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Danke, Herr Lehrer!)

- Ich bin keiner, wie Sie wissen. Ich versuche, mich dem Niveau anzupassen, damit Sie mich verstehen.

Die Frage, inwieweit wir mit einer Senkung der Klassenuntergrenze dem Ziel, möglichst viele Standortorte einzügiger Hauptschulen zu erhalten, als absolutes Instrument nahekommen, ist ausreichend beantwortet worden. Unsere Strategie lautet, dass das Teil eines zusammengesetzten Ganzen, eines Maßnahmenbündels ist. Insofern ist die Aufforderung der beiden Regierungsfractionen an die Staatsregierung richtig, ein Konzept vorzulegen, das auf dem Koalitionsvertrag fußt und das die intelligente Verbundlösung, die Hauptschulinitiative, die die inhaltliche Stärke dieser Schulart fortentwickelt und ausdrückt, und die flexible Handhabung der Klassenuntergrenzen beinhaltet. Die richtige Antwort ist, in der Zusammenschau eine vernünftige Angebotspalette langfristig zu erhalten.

An die Polemik, wer für was und wer für wen Garantien abgibt, werde ich Sie beizeiten erinnern. Wo keine Kinder mehr sind, kann nur noch bedingt Schule stattfinden. Insofern ist der Auftrag, den die Koalitionsfraktionen erteilt haben, zentral, nämlich die Vorteile der Hauptschulinitiative, die sich in einer mehrzügigen Hauptschule an einem Standort besser entwickeln lässt als über mehrere Standorte, damit zu koppeln, möglichst viele Standorte wohnortnah möglichst lange zu erhalten.

Wenn daraus Herr Kollege Gehring wieder einmal eine klassische Wortwahl ableitet, ist das nicht mein Vokabular. Ich verstand den Eingang der Debatte als ein gemeinsames Bemühen um dieses Ziel. Die anderen Dinge, Herr Pfaffmann, Sie sind neu im Amt, vielleicht lernen Sie sie noch.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/341 - das ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Freien Wähler und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/350 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. SPD-Fraktion, die Fraktion der Freien Wähler. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Danke. CSU und FDP. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/356 - das ist der Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Freien Wähler. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind CSU- und FDP-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommt der interfraktionelle Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP auf Drucksache 16/358 zur Abstimmung. Hierfür wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich verkürze auf vier Minuten und bitte hierzubleiben; es finden noch weitere Abstimmungen statt.

(Namentliche Abstimmung von 17.51 bis 17.55 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Wahlgang ist geschlossen. Die Auszählung erfolgt außerhalb des Plenarsaals. Ich bitte die Plätze wieder einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können.

Ich rufe den nächsten Dringlichkeitsantrag auf. Das ist der Dringlichkeitsantrag Nummer 5:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volksabstimmung und Volksentscheid auf Bundesebene (Drs. 16/342)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass dieser Antrag in den zuständigen Verfassungsausschuss überwiesen wird.

Auch die restlichen Dringlichkeitsanträge 16/343, 16/355, 16/344, 16/345, 16/347, 16/348 und 16/349 werden an die jeweils zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 6)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage und der einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. mit dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Berufung der Mitglieder der Kommission nach Art. 23 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (s. a. Anlage 7)

Nach Art. 23 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes ist eine aus sieben unabhängigen Mitgliedern bestehende Kommission zu bilden, die vom Präsidenten bei beabsichtigten Änderungen von Leistungen nach dem Bayerischen Abgeordnetengesetz zu hören ist. Die Mitglieder der Kommission, die weder dem Landtag noch dem Bundestag angehören dürfen, werden vom Landtag auf Vorschlag des Ältestenrats berufen. Im Einzelnen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Übersicht, aus der die vom Ältestenrat zur Berufung vorgeschlagenen Persönlichkeiten entnommen werden können.

(siehe Anlage 7)

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wie im Ältestenrat vereinbart, lasse ich zunächst über die Berufung des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Herrn Rolf von Hohenhau, zum Mitglied der Kommission einzeln abstimmen. Über die weiteren Vorschläge stimmen wir anschließend gemeinsam ab. Wer mit der Berufung von Herrn Rolf von Hohenhau zum Mitglied der Kommission einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion der Freien Wähler. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist dem Vorschlag zugestimmt worden.

Wir kommen nun zur gemeinsamen Abstimmung über die weiteren Vorschläge. Im Einzelnen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Übersicht. Wer mit der Berufung der vorgeschlagenen Persönlichkeiten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wie ich sehe, gibt es da Übereinstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen aus der Fraktion der Freien Wähler ist das so beschlossen. Damit ist auch diesen Vorschlägen zugestimmt worden.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion mitgeteilt hat, dass Frau Adelheid Rupp nicht mehr Mitglied der Kommission zur parlamentarischen Krisenbewältigung bei der BayernLB ist. An ihrer Stelle wurde als neues Mitglied Frau Dr. Simone Strohmayer benannt. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission wurde am 29. Januar 2009 Frau Kollegin Inge Aures gewählt. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Ich darf jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen zu den Dringlichkeitsanträgen zur Aufnahme der Gefangenen bekanntgeben. - Mit Ja haben gestimmt 73 Abgeordnete, mit Nein 91, Stimmenthaltungen gab es zwei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/340 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir kommen dann zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Daxenberger, Gote u. a. auf Drucksache 16/346. Mit Ja haben 67 Abgeordnete, mit Nein haben 90 gestimmt. Enthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag zur Auflösung des Gefangenenlagers Guantánamo auf Drucksache 16/357, dem Dringlichkeitsantrag von CSU- und FDP-Fraktion. Mit Ja haben gestimmt 90, mit Nein 64, 1 Kollege hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich darf jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag Drucksache 16/358 zum Konzept zur Handhabung der Mindestschülerzahl bekanntgeben: Mit Ja haben 141 gestimmt, mit Nein 2; 19 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich, dass wir damit die Tagesordnung geschafft haben und die Sitzung beschließen können. Herzlichen Dank!

(Schluss: 18.00 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.02.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Karsten Klein u. a. und Fraktion FDP; Verbesserung und Sicherung der Erdgasversorgung Bayerns (Drucksache 16/338)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	100	73	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.02.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Markus Rinderspacher, Franz Schindler u. a. und Fraktion SPD; Aufnahme von Guantanamo-Gefangenen in Bayern (Drucksache 16/340)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			X
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie			
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas			X
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa	X		
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	73	91	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.02.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Aufnahme von Guantanamo-Gefangenen in Bayern (Drucksache 16/346)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa	X		
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	67	90	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.02.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer und Fraktion FDP; Auflösung des Gefangenenlagers Guantanamo (Drucksache 16/357)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef			
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria			
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika			
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa		X	
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			X
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias			
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	90	64	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.02.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Renate Will u. a. und Fraktion FDP; Konzept zur flexibleren Handhabung der Mindestschülerzahl von 15 Schülern an Hauptschulen (Drucksache 16/358)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			X
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			X
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Rütting Barbara			
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schopper Theresa			X
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	141	2	19

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Angelika Weikert, Diana Stachowitz u.a. SPD Bayern, aber gerechter;
 Fehlende Rechtsverordnungen zum Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (PfleWoqG)
 Drs. 16/96, 16/263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit, der den Antrag für erledigt erklärt hat

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Situation der ärztlichen Versorgung in Bayern
 Drs. 16/238, 16/273

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Gesundheit, der den Antrag für erledigt erklärt hat

3. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Margit Wild u.a. SPD
 Facharztvergütung in Bayern
 Drs. 16/241, 16/274

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Gesundheit, der den Antrag für erledigt erklärt hat

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger u.a. und Fraktion (SPD)
 Verzicht auf Online-Durchsuchungen
 Drs. 16/104, 16/268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grundrechtsfeindlichem und föderalismuswidrigem BKA-Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen
Drs. 16/106, 16/269 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht
Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, der den Antrag für erledigt erklärt hat**

Zu Tagesordnungspunkt 4

Berufung der Mitglieder der Kommission nach Art. 23 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes

Die nachfolgend genannten Persönlichkeiten werden zur Berufung in die Kommission nach Art. 23 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vorgeschlagen:

Herr Prof. Dr. Manfred **Bengel**,
Präsident der Notarkasse

Herr Günther **Goth**,
Vorsitzender des Vorstands des Bildungswerks
der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Herr Rolf **von Hohenhau**,
Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e. V.

Frau Hildegund **Holzheid**,
Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs a.D.

Frau Hannelore **Leimer**,
Ehrenpräsidentin der IHK Schwaben

Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**,
Professor für Politikwissenschaft

Herr Manfred **Schoch**,
Gesamtbetriebsratsvorsitzender der BMW AG